

Geheimt täglich außer Montags. Preis pränumerando: Vierteljährlich 2,50 Mark, monatlich 1,10 Mk., wöchentlich 29 Pf. frei in's Haus. Einzelne Nummer 6 Pf. Sonntags-Nummer mit Illustr. Sonntags-Beilage „Neue Welt“ 10 Pf. Post-Abonnement: 2,50 Mk. pro Quartal. Unter Kreuzband: Deutschland u. Oesterreich-Ungarn 2 Mk., für das übrige Ausland 2 Mk. pr. Monat. Einzeln in der Post-Verwaltung. Preisliste für 1895 unter Nr. 7138.

# Vorwärts

## Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: SW. 19, Beuth-Strasse 2.

Donnerstag, den 17. Januar 1895.

Expedition: SW. 19, Beuth-Strasse 3.

### Perier gestürzt,

Angstprodukte sind nicht langlebig, weil sie die Angst, deren Produkt sie waren, nicht lang überleben können. Und die Angst ist ihrer Natur nach kurzlebig. Auch der nervöseste Mensch, auch der hasenherzigste Hasensfuß kann nicht fortwährend zittern, und versällt schließlich in einen Zustand der Abspannung und Gleichgültigkeit — was ja Bismarck, der die letzten 12 Jahre seiner Regierung von der Angst lebte, zu seinem Nachteil erfahren mußte. Und jetzt hat Casimir Perier es in Frankreich erfahren — nur daß es dort, wo alles in rascherem Tempo geht, nicht 12 Jahre, sondern nur ein halbes Jahr gedauert hat.

Präsident Casimir Perier war im vollsten Sinne des Wortes ein Angstprodukt. Gewählt unter dem Eindruck des Schreckens, den der Dolchstoß Caserio's in einem großen Teil der Bevölkerung hervorgerufen hatte, bedeutete seine Wahl die Schreckensherrschaft des Kapitalismus zur Vernichtung der Sozialdemokratie, der die „anarchistischen Verbrechen“ an die Hochschöpfung gehängt wurden. Der Schrecken hielt aber nicht vor; die Erschrecken kamen bald zur Vernunft und sahen ein, daß die Diktatur des Geldsacks, wie er in der Person Casimir Perier's sich verkörperte, für Frankreich ein Schaden und eine Schande sei — ein Schaden, weil Frankreich rücksichtslos der Plünderung durch den Kapitalismus überliefert war — eine Schande, weil diese Diktatur die Vernichtung aller der freiheitlichen Einrichtungen und Erzeugnisse bedeutete, welche die Größe und den Stolz Frankreichs ausmachten.

Das Land, dessen Bürgerthum vor mehr als einem Jahrhundert die Bastille stürzte und die Menschenrechte verkündete — mit einem Male, weil ein Wahnsinniger einen Mord verübt hatte, auf das politische Niveau afrikanischer Kannibalenstaaten herabgeworfen — das war ein Gedanke, der jeden von „den Ideen der Revolution“ noch nicht ganz abgefallenen Franzosen mit Ingrimm erfüllen mußte. Die Popularität Casimir Perier's verlor mit dem Schrecken, der ihn auf den Präsidentenstuhl gehoben, und mit den Schreckgespenstern, die sein und seines Systems politisches Kapital gebildet hatten. Die Kritik setzte wieder ein; und Casimir Perier, bei dem der Hauch des Erfolges länger dauerte als bei der französischen Nation das Fieber der Attentatsfurcht, bot der Kritik gar verwundbare Stellen. Wohl war Casimir Perier den Tag nach seiner Wahl so klug gewesen, seine Eisenbahn- und Bergwerks-Aktien aus der Hand zu geben; allein da die Aktien in der Familie verblieben, konnte der Theaterclou doch von niemandem ernst genommen werden und verriet bloß das böse Gewissen des Mannes. Mag er im Sommer, bei Austritt seines Amtes, die besten Vorläufe gehabt haben, — seine Vergangenheit und die seines Vaters und Großvaters, des Gründers der „Dynastie Casimir“, vermochte der Präsident Perier nicht abzuschütteln.

Das Bergwerk von Anzin, das seiner Familie

gehört, und aus dem er jährlich Millionen zieht, ist das berüchtigtste der berüchtigten französischen Bergwerke — eine wahre Hölle der Ausbeutung und Unterdrückung. Und mit den räuberischsten der Räuberbanden genannt Eisenbahn-Gesellschaften hatte Casimir Perier vor seiner Wahl unter einer Decke gesteckt; und nach seiner Wahl ließen sie ihn nicht los und kam er nicht los. Sie hatten ihn in der Hand durch seinen intimsten Freund Raynal, der den Unterhändler zwischen ihnen und dem Präsidenten spielte. Raynal besorgte die Geschäfte Casimir Perier's. Und Raynal, Minister unter Casimir Perier, hat mit den Eisenbahngesellschaften jene Verträge gemacht, welche diesen kapitalistischen Räuberbanden, über den gewöhnlichen Zinsenprozent hinaus, nach der Berechnung Millerand's 1800 — wir schreiben: dreizehnhundert Millionen Franks, aus den Taschen der französischen Steuerzahler verschreiben! Diese, lang sorgsam geheim gehaltenen Verträge und Manipulationen waren so schimpflich, daß die französische Kammer am Montag in einer denkwürdigen Sitzung auf Antrag Millerand's mit 253 gegen 225 Stimmen die Anklage gegen Raynal beschloß.

Die Telegramme über jene Sitzung waren so unvollständig, daß die Tragweite der Abstimmung nicht sofort daraus erhellte. Jetzt, wo die ausführlichen Zeitungsberichte uns vorliegen, ist es vollständig klar, daß das Votum, welches Raynal am Montag auf die Anklagebank schickte, in Wirklichkeit Casimir Perier getroffen hat. Die „Petite République Française“ sagt in ihrer betreffenden Nummer das Resultat der Montagsitzung in den, mit Riesenlettern gedruckten Worten zusammen: „Sturz des Ministeriums. Raynal, der Freund Perier's, in Anklagezustand versetzt.“ Und in einem Artikel derselben Nummer ist ausgeführt, daß Perier durch jenes Votum „mitten in die Brust (en pleine poitrine) getroffen wurde“.

Die Angelegenheit Gervault-Richard war schon das Vorzeichen der Katastrophe; und das Manifest, welches unsere Genossen vor 4 Tagen erließen, ließ sich heute wie eine Prophezie, — mit solcher Bestimmtheit sagt es das Ende Perier's voraus.

Und was für ein Ende! Schimpflich, wie die Ursache des Sturzes, ist der Sturz selbst. Der „Mann mit der Eisensack“, von dem seine Mutter am Tage der Präsidentenwahl meinte: „ein Casimir Perier ist stets am Posten, wo Gefahr droht“ — er ist ausgerissen vor der Gefahr; er hat nicht gewagt, dem Sturm zu trotzen; er ist desertirt. Desertirt vor dem Sozialismus, den vernichten zu wollen er geprahlt hatte. So sind die Helden der Bourgeoisie! Und die Bourgeoisie, die ihn gestern vergötterte, bewirft ihn heute mit Noth. So ist die Bourgeoisie.

Genug, Casimir Perier ist gefallen. Er ist nicht in dem Panamasumpf versunken, sondern in einem Sumpf, der — mit der „Petite République“ und anderen sozialistischen und radikalen Blättern zu reden — „noch breiter und tiefer ist, als der Panamasumpf.“ Zu den Briefen

unseres Gallus-Korrespondenten ist die Raubwirtschaft der französischen Eisenbahn-Gesellschaften wiederholt gekennzeichnet worden.

Für diese Gesellschaften, wie für die übrigen Geschäftsverbände des französischen Kapitals ist das Volk nur dazu da, die goldenen Eier zu legen, und ist es der Zweck der Regierung, die goldenen Eier dem Volk wegzunehmen und in die weiten Taschen der kapitalistischen Raubgesellschaft zu stecken. Der Panamasandal war keine Ausnahme. Die Panamapraktiken sind die Regel. Die moderne kapitalistische Gesellschaft ist ein großes Panama. Und so lange sie besteht, wird sie aus einem Panamasumpf mit herauskommen, um in einen anderen, noch schmutzigeren hinein zu taumeln, bis sie zuletzt sich nicht mehr emporarbeiten kann und in dem Schlamm erstickt. Jeder Versuch, diese Gesellschaft zu „retten“, ist nur ein Versuch, ein ergiebigeres Panama zu entdecken und den Raub der goldenen Eier noch gründlicher als bisher zu betreiben. Das arbeitende Volk muß vor dieser Gesellschaft gerettet werden. Das ist die wahre, die echte Gesellschaftsrettung, die in Frankreich, wie in allen übrigen Kulturländern der Sozialdemokratie obliegt.

Unsere französischen Genossen haben gegen Casimir Perier den Vorkampf geführt; sie haben das Verdienst, Casimir Perier gestürzt zu haben; und das neue Manifest, das der Leser weiter unten findet, zeigt, daß sie ihrer Pflichten und des Ernstes der Lage sich bewußt sind.

Noch sind sie nicht stark genug, die Regierung Frankreichs in die Hand zu nehmen. Aber in Frankreich kann keine Regierung sich mehr halten, die den sozialistischen Forderungen entgegentritt. Wer auch immer der Nachfolger Perier's sein möge — ob dieser oder jener Bourgeois — ob die herrschende Klasse in ihrer Noth sich zur Wiederwahl Perier's entschließt — wer immer an's Ruder gelangt, wird seine Macht zwar nicht auf Sand bauen, aber auf einen Sumpf, der den Ban ohne Gnade verschlingen muß.

Wir leben in einer Weltwende. Es ist eine Uebergangszeit zwischen zwei Welten: einer gebenden und einer kommenden, und Uebergangszeiten sind unruhige Zeiten. Alles ist im Fluß, alles in gährender Bewegung.

Und dauernde Zustände werden erst entstehen, wenn die Zeiten des jetzigen Zwischenreichs vorüber sind, in welchem der Kapitalismus nicht mehr, der Sozialismus noch nicht im Stande ist, feste Staats- und Gesellschaftsgrundlagen zu schaffen.

Aus dem überreichen heute eingetroffenen Depeschmaterial über die französische Ministerkrise theilen wir das folgende mit. Wolff's Depeschbureau meldet:

Paris, 16. Januar. Die Demission Casimir Perier wurde gestern Abend gegen 11 Uhr auf den Boulevards bekannt; das Publikum wollte die Nachricht zuerst nicht glauben und eilte zu

\*) Warum das Wolff'sche Bureau aber erst heute morgen eine um 11 Uhr abends in ganz Paris bekannte Nachricht verbreitet, begreifen wir nicht.

### Feuilleton.

(Nachdruck verboten.)

#### Am Exil.

53

Roman von Georges Renard. Autorisirte Uebersetzung von Marie Kunert.

Das Publikum! Ah, hm! Siehst Du, mein Lieber, die Dummheit der geistreichen Leute ist so groß, daß sie sich nicht einmal vorstellen können, wie dumm das Publikum ist. . . . Und dann mußt Du nicht glauben, daß wir damit mit unsern Mitteln zu Ende sind. Sobald einer abgenutzt ist, werden zehn neue erfunden. So besteht die stillschweigende Verpflichtung unter uns, keinen Artikel zu schreiben, ohne darin einen der unserigen zu zitieren. Am Schluß eines Satzes kann man sehr gut noch die Worte anbringen: „Wie mein hervorragender Freund X oder Y sagt.“ Das Publikum glaubt einem eher aufs Wort, als daß es sich die Mühe giebt, der Sache auf den Grund zu gehen. Du glaubst nicht, wie sich ein bis zum Ueberdruß wiederholter Name schließlich einbohrt. Ganz allmählig dringt er wie ein Keil in die Köpfe der Menge. Aber wir haben eine noch weisere Einrichtung. Sieh' unter „Literatur und Kunst“ nach. Da ist es. Lies jetzt laut: Und René las:

„Der Apfel“, normannische Revue, kommentirt den bemerkenswerthen Artikel unseres Direktors Gabriel Desaubiers über die Richtung der Zukunftsliteratur.

„Cri Cri.“ Die letzte Nummer enthält ein wundervolles Sonnet unseres Mitarbeiters Almeria.

„Revue der Schreibhalse.“ Diese tapfere kleine Revue sendet der „Jugend“ ihre besten Wünsche. Besten Dank, Kameraden!

„Die Karavane“ enthält eine sehr hübsche Zeichnung von der Meisterhand unseres Freundes Kessler.

Zur Lektüre empfohlen im „Unparteiischen“ die geistvollen Chroniken von Cayrol. Man kann sie nur mit denen von Abele von Morsanz ein „Schleuderer“ vergleichen.

„Flämische Revue“. Sie bringt eine eigenartige Studie Darlebeles über das noch ungedruckte Drama Hanjens: „Das Karrenhaus“.

„Der Unabhängige“, Bularest, veröffentlicht eine entzückende Arbeit unseres Korrespondenten Braesko. Da kannst Du abbrechen! So geht es noch drei Seiten lang weiter. Jetzt siehst Du, welch' ungeheures Netz, welche solide Schlinge wir dem einfältigen Publikum legen. Das ist der auf die Literatur angewandte Sozialismus. Dafür aber auch Ehre der neuen Schule.

Ich glaube gar, — eine Schule, in der es keine Lehrer giebt!

So ist's.

Aber ich sehe auch keine Lehren!

Oh doch! Wir haben mehrere und sogar — wie es sich ziemt — mit „ismen“ geschmückte. Wir sind ganz nach Belieben zu gleicher Zeit oder nach einander Naturalisten, Symbolisten, Bestimmten, Impressionisten, Illusionisten und was weiß ich noch. Vor allem andern aber sind wir Decadents — Entartete.

Was will das heißen?

Teufel! Das ist selbst den Eingeweihten nicht ganz klar. Aber das darf nicht sein. Die Dunkelheit ist freilich ein wesentliches Element unserer mystisch-mystifizierenden Literatur. Doch will ich für Dich den Schleier, der das Tabernakel verhüllt, aufheben. Was bedeutet die Decadence, die Verfallszeit für ein Individuum oder ein Volk? Den Beginn der Auflösung, eine greisenhafte Entartung, einrühren.“

Art langsamen Todeskampfes, die Einleitung zu der schließlichen Zersetzung! Die braven Philister betrüben oder entsetzen sich darüber. Wir, die wir uns ganz darin einspinnen, gefallen uns darin, ergötzen uns daran! Die Kunst der Decadence, das ist die Kunst, die krank ist, weil sie es sein will, die hysterische, nervöse, aus dem Gleichgewicht gelommene brutale und gespreizte Kunst, die nach dem Hospital und dem Boudoir, nach Leichen und nach Reispuder riecht, die die Zudungen des Schmerzes weise mit denen der Wollust, die Jote mit der Religiosität mischt, die rückgratlose Verse, verrenkte Phrasen, unzusammenhängende Gedanken, eine verlotterte Sprache und einen verberbten Stil liebt. Es lebe die Decadence!

Das ist gerade, wie wenn man sagt: Es lebe der Tod! Es lebe das Ende aller Dinge!

Beinahe! Aber wenn Du wüßtest, wie amüsant diese Trauermaskerade ist! Verdier würde nicht verfehlen, Dir zu beweisen, daß diese Kunst einer in der Zersetzung begriffenen Gesellschaft vollkommen entspräche. Ich sage Dir aber nur: Wir wollen unserer Epoche nicht grollen. Komm und sieh Dir die Gesellschaft in der Nähe an. Es ist der Mühe werth, und Du wirst es nicht bereuen. Du wirst sehen, welche schöne Reklame man Dir bereiten wird.

René blätterte mit zerstreuter Hand in der Revue, als sein Blick auf eine Stelle fiel, die er Cayrol zeigte: „Wichtig, noch daran zu erinnern, weich trefflicher Schriftsteller Darlebele ist. Bald fantastisch, bald streng in den Formen der Regeln, bald abgerundet, bald abgerissen, bald brünstig verlangend, bald zart entsetzend, die Vorzüge des Pastellstiftes mit denen des Grabstichs vereinigend, meist sich auf einen kurzen Satz beschränkend. Die in den Banden der Unwissenheit befangenen und verknöcherten Pedanten mögen es uns verzeihen, wenn wir sein Genie nach Gebühr

den Tagesblätter der Zeitungen, um dort die Bestätigung zu erhalten.

Die Nachricht machte großen Eindruck auf das Publikum und überall wurde der Entschluß Casimir Perier's und die Aussichten der Kandidaten für die Präsidentschaft der Republik lebhaft erörtert.

Paris, 15. Januar. Die Note, in welcher die „Agence Havas“ die Demission des Präsidenten Casimir Perier ankündigt, fasst die hauptsächlichsten Ideen zusammen, welche der Präsident in einer an den Senat und die Kammer zu richtenden Botschaft entwickeln wird. Der Präsident der Republik habe den Entschluß gefasst, auf sein Amt zu verzichten; die gestrige Kammerbesitzung und die Abstimmung in derselben seien in seinen Augen nur ein in zweiter Linie in betracht kommender Zwischenfall; ein Kampf sei auszubrechen gegen das parlamentarische Regime und gegen die staatsbürgerlichen Freiheiten; er habe gehofft, daß die Präsidentschaft der Republik, welche der Aktionsmittel entbehrt sei, unerreicht für die Parteien sein werde, daß das politische Vertrauen aller Republikaner ihm Kraft und Ansehen geben würde; er habe gehofft, daß diejenigen, die ihn wider seinen Willen auf einen Posten gestellt hätten, wo er sich nicht selbst verteidigen könnte, die Vertheidigung des ersten Staatsamtes übernehmen würden; er habe die Minister gebeten, profforisch ihre Demission zurückzunehmen, um die Uebertragung der Gewalten zu sichern. Dupuy habe die Präsidenten des Senats und der Kammer seine Entschlüsse wissen lassen, welche dringlich das Parlament einberufen würden.

Paris, 16. Januar. Die Nachricht von der Demission des Präsidenten Casimir Perier verbreitete sich nach Schluß der Theater auf den Boulevards, stieß jedoch zuerst auf allgemeinen Unglauben, welchen erst die Note der „Agence Havas“ zerstreute. Wie der „Matin“ erzählt, war der Eindruck der Nachricht kein tiefer. Während sich sonst beim Bekanntwerden sensationeller Nachrichten disziplinäre Gruppen bilden, zerstreute sich diesmal die Menge trotz des milden Wetters rasch. In den politischen Kreisen rief die Nachricht eine Ueberraschung besonderer Art hervor, da der Schritt Casimir Perier's sofort als eine schwere Schädigung der Republik aufgefaßt wurde. Es wird darauf hingewiesen, daß Casimir Perier bereits am 7. Januar eine lange Unterredung mit dem Präsidenten des Senats Challemel-Lacour hatte, deren Resultat eine energische Rede Challemel-Lacour's gegen die Revolutionäre gewesen. Auch nach Ausdruck der Ministerreise war der Senatpräsident der einzige, welchen Casimir Perier konsultierte, und man war auf entscheidende Maßnahmen gefaßt; man sprach von einem Ministerium des Widerstandes mit Waldeck-Rousseau, sogar von der Auflösung der Kammer. Die Verhaftung des sozialistischen Deputierten Carnaud erregte unter den Parteigenossen große Aufregung, und als spät abends der Polizeipräsident ins Gefolge kam, wurden selbst Gerüchte von einem Staatsstreich laut. Verschiedene Blätter erzählen, Casimir Perier habe bereits gestern Vormittag mehreren Ministern seinen Entschluß bekannt gegeben. Diese sowie der Präsident des Senats bemühten sich, ihn von seinem Entschluß abzubringen und hofften eine Zeit lang, er werde nachgeben. Um 10 Uhr abends ließ der Präsident jedoch den Ministerpräsidenten Dupuy zu sich rufen und übergab ihm die Note, in der er seine Demission ansprach, damit er dieselbe den Präsidenten des Senats und der Kammer überreiche.

Die „Petite République“, die an der Spitze des Blattes in fetten Lettern die Aufschrift „Casimir Perier auf der Flucht“ trägt, sagt, Brisson sei sehr erbittert darüber, daß Casimir Perier ihn nicht konsultierte.

Paris, 16. Januar. Das „Journal officiel“ (das französische Amtsblatt) veröffentlicht folgende Mittheilung: Der Präsident der Republik hat beschlossen, sein Amt niederzulegen, und ersucht die Minister, ihre Demission provisorisch zurückzuziehen, um die Uebergabe der Gewalten sicherzustellen.

Paris, 16. Januar. In dem Manifest der Sozialisten heißt es:

Wir werden dem Präsidenten die Ehre antun, seine Demission ernst zu nehmen, und wollen nicht glauben, daß er es neuerdings auf ein Votum des Kongresses ankommen lassen werde; das wäre das lächerlichste Manöver und die abernurste Berechnung, denn nichts kann ihm die verlorene Autorität wiedergeben. Solches Spiel wäre kindisch und verbrecherisch zugleich. Nein, wenn Casimir Perier geht, so ist es für immer; er geht, getödtet durch die Korruption des Regimes, dessen Chef er war; er geht auch, besiegt durch die niedrigen Intrigen seines Ministerpräsidenten. Der Zusammenbruch Perier's kündigt den vorbereiteten

Zusammenbruch des Kapitalismus und der Reaktion an. Bleiben wir einig, Bürger, thatkräftig und aufrecht! Die letzte höchste Entscheidung ist vielleicht nicht weit.

Nach der „Vossischen Zeitung“ lautet das Manifest folgendermaßen: „Perier verschwindet innerhalb weniger Monate, vom republikanischen und sozialistischen Gedanken besiegt. Er geht, weil er nicht genug Muth und Willenskraft in sich spürt, um den Kampf zu Ende zu führen, den der Rücktritt von ihm hoffte. Er geht, weil er hinter gebieterischen Formen und hochmüthigen Redensarten unheilbare Charakterchwäche verbirgt. Er verläßt seine rathlosen Freunde mitten in der Schlacht. Welch ein Sieg für das Volk, für die soziale Republik! Perier mag zu behaupten, er gehe, weil die öffentlichen Freiheiten bedrohen. Wäre das wahr, so hätte er ja gerade bleiben müssen, um sie zu vertheidigen. Er weiß im Gegentheil genau, daß nur an der Wachsamkeit und Festigkeit der Sozialisten die rückschrittlichen Anschläge der Bekehrten und der Kirche scheiterten, er geht, weil er, als er kämpfen wollte, nur veraltete Werkzeuge um sich fand, weil er fühlte, daß seine großen Wähler Rouvier, Reinach, Roche ihn allmählig in die Tiefen der allgemeinen Verachtung mitrissen, weil er sah, daß eben gestern sein treuer Minister Raynal von der Kammer in Auflagestand versetzt wurde; er geht, getödtet von der Fäulnis des Systems, dessen Oberhaupt er ist; er geht aber auch besiegt von den niedrigen Mänteln seines Ministerpräsidenten Dupuy. Wir griffen Perier wenigstens offen an, Dupuy aber der heimtückische bestiegte Nebenbuhler suchte ihn überall hintertrübs bloßzustellen. Die kapitalistische Gesellschaft wird in der Scham einer Flucht untergehen. Auf Bürger, bleiben wir thätig und einig! Die letzte Krise ist vielleicht nah, und wir, das schwören wir, werden unseren Kampfsposten nie verlassen.“

Weiter meldet das Vossische Bureau aus Paris, 16. Januar: Die Blätter erzählen, Casimir Perier hätte bereits seit längerer Zeit, namentlich seit dem Tode des Kammerpräsidenten Burbeau die Perspektive seiner Demission in's Auge gefaßt. Die Angriffe gegen Raynal, der Minister des Innern im Cabinet Casimir Perier war, und ein Freund des letzteren ist, erschienen dem Präsidenten als gegen ihn selbst gemüht.

Paris, 16. Januar. Die Morgenblätter besprechen die Demission des Präsidenten Casimir Perier. Das „Journal des Debats“ sagt, die Geschichte werde die Gründe der Demission aufklären; augewiss sei aber, ob die Geschichte diese Demission in anbetrach der schweren Gefahren, welche dem Lande von der wachsenden Kühnheit der Revolutionäre und der Unthätigkeit der Gemäßigten drohen, billigen werde, und ob nicht andere Entschlüsse, als die Abdankung, hätten gefaßt werden können. — Der „Gaulois“ nennt die Demission Casimir Perier's eine Desertion und meint die Erklärung für dieselbe sei in dem Vorleben und dem Charakter Casimir Perier's zu suchen. — Der „Figaro“ erklärt, wenn Casimir Perier auf seinem Entschlusse beharre, werde Europa eben so streng über ihn urtheilen, wie Frankreich. — Das „Journal“ nennt die Demission ebenfalls eine Desertion und stellt dabei fest, daß sie das Ergebnis des anarchischen Zustandes sei, in welchem die Parteien sich befänden. — Nach der „Autorité“ ist die Demission nicht allein die Verdammung des Mannes, sondern hauptsächlich die des Regimes. — Die „Lanterne“ behauptet, diese Demission sei nicht das Ende, sondern der Anfang eines Staatskrieges gegen die Unabhängigkeit der Kammer und die Rechte des allgemeinen Stimmrechts, denn Casimir Perier wolle lediglich seine Wiederwahl. — Das „Evenement“ tadelt Casimir Perier, glaubt aber nicht, daß er von seiner Entscheidung abgehen werde. — Das „Petit Journal“ sagt, die Thatfache der Demission sei äußerst ernst und werde die gefährliche Lage nur noch verwickelter machen. — Der „Radikal“ sieht mit Bedauern den Fall eines Mannes, dessen Kraft und Energie man rühmte. — Der „Intransigeant“ sagt, die Demission sei das Eingeständniß der Ohnmacht. — Die „Petite République“ erkennt in der Demission Casimir Perier's hauptsächlich einen Sieg der sozialistischen Partei. — Der „Soleil“ sagt, Casimir Perier hätte sein Ansehen in den Kämpfen, deren Ausgang nicht zweifelhaft sei, nicht kompromittiren wollen und dem Parlament seine Demission mit souveräner Verachtung entgegen geschleudert; er habe sich als anständiger Spieler gezeigt. Diese Demission werfe die Frage der Revision der Konstitution auf. — Der „Voltaire“ meint, die Republik habe einen Stoß erhalten. — Die „Gazette“ erklärt, Thiers, Gambetta und Ferry hätten andere Angriffe auszuhalten müssen, trotzdem habe keiner von ihnen sich seiner Pflicht entzogen. Die Republik werde ihre Lebenskraft

beweisen; Donnerstag werde der Kongress zusammentreten und es werde in Frankreich nichts geändert sein. — Der „Echo“ nennt die Demission einen unüberlegten Entschluß. — Der „Matin“ meint Casimir Perier hätte vor seiner Entschliessung eine Botschaft an die Kammer richten und eher zu einer Kammerauflösung als zur Demission schreiben müssen.

Das Bureau „Herold“ versendet die folgenden Depeschen aus Paris: Paris. Der Präsident der Republik, Casimir Perier, hat seine Demission gegeben. Ueber die näheren Umstände seines Rücktritts wird uns gemeldet: Die zweifelhafteste und sogar feindselige Haltung der Parteien in der Kammer dem Präsidenten gegenüber hat diesen zum Rücktritt von seinem Posten veranlaßt, umso mehr, als er nicht vermochte, sich scharf genug gegen die offensiven Angriffe der Umsturzparteien, wie auch gegen die republikanischen Blätter zu vertheidigen. Perier hat das Amt des Präsidenten, das er 203 Tage bekleidet hat, stets als eine Last und als eine schwere Bürde angesehen und sich wiederholt in diesem Sinne ausgesprochen; einem Freunde gegenüber erklärte er kürzlich, das Einseß sei für ihn ein Gefängniß. Alle Bemühungen, ihn zum Bleiben zu bewegen, sind gescheitert.

Paris, 16. Januar. In einer Unterredung mit Dupuy sagte Perier, seine persönliche Ehre gestatte nicht, daß das Wohl Frankreichs erfordere es, daß er seinen Posten aufgibt; er würde lieber, wieder einen Platz in der Kammer einzunehmen, wenn dort vermöge er dem Lande besser zu dienen.

Paris, 16. Januar. Die Minister haben auf das Ersuchen Perier's ihre Demission vorläufig zurückgenommen, um der Republik wenigstens die Repräsentation zu erhalten. Die beiden Kammern trafen heute zusammen. — Der Nationalkongress zur Wahl eines neuen Präsidenten wird morgen, Donnerstag, in Versailles zusammentreten. In der heutigen Sitzung der Kammer und in der des Senats wird ein Schreiben Perier's bekannt gegeben werden, in welchem er die Beweggründe seines Rücktritts auseinandersetzt.

Paris, 16. Januar. In den politischen Kreisen und unter der gesamten Bevölkerung hat der Rücktritt des Präsidenten die größte Aufregung und die verschiedensten Eindrücke hervorgerufen. Die von der „Agence Havas“ publizirten Mittheilungen über die Demission werden als Beleidigungen für die Kammer betrachtet und allgemein scharf kritisiert. Unter den Sozialisten hat der Rücktritt Perier's nur Jubel hervorgerufen. Dieselben halten die Wahl Brisson's für sehr wahrscheinlich. Die Wiedewahl Perier's erfährt von seiten der Gemäßigten lebhafteste Befürwortung. Ferner wurden Waldeck-Rousseau und General Saussier als Kandidaten für den Präsidentenposten genannt.

London, 16. Januar. Die Blätter besprechen heute die Demission Casimir Perier's. Die „Times“ bedauern den Rücktritt und sagen, derselbe sei vielleicht die Handlung eines starken Mannes, jedoch nicht diejenige eines Mannes, der sein Vaterland liebt. Die „Daily News“ sagen, der Präsident sei in einem ernsten Augenblick fahnenflüchtig geworden; nichts könne diesen Mangel an Vertrauen rechtfertigen. Die öffentliche Meinung Englands werde den Sturz des Staatsmannes sehr bedauern. Der „Standard“ erklärt, Perier habe dem Gemälde der politischen Zerfahrenheit in Frankreich den letzten Pinselstrich hinzugefügt. Die „Morningpost“ fahrt aus, Frankreich brauche Männer wie Crispi und Stambulow. Der „Daily Telegraph“ glaubt, jetzt würden sich die Diphthysen in den Kammern etwas abkühlen.

## Politische Ueberblick.

Berlin, den 16. Januar. Aus dem Reichstag. Es ist lange her seit der Zeit, wo der „Kampf gegen Rom“ das Stichwort war und aus den Reihen der liberalen und konservativen Parteien die schärfsten Angriffe gegen die „schwarze, vaterlandslose Internationale“ losgelassen wurden. Bismarck hatte in den letzten Jahren seines Regiments schon versucht, mit der kleinen Exzellenz von Weyden seinen Frieden zu schließen und seitdem Bismarck kalt gestellt ist, wollen auch die Parteien, die sich früher in Pfaffenpresserei nicht genug thun konnten, nicht gerne mehr an ihre „antikerikale“ Vergangenheit erinnern werden.

Die Angst vor der roten Internationale hat die einst feindlichen Brüder von der geschiedenen und geschorenen Gattung unter einen Hut gebracht.

Die Debatten über die Aufhebung des Jesuitengesetzes, soweit dabei diese Aufhebung bekämpft wird, sind deshalb nichts weiter als formelle Hiererei. In der Sache selbst ist man sich einig. Dem Volke soll die Religion erhalten bleiben, und soweit sich dazu die Jesuiten geeignet erweisen, heran mit ihnen, den geschiedenen und den geschorenen. Unsere Partei hat wie gegen alle politische Ausnahmengesetze, so auch gegen die Jesuitenausweisung von jeher gestimmt. In diesem Sinne gab auch heute Genosse Liebknecht eine Erklärung für die Partei ab. Die Jesuiten sollen besonders Tausend-Gassas in der Bekämpfung der Sozialdemokratie sein, wir sind begierig auf die Probe. Man schaffe den frommen und gelehrten Herren freie Bahn, wir sind bereit mit ihnen den Geisteskampf aufzunehmen.

Nach dem Jesuitenaustrag, der morgen in zweiter Lesung angenommen werden soll, fand die Fortsetzung der Debatte über die Handwerkerfrage und den Befähigungsnachweis statt. War gestern durch die nationalliberale Interpellation der Anlaß zu dieser Diskussion, so heute die bezüglichen Initiativanträge der beiden konservativen Parteien. Etwas Greifbares kam heute so wenig wie gestern zu Tage. Den Standpunkt unserer Partei, im Sinne wie dies gestern bereits von Bock geschah, vertrat heute der Abgeordnete Reihhaus.

Mit der Auflösung des Reichstages wird heute in der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung“ „gedroht“. Das Blatt schreibt — ob offiziell oder rein grüßmannlich wissen wir nicht — im Anschlusse an die letzte Besetzung des Reichskanzlers:

„Diese Erklärung schließt, wie schon aus den Auslassungen anderer Regierungsvertreter gefolgert werden darf, nicht aus, daß an den einzelnen Bestimmungen der Vorlage Modifikationen vorgenommen werden mögen. Sie spricht aber unambiguität aus, daß die Regierung von der Summe — im großen und ganzen — ihrer Forderungen nicht zurücktreten wird. Es wird also angenommen werden dürfen, daß, falls der Reichstag versagen sollte, entweder die gleichen Vorschläge wieder an denselben oder einen anderen Reichstag herangebracht, oder aber andere Wege eingeschlagen werden sollen, um an das vorgesteckte und feststehende Ziel zu gelangen.“

Wir können nur wiederholen, daß wir jederzeit zu Neuwahlen parat sind. Uns wird die Regierung nie vorbereiten finden.

Die beiden Häuser des Landtages hielten heute Sitzungen ab. In beiden Häusern hielt der neue Reichskanzler, als preussischer Ministerpräsident, seine durch ihre Kürze und Bedeutungslosigkeit aus dem Reichstag bekannten Reden. Die Vorlesungen des Reichskanzlers sollten, wie man häufig erwarten dürfte, das Programm der neuen

Reden sie immer in diesem merkwürdigen neuen Hochdeutsch, Deine spähsthaften Todtengräber? sagte René. In diesem Falle müßte ich erst Unterricht nehmen, um sie verstehen zu können.

Cayrolaz lachte. O nein, sagte er. Sie reden fast wie alle Welt. Aber es ist die, zu schreiben, wie sonst niemand schreibt. Was Du da liest, ist nur eine Probe, wie ein Künstler schreiben muß, um die Leser zu blenden.

Vorwärts! sagte René beruhigt. Ich gehe mit. In den Bureaus der „Jugend“ war große Gesellschaft. Sie fand am Abend im Zwischenstockwerk eines Hinterhauses in der Rue Lepelletier statt. Von den beiden Zimmern war das eine geräumig und hell, in der Mitte durch ein Gitter getheilt, in dem sich eine kleine Thür befand; das war die Kasse. Das andere war schmal, mit Stühlen angefüllt, mit Karrikaturen und bald in dunkeln bald in auffallenden Farben prägnanten Zeichnungen, sowie mit japanischen Schand's decorirt; das war das Redaktionszimmer. Das Personal der Revue war fast vollständig jugendlich, etwa fünfzehn junge, zumeist noch sehr junge Leute, die standen, saßen, Zigarettens ränderten, Bier tranken, plauderten und auf und ab gingen, alle sehr korrekt. Beim ersten Blick boten sie nichts, was besonders bemerkenswerth war, es sei denn vielleicht eine große Verschledenheit der Typen, in denen man die meisten Rassen der alten und neuen Welt vertreten fand.

Unter ihnen befand sich nur eine einzige Frau, die Gattin des Direktors, Frau Desaubiers. Sie war eine aus Südamerika stammende Kreolin und mochte etwa dreißig Jahre zählen. Sie war mager, gebrechlich, verblüht. Ihre Umgebung fand ihr Wesen schmeichelt, was aber nach der Mode des Tages schon war. Sie lag in einem Fauteuil, in ein blaßgelbes Kleid gehüllt, das mit einer Plüsch schwarzer Spitzen bedeckt war. Als einzigen Schmuck trug sie an der Brust einen Strauß von blutrothen Orchideen und am Arm ein Schlangenarmband von polirtem Stahl mit Smaragdäugen. Kupferfarbenes Haar, ein grünlischer Teint, seine Blige, große schwarze, brennende Augen gaben ihr ein freundliches Aussehen und, wie ihre Sametkleider sagten, eine süßhafte Schönheit. Sie war eine überzeugte Anhängerin der Decadence; man hatte sie im Verdacht, daß sie die Revue und den Direktor zugleich leitete. Sie hieß Clodie,

hatte sich selbst aber Cloa getauft in der Erinnerung an die Schwester der Engel, welche die Geliebte Satans geworden war.

René, der ihr durch Cayrolaz vorgestellt worden war, wurde durch einen Händedruck begrüßt; er war ja ein hübscher Burche und Journalist dazu. Herr Desaubiers, ein großer, blonder, phlegmatischer Mann mit schlotterigem Gang, stellte ihn der Reihe nach den im Zimmer Anwesenden vor:

Herr Argyropoulos, unser großer Kritiker, ein Grieche, wie sein Name schon sagt. Herr Harlébelle, ein Belgier, der bedeutende Romanschriftsteller, den Sie gewiß kennen. Herr Hansen, ein Däne, der unserem überlebten Theater neue Säfte zuführt.

Herr Almeria, der Dichter des „Tropenfiebers“, der es verstanden hat, in seine Verse die glühende Atmosphäre Sahi Domingos, seiner Heimath, hineinzulegen.

René grüßte und wechselte Händedrucke.

Hu, sagte er sich, Cayrolaz und ich, wir sind also die einzigen Fremdlinge hier.

Er mischte sich in den Kreis, der sich um Frau Desaubiers gebildet hatte. Cayrolaz stimmte das enthusiastische Lob eines amerikanischen Genies an, das er jenseits des Ozeans entdeckt hatte. Er rühmte den Humor, den lecken Kontrast zwischen Scherz und Ernst, den bald kalten und schneidenden, bald wieder übersprudelnden, fast klemmhaften Wit, den starken Eindruck, den diese Heiterkeit der Phantasie auf die Nerven der angejählichen Rasse ausübt.

Frau Desaubiers hörte zu, wiegte zustimmend den Kopf und seufzte:

Was giebt es Lächeres und Mächtigeres als den Wit! Man sagt, daß es noch Leute giebt, welche Vergnügen daran finden, Molière und Voltaire zu lesen. Hui doch! Sie sind das reine Brechmittel für mich. Guter Gott, wie platt ist das alles! Welche kläglich vernünftige Vernunft! Das ist ja wie klares Wasser!

Leider ja! rief Argyropoulos, das französische Genie hat keinen Sinn mehr für das Mysticism! Es kennt den Rausch des Dunkeln, den Taumel des Düsternen, den beunruhigenden Reiz des Abgrundes nicht.

Regierung enthalten. Was bergen sie aber bedeutungsvolles? Die Rede im Abgeordnetenhaus die Bemerkung, daß der neue Ministerpräsident kein Mann ohne Kr und Palm, sondern ein preussischer Grundbesitzer ist, und die Rede im Herrenhaus die Bitte, daß die Mitglieder der preussischen Junkervertretung seine hauptsächlichlichen Berater bei den zur Hebung des landwirtschaftlichen Wohlstandes geplanten Gesetzesvorlagen sein sollen. Demnach wäre die Aufgabe der neuen Regierung im Reich die Vernichtung der Sozialdemokratie, und im Landtage die Befriedigung der Wünsche der Agrarier. Uns imponierte Caprioli mit seinem Worte „ohne Kr und Palm“ mehr als Dohndolche mit seiner Betonung, daß er auch Großgrundbesitzer sei.

Im Abgeordnetenhaus hielt dann Miquel sein Finanzrapport, auf das wir noch ausführlicher zurückkommen wollen. Im wesentlichen wird das bestätigt, was wir in unserer Besprechung der Thronrede sagten.

In beiden Häusern wurde das Präsidium gewählt. —

**Die Polizei im preussischen Staatshandhabe-Etat.** Herr Miquel hat im Abgeordnetenhaus auf die Notwendigkeit der Vermehrung der Ausgaben für die Polizei hingewiesen. Wir geben hier die betreffenden Zahlen wieder:

Mehr angelegt sind für die Polizeiverwaltung in Berlin und in den Provinzen 81 569 M. bzw. 229 508 M. für die Landgendarmarie 72 681 M., zu allgemeinen Ausgaben im Interesse der Polizei 103 569 M., darunter zur Verstärkung des Fonds zu gemeinen Ausgaben im Interesse der Polizei 80 000 M., sowie für die Strafanstalten 288 575 M.

Man sieht, daß die Umsturzvorlage im preussischen Etat schon als angenommen gilt. Etwas klein erscheint uns die Vermehrung der Ausgaben für die Strafanstalten. Wird die famose Umsturzvorlage angenommen, so kommt wohl noch ein Millionen-Nachschuß.

**Die Zahl der Reichstags-Nachwahlen** dürfte in nächster Zeit recht erheblich werden. Die Wahlprüfungs-Kommission hat mehrere Wahlen für ungültig erklärt, andere Mandate sind wegen Beförderungen von Abgeordneten zu erneuern, zu diesen dürfte auch das des elsfässlichen Wahlkreises Wolsheim kommen, da nach einer Meldung der „Deutschen Reichs-Zeitung“ in Bonn der Vertreter des Kreises, Freiherr von Bülow, Hospitant der konservativen Fraktion, als Unterstaatssekretär für Landwirtschaft im Elsaß-Lothringischen Ministerium in sichere Aussicht genommen sein soll. —

**Ein Ober-Präsident als Kandidat des Bundes der Landwirthe.** Die „Post“ schreibt:

Der Vorsitzende des Bundes der Landwirthe des Wahlkreises Syd-Johannisburg, Rittergutsbesitzer Kullad, hatte an den Ober-Präsidenten Grafen v. Stolberg die Anfrage gerichtet, ob derselbe bereit sei, eine Kandidatur für den Reichstag anzunehmen. Der Herr Ober-Präsident hat am 7. d. Mts. diese Anfrage dahin beantwortet, daß unter allen Umständen eine Zersplitterung vermeiden werden müsse und daß er nur eine Kandidatur annehmen würde, wenn sowohl die konservative Partei als der Bund der Landwirthe sich auf dieselbe einigen sollten.

Vor einem halben Jahre hätte der Herr Ober-Präsident die Auerbierung der Kandidatur kaum so freundschaftlich aufgenommen. —

**Die Sonntagruhe im Eisenbahn-Güterverkehr** ist bekanntlich durch einen Erlass des Ministers der öffentlichen Arbeiten vom 20. November 1893 für die preussischen Staatsbahnen angeordnet worden. Im Anschluß daran sind vom Reichs-Eisenbahnamt Verhandlungen mit den Vertretern der verbündeten Regierungen eingeleitet worden, um den Güterverkehr an Sonn- und Festtagen auf allen deutschen Eisenbahnen möglichst einzuschränken. Das Ergebnis dieser Verhandlungen ist, nach der „Berliner Korrespondenz“ eine am 8. Mai 1894 festgestellte Reihe von Grundsätzen für die Einführung der Sonntagruhe im Güterverkehr der Eisenbahnen Deutschlands, zu dem neuerdings noch die Verwaltungen in München, Stuttgart, Karlsruhe, Straßburg, Darmstadt, Ludwigshafen und Mainz ein besonderes Abkommen getroffen haben, das sich den „Grundsätzen“ anschließt und für die den genannten Verwaltungen unterstellten Linien noch einige Zusatzbestimmungen enthält. Nunmehr haben sich nach einer Mitteilung des Reichs-Eisenbahnamts an den preussischen Minister der öffentlichen Arbeiten sämtliche Bundesregierungen bereit erklärt, auf den Eisenbahnen ihres Staatsgebiets die Sonntagruhe im Güterverkehr nach den Grundsätzen vom 8. Mai 1894 spätestens bis zum 1. Mai 1895 durchzuführen.

Um diese Grundsätze handelt es sich somit. So viel wir erfahren haben, wird nach diesen Grundsätzen bloß ein Teil der Güterzüge ausfallen und das frei werdende Personal in sehr erheblichem Maße zum Dienste in dem an Sonntagen sehr gesteigerten Personenverkehr herangezogen werden, so daß das Ergebnis für die Angestellten kaum sehr erheblich in's Gewicht fallen wird. —

**Agitationsmaterial für die Vermehrung der Marine.** Die „Volks-Ztg.“ schreibt:

Der Bibliothek des Reichstages ist, wie man uns mitteilt, vor einigen Tagen eine ganze Anzahl von Zeichnungen zugehört worden, welche der Kaiser selber neuerdings angefertigt hat. Die Darstellungen geben ein Bild von den verschiedenen Kriegsschiffen neuerer Konstruktion, wie sie die japanische, die nordamerikanische und die französische Marine besitzt. Auf je einem größeren Zeichensblatt befindet sich eine Anzahl der vorgedachten Schiffe dargestellt und für jede einzelne Marine sind je mehrere solcher größeren Blätter, welche von den Mitgliedern des Reichstages im Handbibliothek-Saal nunmehr eingesehen werden können. Auf den einzelnen Blättern befindet sich mit Notiz versehen: „Für die Bibliothek des Reichstages“, und zwar soll auch diese Inschrift von der Hand des Kaisers selbst herrühren. Am unteren Theile der Blätter sind außer dem W. I. R. mehrfach noch Ort und Tag angegeben, an welchem die Zeichnungen angefertigt wurden. Auch einzelne andere auf die Schiffe bezügliche kurze Angaben sind zur Erläuterung noch hinzugefügt. —

**Die Zuckerverfrage in den Vereinigten Staaten** berührt bekanntlich auch sehr die deutschen Interessen, deshalb theilen wir die folgenden Depeschen aus Washington mit:

Washington, 15. Januar. Der Geschäftsausschuss des Repräsentantenhauses beschloß, die Wilson-Vorlage für die Aufhebung des Differentialzollens auf Zucker dem Hause zu empfehlen.

Bei Befürwortung seiner Vorlage, betreffend die Aufhebung des Differentialtarifs für Zucker, welcher aus Zuckerpräparaten zahlenden Ländern kommt, hob Wilson im Repräsentantenhaus hervor, der Differentialzoll verlege die Weißbrennereien-

Kaufel und die Verträge, welche zwischen den Vereinigten Staaten und Deutschland, Oesterreich-Ungarn und anderen Ländern bestehen. Das deutsche Verbot gegen die Einfuhr amerikanischer Feinschokolade, wie er behauptet, durch den Differentialtarif veranlaßt, und habe die Handelsinteressen der Union bereits sehr geschädigt. Republikanische Ausschüßmitglieder bestärkten die Vorlage, indem sie geltend machten, es würde ein schlechter Präzedenzfall geschaffen werden, wenn man die Befestigung der Union durch Drohungen des Auslandes beeinflussen lasse.

## Parteinachrichten.

**Gegen die Tabaksteuer.** Eine öffentliche Protestversammlung der Einwohner Bremens gegen die geplante Tabaksteuer fand am 14. d. M. im größten Saale Bremens statt. Gegen 6000 Personen waren anwesend. Nachdem die Referenten Gen. Dr. Dietrich und Gen. Bruns unter großem Beifall gesprochen hatten, fand folgende Resolution einstimmig Annahme: „Die am 14. Januar 1895 im Kasino tagende, von ca. 6000 Personen besuchte Versammlung bremischer Einwohner protestiert auf das Entschiedenste gegen die wiederum seitens der Reichsregierung geplante Tabakfabriksteuer. Die Einführung dieser neuen Steuer bedeutet für die Raucher, und zwar besonders für die ärmeren eine neue schwere Belastung, für die vielen tausend in der Tabakindustrie beschäftigten Arbeiter wie für einen großen Theil der Fabrikanten nicht nur schwerer Schädigung, sondern geradezu den wirtschaftlichen Untergang. Kein deutscher Staat aber würde schlimmer getroffen, als wie der bremische Staat. Die heutige Protestversammlung fordert daher vom Reichstage entschiedene Ablehnung dieser unheilvollen Steuer-Vorlage, und erachtet weiter als einzige gerechte Art der Besteuerung zur Ausbringung der vom Reiche erforderlichen Mittel die progressive Reichs-Einkommensteuer.“ — Vor Schluß der Versammlung nahm nochmals Herr Bruns das Wort, um sich von seinen Bremer Freunden und Genossen zu verabschieden. Redner führte in kurzen Betrachtungen den Zuhörern noch einmal die Zeit seines nahezu fünfjährigen Wirkens vor Augen, ver sprach, wie bisher so auch in seinem neuen Wirkungskreis (Weslau) stets ein eifriger Verfechter der Volksrechte zu bleiben und gab den Ansprüchen, auch hier in Bremen stets muthig vorwärts zu streben, dann wurde es auch sicher gelingen, Bremen bald als eine der Hochburgen der Sozialdemokratie betrachtet zu sehen.

**In einer Protestversammlung gegen die Umsturzvorlage,** die am 18. d. M. in Remscheid tagte und die überstürzt besucht war, sprach der Genosse Weist unter großem Beifall der Versammelten. Eine Protestresolution fand einstimmig Annahme. — In Stübchen (Westfalen) sprach am gleichen Tage der Genosse Dr. Vätgenau zu demselben Thema. — In Lübeck sprach Genosse Schwarz über die Umsturzvorlage vor einer sehr gut besuchten Versammlung.

**Dem ins Gefängnis gehenden Genossen Lingweiler** widmet die Elberfelder „Freie Presse“, in deren Redaktion Genosse Lingweiler thätig war, einen Scheidegruß, der unter anderem folgende Stellen enthält: Wieder hat die „Göttin Gerechtigkeit“ einen unserer Genossen, der im Kampfe ums Recht ihr zum Opfer gefallen, auf längere Zeit verschlungen. Redakteur Lingweiler hat gestern Nachmittag seine aus verschiedenen Verurtheilungen bestehende Gefängnisstrafe angetreten. Daß in der heute so zerrütteten und deshalb bis zum Hüttern nerts gewordenen bürgerlichen Gesellschaft es dabei nicht nur um Verleumdungsdelikte handelt, braucht eigentlich gar nicht mehr gesagt zu werden. Im ersten Falle handelte es sich um eine Kritik der Zustände im Arresthaus zu Siegburg — sechs Wochen Gefängnis. Im zweiten Falle suchte sich ein Hauptmann beleidigt; die betreffende Notiz war zunächst im „Kölnener Tageblatt“ erschienen und dann neben verschiedenen anderen Zeitungen auch in unserem Blatte unter Beifügung einer Bemerkung abgedruckt. Der Inhalt der Notiz sollte aber unklar sein; hier setzte es drei Monate Gefängnis ab. Fall Nr. 3 brachte zwei Wochen Gefängnis und betraf die Beleidigungsklage des Rechtsanwalts Hämerlein. Die letzte Sache endlich betrifft die Beleidigungsklage des Stadtordnungsraths, Vorsitzenden des Ausschusses der hiesigen Farbenfabriken vorm. Bayer u. Comp. und Mitinhaber der Firma Dunkelberg, Herrn Viehhaus; mit sechs Monaten Gefängnis für den in Wahrheit berechtigten Interessen gehandelten Redakteur wurde die Ehre des Herrn Viehhaus wieder hergestellt. Das macht zusammen elf Monate, welche unser Genosse hinter den Kerlermauern zubringen muß. Möge er die lange Zeit glücklich bestehen und gesund und munter wieder zu uns und den Seinen zurückkehren.

**Ein gegnerisches Zeugniß** über die Rührigkeit der Sozialdemokratie stellt der „Hannoversche Kurier“ aus, indem er schreibt: „Die Massen unbeschäftigt zu beschäftigen und sie in Arthem zu halten, ist das eifrigste Bemühen der sozialdemokratischen Führer. Man muß es ihnen lassen, daß sie zur Zeit eine Agitation in's Leben gerufen, wie wir sie seit den Reichstagswahlen nicht gehabt; da sind zunächst die Protestversammlungen gegen die Umsturzvorlage; sie zählen bereits nach vielen Hunderten; gestern sollten allein 15 in Hamburg stattfinden; dann kommen die Versammlungen gegen die neue Tabaksteuer; hierzu gesellen sich die Nothstands-Versammlungen. Dann kommen die Kreisversammlungen; fast jeder Reichstags-Wahlkreis hat eine solche Konferenz gehabt, auf der meistens die Landagitation besprochen wurde; auch an Parteitagungen für einzelne Provinzen oder Regierungsbezirke war kein Mangel, 16 sind es in ganz kurzer Zeit gewesen; eventuelle Vorbereitungen für Reichstags-Wahlen sind erörtert und auch schon die Kandidatenfragen ins Auge gefaßt worden. Die württembergischen Landtags-Wahlen, an denen sich die Sozialdemokratie betheiligte, stehen nahe bevor; die sächsischen Landtags-Wahlen werden die Massen auch wieder gewaltig aufregen, 5 Mandate, die zur Wahl kommen, gehen den Sozialdemokraten. Gewerbetreibenden und Stadtordnungswahlen halten die „Genossen“ weiter in Bewegung; auch die Krankenkassen-Vorstandswahlen bieten den Führern erwünschte Gelegenheit, den Eifer der Massen anzuspornen. Kaum jemals ist die sozialdemokratische Bewegung intensiver als jetzt gewesen.“ Aus der ganzen Auslassung spricht nur der treffende Werg darüber, daß die Herren Nationalliberalen eine solch rührige Agitation nicht nachmachen können. Sie, wie auch andere bürgerliche Parteien, sind zu Hause in Offizieren ohne Soldaten; nur bei den Wahlen gelingt es ihnen leider noch, ihr Stimmvieh mobil zu machen.

### Volksrechtliches, Gerichtliches etc.

— Zu 300 M. Geldstrafe ist vom Landgericht in Oldenburg der Redakteur der „Norddeutschen Volkswocht“ in Bant. Genosse Jug, wegen Beleidigung eines Amtsrichters verurtheilt worden, weil er diesem den Vorwurf gemacht hatte, daß er sich bei einer Spazierfahrt an einem Sonntage von der Zahlung des Chauffeegebühre gedrückt habe.

— Freigesprochen. Vier Genossen aus Pockstedt hatten je ein Strafmandat über 3 M. bekommen, weil sie beschuldigt wurden, ohne polizeiliche Erlaubnis und unter der Kirchzeit das Kieler Parteitag und die „Nordwocht“ verbreitet zu haben. Sie haben sämmtlich gerichtliche Entscheidung beantragt und vor dem Schöffengericht in Pinneberg, wo sie durch Rechtsanwalt Edenthal vertreten wurden, ihre kostenlose Freisprechung erzielt. Daß sie unter der Kirchzeit verbreitet haben, konnte ihnen nicht nachgewiesen werden und zu der Verbreitung brauchten sie eine polizeiliche Erlaubnis nicht, so lautete die Begründung des freisprechenden Urtheils.

— Nachträge von der Nachwahl im sechsten schleswig-holsteinischen Reichstags-Wahlkreise. Vor dem Altonaer Landgericht hatten sich am 11. d. M. drei Genossen aus Barmstedt wegen Hausfriedensbruchs und Körperverletzung zu verantworten. Der Sachverhalt ist folgender: Am 13. Juni vorigen Jahres erliefen der eine Angeklagte im Wahllokal zu Hemdingen, um die Wahlhandlung zu überwachen. Trotdem er sich als Wähler im sechsten Kreise legitimirte, wurde er von dem Wahl-Vorsteher Kröger hinausgewiesen. Er ging aber nicht, wurde dann von Kröger an den Hals gepackt und sollte hinausgeschoben werden. Hierbei kam er ins Stolpern und griff, um nicht zu fallen, Kröger an. Der Wahlvorstand will die Ueberzeugung gehabt haben, daß der Angeklagte den Kröger nur angegriffen habe, um ihm Schmerzen zu bereiten. Nachmittags gingen die beiden Mitangeklagten ins Wahllokal hinein, wurden aber ebenfalls hinausgeschickt. Durch ihr Eindringen ins Wahllokal sollen sie sich des Hausfriedensbruchs schuldig gemacht haben. Die Sache kam vor dem Schöffengericht in Ranzen zur Verhandlung. Von der Anklage des Hausfriedensbruchs wurden die Angeklagten freigesprochen, doch wurde der eine Angeklagte wegen Körperverletzung zu sechs Tagen Gefängnis verurtheilt. Gegen das freisprechende Urtheil hat die Anwaltschaft Berufung eingelegt, während in bezug auf das verurtheilende Urtheil Rechtsanwalt Dr. Sufe Berufung eingelegt hat. Besten sprach seine Bewunderung aus, daß Leute zum Wahlvorstand ernannt würden, welche die Gesetze nicht kennen. Die Angeklagten hätten das Recht gehabt, im Wahllokal zu bleiben. Von Mißhandlung seitens des einen Angeklagten könne nicht die Rede sein. Wäre er an stelle des Angeklagten gewesen, so hätte er den Wahlvorsteher ganz anders getroffen. Es liege Rothweh vor. Freisprechung müsse in jeder Hinsicht erfolgen. Der Staatsanwalt erkannte an, daß kein Hausfriedensbruch vorliege und in diesem Falle Freisprechung erfolgen müsse. Wegen Körperverletzung beantragte er gegen den einen Angeklagten 100 M. Geldstrafe, eventuell 10 Tage Gefängnis. Das Landgericht erkannte im Sinne des Bertheidigers.

— Verboten wurde eine Versammlung in Gohls bei Dresden. In derselben wollte man protestiren gegen die „Umsturzvorlage“ und das darf nach Meinung der Dresden'er Anstaltsverwaltung nicht sein. Es „gefährdet“ das die „Ruhe und Sicherheit“ der Bürger.

— Juristische Recheneri. Der Genosse Heimann-Dresden war bekanntlich vom Schöffengericht wegen „groben Unfugs“ zu drei Monaten Gefängnis verurtheilt worden. Die Straftat sollte begangen worden sein in sechs verschiedenen Nummern der „Arbeiter-Zeitung“ beziehentlich des „Volksfreunds“. Das Schöffengericht hatte sechs strafbare Handlungen angenommen und für jede Handlung drei Wochen Haft, für alle zusammen aber die gesetzlich zulässige Höchststrafe für eine derartige Reklamationen von drei Monaten Haft verhängt. — Gegen dieses Urtheil hatte Heimann Berufung eingelegt. Die Berufung wurde jedoch verworfen unter folgender merkwürdiger Begründung: Der Thatbestand des groben Unfugs analog der Entscheidung des Oberlandesgerichts sei hinreichend gegeben. In dieser Richtung bedürfe es keiner weiteren Begründung. Das Berufungsgericht habe aber insofern nicht der Ansicht der Provinzialregierung beizutreten können, als es die Handlungen Heimann's als 3 Straftaten erachtete. Man habe sich 8 Gruppen gebildet, und zwar die eine aus Nr. 127 der „Arb.-Ztg.“. Für diese erkannte man auf 3 Wochen Haft. Für die zweite, in die Nr. 196 der „Arb.-Ztg.“ und Nr. 200 des „Volksfreunds“ gerechnet wurden, auf 6 Wochen und für die dritte mit 197, 198 der „Arbeiter-Zeitung“ und 101 des „Volksfreunds“ auf 6 Wochen Haft. Wenn auch diese Beurtheilung der Einzelfälle etwas milder (?) sei als die vorhergehende, so habe das Gericht trotzdem keine Veranlassung gehabt, die Gesamtstrafe herabzusetzen. — Wollte der Berichterichter den Genossen Heimann also 6 x 3 = 18, zusammengezogen 12 Wochen schmachten lassen, so war der Berufungsrichter human genug, ihn „milder“ zu behandeln, so daß er jetzt 3 + 6 + 6 = 15 zusammengezogen, macht 8 Monate, abzulisten hat.

— Hausdurchsuchung wurde bei mehreren Genossen in Unna bei Dortmund und zwar nach Dynamitpatronen. Es war nämlich am Hause des Polizeikommissars eine Patrone gefunden worden, und wer konnte die andere hingelegt haben, als die bösen Sozialdemokraten. Dem Genossen Gartzsch, bei dem dreimal Hausdurchsuchung vorgenommen wurde, nahm die Polizei eine Anzahl Schriften mit hinweg. Der Thäter ist nun bereits ermittelt und zwar ist es ein ganz indifferenter Arbeiter, der fast nie in einer Arbeiterversammlung zu sehen war.

— Der bekannte Amtsrichter Spindler in Langenselbold übte sich durch den Vorsitzenden des Turnvereins zu Stavelzhausen dadurch beleidigt, daß er eine Bescheinigung in demselben Tone abgefaßt hatte, in dem eine kurz vorher erlassene Entscheidung des genannten Richters gehalten war. Der Angeschuldigte hatte von einem „gewissen“ Amtsrichter Spindler gesprochen und erklärte bei seiner Vernehmung, er könne nicht annehmen, daß dieser Ausdruck beleidigend sei, da Herr Spindler in seinem Urtheil ebenfalls von einem „gewissen“ J. gesprochen habe und ein Amtsrichter in einem amtlichen Schriftstücke doch nicht beleidigende Ausdrücke gebrauchen werde. Das Landgericht zu Hanau lehnte denn auch die Klage ab, da es ebenfalls eine Beleidigung in jenen Worten nicht finden konnte.

## Der Lütticher Anarchistenprozeß.

(Sitzung vom Montag, den 14. Januar.) Heute Morgen begannen die Verhandlungen des Lütticher Anarchistenprozeß, dessen Verhandlung mindestens zwei Wochen in Anspruch nehmen wird. Schon seit der frühesten Morgenstunde drängte sich eine zahlreiche Menschenmenge in das Gerichtsgebäude. Um 9 Uhr gestattete man den Vertretern der Presse und den mit Karten versehenen Personen im Gerichtssaal Platz zu nehmen, der für diesen Prozeß besonders umgestaltet worden ist. Die Plätze der Richter sind am äußersten Ende des Saales angebracht, um es zu ermöglichen, die große Zahl der Angeklagten, Zeugen und Verteidiger unterzubringen. Die Angeklagten sitzen an der rechten Seite des Saales in einer Reihe und vor ihnen ihre 14 Verteidiger. Gegen 11 Vertreter der Presse sind erschienen, außer belgischen auch deutsche, französische und holländische. Unter den Zuhörern bemerkt man eine Anzahl von Richtern. Zwei Staatsanwälte vertreten die Anklage. Der Länge der Verhandlungen wegen wurde eine Anzahl Erfahrgeschworenen hinzugezogen.

Nach Erledigung der Formalitäten begann die Verlesung der Anklageschrift, welche einen Band von 60 Seiten ausmacht.

Die Angeklagten sind 1. Frau Schleich; 2. Broich; 3. Müller; 4. Bach; 5. Westamp; 6. Vossien; 7. Wille; 8. Verbit; 9. Joris; 10. Berg; 11. Arnold; 12. Leblanc; 13. Schleich; Müller und Westamp lenken die Aufmerksamkeit besonders auf sich, weil sie — da die russische Justiz den Fockspiel Jagoloffski (genannt Baron Ungern-Sternberg) auszuliefern sich weigert — als die Hauptangeklagten erscheinen. Zwei andere, Leblanc und Arnold, sind vielen im Publikum bekannt, da sie angesehenen Lütticher Familien angehören. Leblanc ist ein junger, bartloser Mann von 20 Jahren. Arnold nur wenige Jahre älter. Müller ist 25 Jahre alt. Auch Berg, Bach und Joris sind junge Leute von 19, 23 und 20 Jahren. Die übrigen Angeklagten stehen im Alter von 30—40 Jahren, nur Schleich ist 62 und seine Frau 57 Jahre alt.

Um 12½ Uhr war die Verlesung der Anklageschrift beendet. Diefelbe wird auch ins Deutsche übersetzt, da mehrere Angeklagte nur deutsch sprechen.

Der Staatsanwalt Demarteau ergreift hierauf das Wort, um zuerst die Aufgabe des Russen Jagoloffski vor dem russischen Untersuchungsrichter darzulegen. Die

Kußagen Jagodolsti's scheinen die gegen Berg und Westkamp gerichteten Anklagen zu bestätigen, obgleich beide leugnen. Logegen erklärt Jagodolsti die beiden Bourgeois (Jagodolsti) hat von Maitriest für eine Bombe zu Westkamp gebracht. Dort fand er Müller und Wille und ging mit diesen in das Lokal Populaire. Angegeschlossen hatte sich auch ein gewisser Leidecker, von dem bis jetzt noch gar nicht die Rede war. Während dieser Zeit begab sich Westkamp zum Boulevard d'Orlog, die Bombe unter seinem Mantel verborgen. Er wollte sie denjenigen übergeben, die ihm bald begegnen sollten; aber diese leugnen es ab und Westkamp selber legte die Bombe nieder, während die anderen sich rasch entfernten.

Rechtsanwalt Orth fragt, ob der Russe vor seiner Vernehmung Kenntnis von den Aussagen der in Lüttich in Untersuchungshaft Befindlichen gehabt habe. Der Präsident weiß nichts davon.

Rechtsanwalt Neujean konstatiert, daß dies für die ersten Vernehmungen nicht der Fall gewesen sei, während welcher der Russe die Anschuldung von Leblanc und Arnold noch nicht behauptet habe.

Hierauf wird der Angeklagte Broich vernommen. Er leugnet alles. Er habe sich noch niemals mit dem Anarchismus beschäftigt und habe den Russen erst am 1. April kennen gelernt. Der Russe habe ihn aufgefordert, ihm Dynamit zu verschaffen. Broich sagte dies zu und fuhr zu diesem Zweck nach Chevon. Der Russe habe ihm dafür 25 Frank gegeben.

Zu längerer Ausführungen stellt Broich seine Reise dar. Trotz seiner bestimmten Ausführungen leugnen Leblanc und Westkamp an der Reise theilgenommen zu haben.

Hierüber entsteht ein lebhafter Streit unter den Angeklagten. Broich bestreitet jede Theilnahme an dem Attentat. Dies sei die That Müller's.

Hierauf wird Müller vernommen. Da er des Französischen nicht mächtig ist, werden alle Fragen des Präsidenten in's Deutsche übersetzt. Seine Antworten sind offen und bestimmt. Er legt ganz genau dar, wie er seine Zeit seit seiner Ankunft in Lüttich verbracht habe. Er gesteht zu, in Chevon gewesen zu sein. Aber erst im Moment, da er in den Zug gestiegen sei, habe er den Zweck der Reise erfahren. Er belastet Voffem und Westkamp.

Als sie in Chevon angekommen waren, nahmen sie acht Pakete mit Dynamit. Die Pakete wurden unter alle Theilnehmer der Reise vertheilt; sie hatten sie in ihre Taschenröcke eingepackt. In die Stadt zurückgekehrt, habe man sie alle Müller übergeben, welcher sie aufbewahrte.

Um 6 Uhr wird die Sitzung geschlossen.

### Sitzung vom Dienstag. (Fortsetzung des Verhörs Müller's.)

Westkamp zeigte ihm ein Paket auf seinem Bett. Er wußte nicht, was es enthielt. In der Nähe befand sich ein mit Eisenstücken gefüllter Koffer. Er bestreitet, dem Untersuchungsrichter gesagt zu haben, daß er Dynamit enthalten habe. Er erkennt den Koffer unter den vor dem Gerichtstische aufgestellten Beweisobjekten; ebenso auch die Eisenstücke. Er wußte nicht einmal, was das Wort Dynamit bedeutet, bevor er Westkamp kennen gelernt hatte. Am Abend hat man das Paket mit Leinwand unawidert und Zündhölzchen herum gelegt. Der Präsident rügt an Müller's Aussage Widersprüche mit der Aussage vor dem Untersuchungsrichter.

Dies bestreitet Müller nicht. 8 Monate sind seit seinem Verhör verfloßen.

Um 9 Uhr haben Voffem und Westkamp sich entfernt. Voffem trug das Paket, umgeben mit einem Taschentuch und Papier. Müller begleitete ihn, ohne zu wissen, wozu und warum sie sich entfernten. Sie sind oft zusammen spazieren gegangen. Voffem habe das Gerät unter das Fenster eines Hauses gestellt, welches Müller nicht näher bezeichnen kann. Denn habe er es mit seiner Zigarre angezündet. (Attentat beim Bürgermeister.)

Westkamp, dem man den Koffer zeigte, behauptete, ihn nicht wieder zu erkennen, obgleich Müller erklärte, daß er Eigentümlich Westkamp sei. Müller erinnert sich nicht, etwas Bemerkenswerthes gesehen zu haben an dem Tage, an dem das Attentat gegen das Theater stattfand. Broich habe ihm weiter gesagt, daß der Baron eine Bombe hergestellt habe. Joris oder ein anderer habe sie aufgestellt. Der Russe sagte, daß die Explosion ungeheuren Schaden hätte anrichten können. Broich erklärte auf Befragen, daß die Aussage von Müller der Genauigkeit entbehre.

Westkamp, der von Müller beschuldigt wird, von Broich Dynamit erhalten zu haben, welches er in seinem Koffer verborgen haben soll, leugnet dies.

Voffem hat Müller ein Papier gezeigt, das eine Adresse enthielt, bei welcher die Bombe niedergelegt werden sollte.

Voffem meinte, daß dies von dem Russen herrühre. Es ist die Adresse des Generals Londot von der Bürgergarde. Müller erinnert sich nur eines Theils der Adresse. Voffem leugnet dies, indem er Müller einen Vagabunden nennt.

Als Müller die Bekanntschaft des Russen gemacht hatte, forderte ihn dieser auf, ihn nach Monte Carlo, dem Spielort, zu begleiten. Müller war einverstanden. Der Russe versprach ihm Geld. Hierauf gingen sie zu Schlabach. Dieser war allein. Der Russe ließ Müller von Schlabach einen Regenmantel geben. Müller erkennt diesen unter den beim Gerichtshof liegenden Sachen.

Müller leugnet, daß der Russe ihm gesagt habe, daß er unter dem Mantel die Bombe verbergen soll.

Der Russe zeigte ihm später ein Paket, welches er unter dem Regenmantel hielt. Er wußte nicht, was das Paket enthielt.

Voffem weiß von alledem nichts. Die Frau Westkamp hat Müller drei Fächer gezeigt, welche sie unter dem Futter ihres Mantels verborgen hatte. Westkamp befragt, erklärt, niemals Fächer gesehen zu haben.

Arnold gibt vor, daß der Russe keinen Regenmantel hätte. Müller erklärt, daß er mit dem Russen hinter die Kirche St. Paul gegangen sei und daß ihm der Russe dort Regenmantel und Paket übergeben habe. Hierauf seien sie in die Kirche St. Paul gegangen. Der Russe sagte, daß er die Zündschnur mit der Zigarre in Brand setzen und dann die Bombe werfen solle. Müller hatte aber nicht den Muth, von der Bombe Gebrauch zu machen. Dann ging er auf Veranlassung des Russen in zwei große Cafés, um dort die Bombe zu werfen. Der Russe blieb immer an der Thür zurück. Müller hatte aber nicht die Courage, das Attentat zu begehen. Hierauf gingen sie gemeinsam in die Kirche St. Denis. Aber auch hier fehlte ihm der Muth.

Unterdesse trafen sie vier andere Männer und begaben sich mit diesen nach der Kirche St. Jacques. Nachdem er einem Genossen das Gesicht übergeben hatte, wendete er sich der Maaß zu. Beim Hinweggehen, hörte er die Detonation.

Der Präsident bemüht sich, die Namen der vier zu erfahren. Es sollen sein: Joris, Verbiß, ein Matthias und ein anderer Joris. Verbiß, Matthias und Berg leugnen. Müller hält seine Behauptungen aufrecht. Nach der Explosion traf Müller den Russen, nach Arnold und Leblanc. Doch ging zu Schlabach; Müller weiß nicht, zu welchem Zweck. Der Russe rief Müller zur Seite, um ihn nach den Ergebnissen des Attentats zu befragen.

### Nachmittagsitzung.

Müller beklagt sich über die gegen ihn angewandten Maßnahmen des Gerichts. Er habe nicht mehr gethan, als die anderen. Ich will nicht mehr Fragen beantworten, die andere berühren, ich werde bloß Aussagen machen, welche mich selbst betreffen. Der Präsident befragt Müller, worüber er sich zu beklagen habe. Müller schweigt.

Müller erzählt, daß am Nachmittage Arnold und Leblanc angekommen waren. Diese, er und der Russe, begaben sich zusammen in ein Hotel, um ein Paket abzuholen, das Manuskripte und Briefumschläge von eingeschriebenen Briefen enthielt. Als er dann den Russen um sieben Uhr des Abends wiedergesehen hat, trug er Dynamit in Kapseln bei sich. Westkamp kam bald darauf in Maitriest an.

Westkamp bestreitet dies.

Müller: Wir haben mit dem Russen zu Nacht gegessen. Am folgenden Tage hat Westkamp eine Blechschachtel gekauft, während der Russe in der Apotheke ein mir unbekanntes Präparat gekauft hat. Sie kauften ferner Gewehrkrüge, Nägel und Eisenclat. Westkamp verließ uns, nachdem er von dem Russen Geld erhalten hatte. Hierauf machte sich der Russe an die Fertigung der Bombe. Er legte in die Blechschachtel die Dynamitkapseln, die Nägel u. s. w., packte sie dann in Papier ein und band sie mit Eisenclat. Sobald er erfahren habe, daß es sich um ein Attentat handle, sei er nach Lüttich abgereist und hat die anderen in Maitriest zurückgelassen. Auf Befehl des Russen ließ er durch Westkamp einen in Verlust gerathenen Koffer suchen.

Der Präsident macht Müller auf die zahlreichen Widersprüche in seinen Ausführungen aufmerksam.

Müller beschuldigt dann Leblanc ihm gerathen zu haben, sofort nach Maitriest zu entfliehen, da der gesuchte Koffer von der Polizei mit Beschlag belegt worden sei.

Der Rechtsanwalt Neujean konstatiert, daß Müller zum ersten Male diese Beschuldigung ausgesprochen habe.

Müller antwortet, daß man zu Beginn der Untersuchung seinen wahren Aussagen keinen Glauben schenken wollte. Deshalb habe er erdichtete Aussagen gemacht, was zur Folge hatte, daß die am Attentat Theilnehmenden, heute in Freiheit sind. (Große Bewegung im Zuschauertrium.)

Auf Befragen des Präsidenten lehnt Müller ab, seine Aussagen zu präzisieren. Er will dies gelegentlich der Zeugnisaussagen thun. Hierauf verfällt er in absolutes Schweigen, aus dem er vom Präsidenten nicht herauszureißen ist.

Der Präsident schildert ausführlich das Attentat Renfon.

Müller erkennt die Richtigkeit der Darstellung an, nach welcher Westkamp allein an dem Bombenwurf die Schuld trage.

Der Präsident konstatiert, daß Zeugen behaupteten, zwei Personen hätten gesehen zu haben.

Müller verweigert hierüber die Aussage.

Westkamp leugnet seine Theilnahme an dem Bombenattentate auf's energische.

Durch die Frage des Präsidenten in die Enge getrieben, entschließt sich Müller, die Namen derer zu nennen, welche nach seiner Meinung die wirklichen Urheber des Attentats gegen Herrn Renfon sind. Es sind dies ein angeblicher Leidecker und ein Schuhmacher namens Knobloch. Dieser hat das Haus Renfon's ausgeforscht und darauf Westkamp die Adresse mitgetheilt. Die Aussagen des Müller haben eine große Erregung unter den Zuhörern zur Folge, welche sich bei Vertagung der Verhandlung um 5 1/4 Uhr noch lange nicht gelegt hatte.

## Soziale Ueberläßt.

Die Neu-Organisation der Staatseisenbahn-Verwaltung, welche am 1. April d. J. eintretende Veränderung in der Abgrenzung der Eisenbahn-Verwaltungsbezirke bedingt, hat auch eine Umwidlung der für die Beamten und Arbeiter eingerichteten Eisenbahn-Krankenkassen nothwendig gemacht. Um über die zu diesem Behufe entworfenen neuen Satzungen der Betriebs-Krankenkasse für den künftigen Direktionsbezirk Berlin Beschluß zu fassen, hat jetzt die Eisenbahndirektion Berlin angeordnet, daß am 29. d. M. eine Generalversammlung der theilhaftigen Kassenglieder abgehalten werden soll.

Dem **Präsidenten der sächsischen Textilarbeiter.** Dem **Chemiker** **Woback** wird der Haushaltsplan eines Chemiker Textilarbeiters zur Veröffentlichung zugestellt. Der betreffende Arbeiter giebt an, daß von den 365 Tagen des Jahres abgingen: 14 gesetzliche Feiertage, 10 geschäftliche, sowie wegen mangelnder Arbeit nothwendig gewordene Feiertage, 36 arbeitslose Tage und 52 Sonntage, so daß nur 228 Arbeitstage verblieben. Die Einnahme an Wochenlohn betrug 515,47 M., davon Ausgabe an Miethe 108 M., Kleidung, Wäsche 50 M., Heizung, Licht 55 M., Schuhwerk 20 M., Staats- und Gemeinde-Anlagen 10 M., Zeitung 6 M. Summa 249 M. Einnahme . . . . . M. 515,47 Ausgabe . . . . . M. 249,--

Reiz für Lebensmittel . . . M. 266,47

Von diesem Reiz von 266,47 M. sollen also die Lebensmittel für drei Personen und zwar für das ganze Jahr aufgebracht werden, macht pro Kopf eine Ausgabe von 88 M. 82 2/3 Pf. oder pro Woche 1,72 M., um einen Menschen am Leben zu erhalten. Dabei ist noch zu berücksichtigen, daß dieser Arbeiter gut bezahlt war, wie erl. geht es denjenigen, welche lange Zeit arbeitslos sind und schließlich ganz schlecht lohnende Arbeit bekommen! Des Weiteren ist der Betreffende, wie aus dem Haushaltsplan ersichtlich, während des Jahres nicht in die unangenehme Lage gekommen, den Arzt und die Apotheke in Anspruch nehmen zu müssen. Von Krankheiten und sonstigen Unglücksfällen blieb die Familie verschont. — Es sollten nur noch mehr Arbeiter dem Beispiele des obigen folgen, um dem Geschwäh von dem Wohlergehen der Arbeiter ein Ziel zu setzen.

Ein Verein der Arbeiter und Arbeiterinnen der Textilindustrie ist letzten Sonntag in St. Gallen gegründet worden. Das aufgestellte Programm enthielt folgende Punkte: Verkürzung der Arbeitszeit, vorläufig auf 10 Stunden, Befestigung der Alfordlöhne und Einführung von gewerblichen Schiedsgerichten, Einführung von Arbeitsnachweisen, statistische Erhebungen über Arbeitszeit, Löhne, Behandlung u., Ueberwachung der Arbeiterkassen, Rechtschutz für Mitglieder bei Streitigkeiten aus dem Arbeitsverhältnis, Festsetzung einer Bibliothek und Unterstützung aller Bestrebungen, die auf eine materielle und moralische Besserstellung der Arbeiterschaft hinführen.

**Bergarbeiter-Risiko.** Aus Audley (Staffordshire) kommt die traurige Nachricht, daß die Zahl der in dem überschneemten Bergwerk zurückgebliebenen Arbeiter 92 beträgt. Trotz aller Anstrengungen nimmt das Wasser nur langsam ab.

## Deveschen.

### Wolff's Telegraphen-Bureau.

Paris, 16. Januar. Deputirtenkammer. Haus und Tribünen, auch die Diplomatenloge sind überfüllt. Der Vorsitzende Brisson verliest das Demissions schreiben des Präsidenten Casimir Perier unter gelegentlichen Unterbrechungen seitens der Rechten und der äußersten Linken. Brisson fügt hinzu: Die Kammer nimmt Kenntnis von dieser Erklärung des Präsidenten der Republik. Sodann theilt Brisson mit, daß die Kammer als Nationalversammlung auf morgen 1 Uhr nach Versailles berufen sei. Die Kammer überläßt es Brisson, den Tag für das Wiederzusammentreten der Kammer zu bestimmen. Schließlich erklärte Brisson, er habe von zwei Deputirten Anträge auf Revision der Verfassung erhalten, könne dieselben jedoch nicht annehmen. Als die Sitzung aufgehoben wird, ruft Faberot (Sozialist): „Es lebe die soziale Republik!“ La Rochefoucauld, Herzog von Doudeauville, ruft: „Es lebe der König!“ Von der Linken erlösen wiederholte Rufe: „Es lebe die Republik!“ Der Saal leert sich langsam unter heftigem Tumult.

Paris, 16. Januar. Das Demissions schreiben des Präsidenten Casimir Perier wurde heute Nachmittag im Senate und in der Kammer verlesen; dasselbe hat folgenden Wortlaut: „Ich habe mir niemals die Schwierigkeiten der mir von der

Nationalversammlung übertragenen Aufgabe verweigert, ich hatte sie voranzugehen. Wenn man im Augenblicke der Gefahr einen Posten nicht ausschlägt, so bewahrt man seine Würde nur bei der Ueberzeugung, seinem Vaterlande zu dienen. Die von Mitteln der Aktion und Kontrolle entblöhte Präsidenschaft der Republik kann allein aus dem Vertrauen der Nation die moralische Kraft schöpfen, ohne welche sie nichts ist. Ich zweifle weder an dem gesunden Sinne, noch an der Gerechtigkeit Frankreichs; man hat es jedoch erreicht, die öffentliche Meinung mehr als zwanzig Jahre hindurch irre zu führen. Meine zwanzigjährigen Kämpfe in dieser Beziehung, meine Anhänglichkeit an die Republik und meine Hingebung an die Demokratie haben nicht genügt, alle Republikaner von der Aufrichtigkeit und Wärme meines politischen Glaubens zu überzeugen und die Gegner eines Besseren zu belehren, welche glauben oder zu glauben vorgeben, daß ich mich zum Werkzeug ihrer Leidenschaften und ihrer Hoffnungen machen werde. Seit einem halben Jahre tobt ein Kampf mit Verleumdung und Beleidigungen gegen die Armee und die Behörden, gegen das Parlament und den unverantwortlichen Chef des Staates, und diese Freiheit, den sozialen Paß zu schären, wird fortgesetzt Freiheit des Denkens genannt. Die Achtung und der Ehrgeiz, den ich für mein Land hege, gestatten mir nicht zuzugeben, daß jeden Tag die besten Diener des Vaterlandes und diejenigen, welche es in den Augen des Auslandes vertreten, beleidigt werden. Ich kann nicht darauf verzichten, das Gewicht der auf mich lastenden moralischen Verantwortlichkeit mit der Machtlosigkeit, zu der ich verdammt bin, zu vergleichen. Vielleicht versteht man mich, wenn ich versichere, daß die konstitutionellen Fiktionen die Forderungen des politischen Gewissens nicht zum Schweigen bringen können. Vielleicht werde ich, indem ich mein Amt niederlege, denjenigen ihre Pflicht vorgezeichnet haben, denen die Sorge obliegt für die Würde, die Macht und den guten Ruf Frankreichs in der Welt. Unabhänglich treu mir selber bleibe ich überzeugt, daß Reformen nur unter der thätigen Mitwirkung einer Regierung möglich sind, welche entschlossen ist, die Achtung vor dem Gesetze zu sichern, sich bei ihren Untergeordneten Gehorsam zu verschaffen und sie alle in gemeinsamer Arbeit zu gemeinsamen Werken zu vereinigen. Ich habe trotz der gegenwärtigen traurigen Stunde den Glauben an die Zukunft des Fortschrittes und der sozialen Gerechtigkeit. Ich lege auf den Tisch des Senats und der Kammer meine Demission als Präsident der Republik nieder.“ Unterzeichnet: Casimir Perier.

Paris, 16. Januar. Senat. Präsident Challemeil-Lacour verlas mit sehr bewegter Stimme das Demissions schreiben des Präsidenten Casimir Perier, welches mißfällig aufgenommen wurde. Bei jedem Satze fanden Unterbrechungen statt. Zum Schluß der Botschaft erhoben sich zahlreiche Protestkundgebungen und längeres Murren. Der Präsident theilt mit, daß der Kongreß morgen Nachmittag um 1 Uhr in Versailles zusammentreten werde. Der Senat vertagte sich hierauf bis Montag.

Paris, 16. Januar. Floquet erklärte in den Wandelungen der Deputirtenkammer, daß Brisson bei der Präsidentenwahl 100 Stimmen der Senatoren und 300 Stimmen der Deputirten erhalten, die Wahl Brisson's für die Präsidentenschaft also sicher sei. Die Mitglieder der Bureau's der republikanischen Gruppen in Kammer und Senat konnten nicht zu einer Verständigung über einen einzigen Präsidentenschaftskandidaten gelangen. Es stehen im gegenwärtigen Augenblicke zwei Kandidaten im Vordergrund, diejenige Brisson's und diejenige Felix Faure's.

Baruzo, 16. Januar. Vor dem Hause des Einwohnerevangelisten, welcher als trotziger Agitator gilt, kam es anlässlich der Demonstration am Montag Abend zu feindlichen Kundgebungen einer großen Menschenmenge. Erbitert gab Ritossa einen Revolver ab, verletzte indessen niemand. Er wurde verhaftet, vom Gerichte sodann entlassen und die Akten der Staatsanwaltschaft übergeben. Beim Verlassen des Gerichtsgebäudes wurde Ritossa nach seinem Hause begleitet, welches danach mit Steinen beworfen wurde. Die Gendarmen zerstreute schließlich die angesammelte Menge und stellte die Ordnung wieder her.

### (Deutschen-Bureau Verold.)

Wag, 16. Januar. Heute wurden hier selbst acht Personen verhaftet, welche einem anarchischen Geheimbunde (?) angehörten. Es handelt sich um hochverräterische Unternehmungen. Hauptbeschuldigter ist ein ehemaliger Genosse Karl Sabina's, des Leutnants der „Verkauften Braut“, namens Wilhelm Körber. Derselbe wurde schon als junger Mensch wegen eines Petardenattentats bestraft.

Paris, 16. Jan. „Petit Republicain“ publiziert ein Manifest an die sozialistischen Kammergruppen, worin es heißt: „Es ist sehr unwahrscheinlich, daß Casimir Perier seine Kandidatur wieder aufnimmt. Er scheidet für immer von seinem Posten, ohne den Kampf der Reaktion, wie von ihm erwartet wurde, zu Ende zu führen. Perier ist von der Korruption des politischen Regimes, dessen Chef er war, erdrückt worden. Er sei durch die Intrigen des Ministerpräsidenten beseitigt worden. Das Manifest erlöst an die Sozialisten die Aufforderung, den Kampf nicht zu verlassen, denn es stehe eine außerordentliche Krise bevor.“

Paris, 16. Januar. In der Botschaft des Präsidenten Casimir Perier heißt es, daß die Demission erfolgt sei, weil man seit 8 Monaten das Heer, den Richterstand, das Parlament und den Präsidenten der Republik fortwährend verleumde und injurierte. Der Präsident der Republik sei nichts ohne das Vertrauen der Nation. Zwanzig Jahre der Kämpfe für die Republik und die Demokratie hätten nicht genügt, alle Republikaner von ihrem politischen Glauben zu überzeugen und die Gegner aufzuklären. Die Botschaft spricht am Schluß die Hoffnung aus, daß trotz der traurigen Zustände des Augenblicks das Vertrauen zum Fortschritt der sozialen Gerechtigkeit wiederkehren möchte.

Paris, 16. Januar. Die Hauptursache zur Demission Perier's sollen die Kammerbeschlüsse gegeben haben, aus denen Perier ersah, wie viel von denjenigen, welche ihn im Juni vorigen Jahres zur Annahme der Präsidentenschaft drängten, den sozialistischen Antrag unterstützten.

Paris, 16. Januar. Als Kandidaten für den Präsidentenposten werden genannt: Challemeil-Lacour, Brisson, Dupuy, General Saussier, Admiral Gervais.

Paris, 16. Januar. In der Kammer und im Senat wurde heute eine Botschaft des Präsidenten verlesen. In der Kammer riefen die Sozialisten am Schluß der Botschaft aus: „Es lebe die soziale Republik!“ Baudry d'Asson rief: „Es lebe der König! Nieder mit der Republik!“ Im Senat wurde die Botschaft unglücklich aufgenommen.

Paris, 16. Januar. Nach neueren Meldungen sind Brisson und Waldeck-Rousseau als die ersten Kandidaten zu betrachten.

Paris, 16. Januar. In einer gestern zwischen Perier und Challemeil-Lacour stattgefundenen zweifelhafte Konferenz erklärte Perier, er habe nur zwischen zwei Mitteln zu wählen, entweder ein radikales Ministerium mit Brisson oder ein widerstandsloses zu bilden, das sich auf den Senat stütze, und als letztes Mittel die Kammerauflösung vorzunehmen. Challemeil-Lacour erklärte, er sei grundsätzlich ein Feind des geplanten Konzentrations-Ministeriums unter Bourgeois, welche Ansicht Perier theilte. Hierauf scheint er den Entschluß zum Rücktritt gefaßt zu haben.

Paris, 16. Januar. Heute Mittag 1 Uhr hat eine Sitzung unter Leitung Challemeil-Lacour's stattgefunden. Das Amtsblatt nennt als Kandidaten für den Präsidentenposten außer Challemeil-Lacour auch Brisson und Dupuy.

Paris, 16. Januar. General Saussier, der Gouverneur von Paris, hat alle Maßregeln getroffen, um etwaige Unruhestörungen und Ueberraschungen sofort zu unterdrücken. In Paris und in den Departements werden alle als Sozialisten und Anarchisten bekannten Personen polizeilich überwacht. In Paris ist das Militär konstant.

## Parlamentsberichte.

Deutscher Reichstag.

16. Sitzung vom 16. Januar 1895. 1 Uhr.

Im Bundesrath: v. Bötticher.

Von der Einleitung des Strafverfahrens gegen den Abgeordneten Stadthagen wird Mittheilung gemacht.

Auf der Tagesordnung steht zunächst die erste und eventuell zweite Verlesung des von dem Centrum eingebrachten Gesetzentwurfs betr. die Aufhebung des Gesetzes über den Orden der Gesellschaft Jesu vom 4. Juli 1872.

Abg. Graf Hompesch (Zentrum): Unser Erwarten, daß der Bundesrath unseren Beschluß vom vorigen Jahre in vollem Umfange annehmen würde, ist nicht in Erfüllung gegangen. (Ruf im Centrum: leider!) Wir glauben aber, daß es ein Gebot unserer Ehre sei, auf der Aufhebung des Gesetzes zu bestehen und aus diesem Grunde haben wir den Antrag wieder eingebracht. (Beifall.) Der Bundesrath hat uns nicht die geringsten Gründe dafür angegeben, was ihn zu seinem Beschluß veranlaßt hat. Es dürften also lediglich politische Rücksichten gewesen sein, die ihn zur Ablehnung unseres Antrages veranlaßten. Der Bundesrath hat offenbar geglaubt, gewissen Forderungen und Wünschen mehr Rechnung tragen zu müssen, als dem Bedürfnis eines großen Theiles der deutschen Bevölkerung. Aus diesem Grunde haben wir den Beschluß des Bundesraths sehr tief und schmerzlich empfunden. Denn wir sehen darin eine Verletzung der durch die Verfassung gewährleisteten religiösen Freiheit (Zustimmung im Centrum).

Unseren Orden müssen dieselben Rechte eingeräumt werden wie jedem andern Verein; der Zustand muß aufhören, daß deutsche Staatsbürger ohne Richterpruch und ohne Urtheil in die Verbannung geschickt werden. Darüber erkennen wir an, daß gewisse Orden von dem Ausweisungsgesetz ausgeschlossen worden sind; aber dieses theilweise Zugeständniß beweist nur, auf wie schwachen Füßen das ganze Ausweisungsgesetz steht; es beweist, mit welcher Leidenschaftlichkeit damals dieses Kulturkampf-Gesetz zu Stande gebracht worden ist. Wir werden aufgefordert, einzutreten für Religion, Sitte und Ordnung. Ohne Ueberhebung kann ich sagen, daß die Zentrumspartei im Reiche, in Preußen, Baden, Bayern und jetzt auch in Württemberg unbedeutlich in diesem Sinne gewirkt hat, wirkt und wirken wird. Aber die Begriffe, die wir von Religion, Sitte und Ordnung haben, sind mit einem solchen Gesetz unvereinbar. Wir können nur wünschen, daß die Vertreter der Bundesregierung den Weg gehen, den sie früher oder später doch werden gehen müssen, den Weg des Rechts und der Gerechtigkeit auch gegen den Orden der Gesellschaft Jesu. (Beifall.) Um diesen Weg leichter gangbar zu machen, bitte ich Sie unseren Antrag auch heute wieder mit großer Mehrheit anzunehmen. (Beifall im Centrum.)

Abg. v. Mantuffel (Df.): Wir stehen unverändert dem Antrage gegenüber auf dem vorjährigen Standpunkte. Auch die Umsturzvorlage steht damit nicht in ursächlichem Zusammenhange. Wir werden jetzt wie damals gegen den Antrag stimmen.

Schröder (rsf. Vgg.) Gewiß hat die römisch-katholische Kirche über das, was sie zu ihrer Ausgestaltung bedarf, ganz allein zu bestimmen; aber mit der unbedingten Erfüllung dieser Forderungen würden wir direkt in den römisch-katholischen Staat hineinretten. (Murren im Centrum.) Die Mehrheit der Deutschen hat auch ein Recht auf Anerkennung der Freiheit ihrer Anschauungen und deshalb halten wir es für geboten, gegen den Antrag zu stimmen.

Graf Killeck erklärt, daß die Polen voll und ganz für den Antrag stimmen werden.

Abg. Liebknecht (Soz.): Bei der allseitigen Ueber einstimmung, keine Debatte zu machen, sehe ich von längerem Ausführungen ab und präzisire bloß unseren Standpunkt nach einigen Richtungen hin. Die Spitze dieses Antrages richtet sich in zweifacher Hinsicht gegen uns. Durch die Redner des Centrum und auch durch Organe des Centrum in der Presse ist ausgesprochen, daß die Haltung des Centrum zu der Umsturzvorlage wesentlich davon abhängig ist, wie die Regierung sich verhalten wird zu diesem Antrag und zu anderen Forderungen des Centrum. Ferner sollen die Jesuiten notwendig sein im Kampfe gegen die Sozialdemokratie. Es ist viel von dem geistigen Kampfe gegen uns die Rede. Die katholische Kirche hat erklärt, daß sie allein im Kampfe sei, diesen Kampf zu führen. Wir haben nicht gefunden, daß die katholische Kirche erfolgreich gegen uns gewesen ist, als irgend eine andere Partei. Dem Antrag gegenüber bleiben wir auf dem Boden, den wir von Anfang an eingenommen haben. Für uns giebt es nicht zweierteil Grundsätze, nicht zweierteil Ziele; wir sind nicht eine Partei Dreifache, wie das von anderen Parteien gilt. Wir sind für gleiches Recht für alle. Ein Gemeinwesen kann nur gesund und glücklich sein auf dem Boden der absoluten Freiheit, der Freiheit in religiöser Beziehung, der Freiheit der Wissenschaft und der Kritik, bei Freiheit der Presse und freiem Vereinsrecht. Das Jesuitengesetz schon 1872 bei dessen Vorlegung bekämpft. Auch zur Zeit des Sozialistengesetzes 1883 haben wir einen Antrag auf Aufhebung aller Ausnahmegesetze gestellt. Die Jesuiten sollen beim Kampfe gegen uns der Welt außerordentlich große Dienste leisten. Wir fürchten uns vor niemand. Wir haben weder vor den Jesuiten noch vor sonstigen Generalen, auch nicht vor den „geistigen“ Waffen, welche von Seiten des Centrum und der Jesuiten gegen uns geschwungen werden. In Paraguay hat 200 Jahre lang ein sozialer Staat, von Jesuiten gegründet, bestanden. Dort war wohl für das leibliche Wohl der Pfaffen gesorgt, aber es hat eine Christenkirche geherrscht, wie die Welt kein zweites Beispiel gesehen hat, und hieran hat er erbärmlich zu Grunde gehen müssen. Neben diesem Jesuitenthum ist alles was unsere moderne reaktionäre Staatskunst geleistet hat, die reine Stumperei; in ihm war weit mehr geleistet worden für die Anechtung der Geister, als im Königreich Stumm heute geleistet wird. (Heiterkeit links.) Man hat davon gesprochen, daß man die Jesuiten nicht herein lassen dürfe aus patriotischen Gründen. Ich möchte wissen, ob die Jesuiten weniger patriotisch sind, als diejenigen, welche ihnen jetzt den Vorwurf des Unpatriotismus machen. Wäre Deutschland wohl so zerfallen, wie es heute ist, wenn die Jesuiten ihr Ziel, gleiche Religion, erreicht hätten? War etwa der Protestantismus und die Reformation für Deutschland politisch ein Segen? Rührt daher nicht die Zerissenheit? Sie dürfen auch nicht mit dem Vorwurf kommen, daß die Jesuiten die Freiheit unterdrücken. Derjenige unterdrückt die Freiheit, der die Jesuiten nicht nach Deutschland hereinläßt. Und diejenigen, die sich auf diesen Standpunkt stellen, sind jetzt im Begriff, der Regierung ein Knebelgesetz zu bewilligen, welches die größte Partei Deutschlands mundtot machen soll. — Ich habe mich sehr viel mit den Schriften der Jesuiten beschäftigt. Die Jesuitenliteratur enthält außerordentlich viel Gutes. Die Jesuiten sind in bezug auf bürgerliche Freiheit unendlich freisinniger gewesen, als die protestantischen Gelehrten früher, und auch späterer Jahrhunderte. Nicht die Jesuiten haben die wahnsinnige Lehre von dem Gottesgnadenthum erfunden. Das waren protestantische Theologen in Deutsch-

land und England. Die Jesuiten haben der weltlichen Macht gegenüber stets, wenn auch mit der Absicht zu herrschen, die Freiheit des Urtheils gefordert. Und das, was Sie Jesuitenmoral nennen, brauchen die Jesuiten nicht mehr zu predigen, das ist eingeführt in unseren ganzen politischen Leben. Derselbe Staat, der sich christlich nennt, der die Religion der Liebe auf der Junge hat, erläßt Proskriptionsgesetze; derselbe Staat, der die Religion des Mannes bekennt, der da sagte: eher geht ein Kameel durch ein Nadelohr, als daß ein Reicher in das Himmelreich kommt, ist jetzt im Begriff, die Partei zu knebeln, welche dem armen Manne zu seinem Rechte verhelfen will. Haben wir nicht den Jesuitismus in der ganzen Art, wie das Deutsche Reich zu Stande gekommen ist? Mein Freund Schröder von der Volkspartei und auch Herr Dr. Sigmund haben schlagend darauf hingewiesen, wie fittlich und konsequent es ist, wenn ein Staat, der direkt auf dem Umsturz beruht, ein Gesetz gegen den Umsturz machen will: Die kleinen Spitzbuben hängt man, die großen läßt man laufen. Der große Umsturz ist nicht nur erlaubt, er wird sogar verherrlicht; und dabei macht man Umsturzgesetze. Ist das nicht die schlimmste Jesuitenmoral in die Praxis des Staates eingeführt? Die prinzipielle Stellung meiner Partei zu dieser Frage ist dieselbe wie früher. Mögen die Jesuiten kommen, sie werden weder in Deutschland noch überhaupt irgendwo die bürgerliche Gesellschaft — sie sind ja gewissermaßen eine internationale Partei — stützen können; es ist eben heute die bürgerliche kapitalistische Welt in der Auflösung begriffen. (Heiterkeit und Widerspruch.) Da lachen Sie? Da drüben in Frankreich, wo man in der politischen Entwicklung etwas weiter als hier ist, hat das Bürgerthum so abgewirtschaftet, daß gestern Abend der Präsident, der als Diktator gegen die Umsturzpartei gewählt war, gestürzt ist, seine Demission hat geben müssen. Nehlich wird es auch wo anders kommen; alle diese auf gewaltsame Politik sich stützenden Regierungssysteme sind dem Untergange geweiht. Wir aber, im Namen der Freiheit für alle und des gleichen Rechts für alle, stimmen selbstverständlich, wie wir es früher gethan haben, für die Aufhebung dieses Ausnahmegesetzes. (Bravo! bei den Sozialdemokraten.)

Abg. v. Marquardsen (natl.) verweist auf seine früheren Erklärungen namens seiner Parteigenossen, wonach in einem Staate mit konfessionell gemischter Bevölkerung die Jesuiten und ihre Organisation nicht am Platze sind. Die Nationalliberalen werden so wie früher gegen den Antrag stimmen.

Abg. Rickert (rsf. Vgg.) verweist ebenfalls auf die vorjährigen Verhandlungen und auf den Antrag, den er damals gestellt hat; der Präsident habe damals nicht gestattet, daß sein Antrag schon in der ersten Lesung vertheilt werden dürfe, und er wolle das heute auch nicht gestatten. Nidner bittet deshalb, die zweite Lesung nicht schon heute stattfinden zu lassen, sondern erst an einem späteren Tage.

Abg. v. Stumm (Df.) erklärt sich gegen den Antrag; gegen die Verschiebung der zweiten Lesung habe er nichts einzuwenden.

Abg. Förster (Deutsche Sozialreform-Partei) erklärt sich ebenfalls für die Hinausschiebung der zweiten Lesung. Damit schiebt die Debatte.

Abg. Lieber (Df.) der ebenfalls auf längere Ausführungen verzichtet will, um nicht alle Bunden aufzureißen, schiebt aus, daß das Centrum werde seinen Antrag so lange wiederholen, bis er Erfolg gehabt habe. Es handelt sich um zwei verschiedene Weltanschauungen, die mit geistigen Waffen gegen einander ankämpfen sollen. Dabei muß Licht und Schatten gleichmäßig vertheilt sein, und dazu gehört, daß alle Einrichtungen der katholischen Kirche vom Staate geachtet werden. Zu diesen Einrichtungen gehören auch die Orden, einschließlich des Jesuitenordens. Wenn die Orden in ihrer Thätigkeit beschränkt werden, so beschränkt man dadurch das Recht sämtlicher Katholiken, nicht bloß einen einzelnen. (Zustimmung im Centrum.) Nur Herr Liebknecht hat Anlaß zur sachlichen Erörterung gegeben; ich enthalte mich aber dessen und verweise ihn bezüglich Parag. 1 auf den Haffischen Schriftsteller Charleot. Kein Katholik hat die dortige Staatsbildung jemals für eine ideale gehalten. Zurückweisen muß ich aber die Unterstellung, daß die Stellungnahme des Centrum zum Umsturzgesetz von der Stellungnahme der Regierung zu diesem Antrage abhängig sei. Das ist eine mißverständliche Auffassung der Rednerungen meiner Parteigenossen. Unsere Haltung auch der Umsturzvorlage gegenüber ist völlig unabhängig von dem, was man bezüglich des Antrages seitens des Reichstages und seitens der Regierung thun wird. Ich kann auf unsere gesammte Parteigeschichte verweisen. (Lachen links.) Im Interesse des Rechts und der Gerechtigkeit bitte ich Sie, dem Ausnahmegesetz ein Ende zu machen; ich hoffe, daß die Regierung endlich unseren Antrag annehmen wird. So schwer es uns wird, so wollen wir doch, um die angeforderten Anträge zu prüfen, auf die zweite Lesung am heutigen Tage verzichten; wir bitten aber dieselbe auf morgen anzusehen.

Abg. v. Bennigsen empfiehlt ebenfalls die Hinausschiebung der zweiten Lesung bis morgen. Das Haus beschließt demgemäß. Es folgt die Berathung der konservativen Anträge zur Gewerbe-Ordnung und zwar zunächst über die Einführung des Befähigungsgesetzes in Verbindung mit den Anträgen der Reichspartei wegen der Organisation des Handwerkes in Handwerkerkammern und Einschränkung der Beschäftigung Strafgefangener.

Abg. Jacobstötter (Df.) begründet in kurzen Worten den Antrag, namentlich unter Bezugnahme auf die gestrigen Verhandlungen.

Ein Antragsteller von der Reichspartei nimmt nicht das Wort zur Begründung des Antrages; es erhält daher in der Debatte das Wort der

Abg. Oehl zu Herndheim (natl.), welcher, an die gestrige Erörterung anknüpfend, darauf hinweist, daß Gewerbebetriebern, in denen der Handwerkermeister neben dem Kommerzienrat steht, in Süddeutschland schon lange vorhanden seien. Er wendet sich gegen die Ausführungen Richter's, daß die Handwerkskammern keinen Einfluß hätten. Wenn die Sozialdemokraten behaupten, daß dem Handwerk nicht zu helfen sei gegenüber der Konkurrenz der Großindustrie, so ist dem entgegenzuhalten, daß das Handwerk noch eine sehr große Ausdehnung hat; es sind z. B. im Schuhmachergewerbe nur 10 pSt. der Betriebe Großbetriebe, die Massenprodukte liefern, während die bessere Arbeit dem Handwerk verbleibt. Daß die Großindustrie sich um die Lehrlingsausbildung nicht bekümmere, sei unrichtig; den besten Beweis dafür bilden die Lehrwerkstätten der staatlichen Eisenbahnverwaltung und die besonderen staatlichen Werkstätten in Baden, die Lehrlinge ausbilden.

Abg. Gamp (Df.) begründet nachträglich den Antrag seiner Parteigenossen und spricht zunächst seine Freude darüber aus, daß durch die gestrigen Erklärungen jeder Zweifel darüber geschwunden sei, daß zwischen der Reichsregierung und der preussischen Regierung volles Einvernehmen in der Handwerkerfrage herrsche. Die Sozialdemokraten sind für die Handwerkerkammern, obgleich sie sich nicht viel davon versprechen. Die Freisinnigen

haben früher sich ablehnend gegen alle Maßregeln zu Gunsten des Handwerkes verhalten, wenigstens der Abg. Baumbach, der früher dazu sprach. Er widmet sich jetzt den kommunalen Angelegenheiten, Danzig und hat für politische Dinge niemals eine Befähigung nachgewiesen. (Widerspruch links.) Die Kapitalkraft der Großindustrie drückt das Handwerk; der letzteren steht billiger Kredit zur Verfügung, selbst Börsenmänner erhalten Geld zu 1 1/2 bis 2 pSt., während der kleine Handwerker 6—7 pSt. bezahlen muß. Auf diesem Gebiete sollte der preussische Staat etwas mehr als bisher thun. Eine Gewerbebank sollte, wenn auch unter Auswendung erheblicher Summen, vom Staate errichtet werden. Kein Stand hat so geringe staatliche Fürsorge erfahren, wie gerade das Handwerk. Für die Landwirtschaft wird gefordert, im Interesse des Handels und der Großindustrie werden jährlich Millionen zur Verbesserung der Wasserstraßen verwendet; für das Handwerk findet sich im Etat kein Posten. Ja, der Handwerker muß sich das Geld vom Munde absparen, um für seine Gesellen die Marken zu kaufen, während er selbst auf die Armenpflege angewiesen ist. Diese geringe Fürsorge entspricht nicht der Bedeutung des königtreuen Handwerkerhandes. Die Verbesserung der Technik kann sich doch Handwerk zu nütze machen mit Hilfe der Elektrizität; es sind sehr erhebliche Wasserkräfte vorhanden, die durch Thalsperren u. verstärkt und durch elektrische Uebertragung auch in den Dienst des Kleinbetriebes gestellt werden können. Eine bedeutende Beschäftigung des Handwerkes liegt in der Gefängnisarbeit, wenn die Beschäftigung immer in demselben Gewerbe stattfindet, so würde der Schaden weniger groß sein. Aber die Unternehmern wechseln und mit ihnen der Betriebszweig; so werden alle Betriebszweige nach einander räumt. Man sollte die Herstellung gewisser Waaren des Handwerkes in den Gefängnissen unbedingt verbieten. Der Unterbau der Handwerkerkammern verlangt eine lokale Grundlage, namentlich auch für die Regelung des Lehrlingswesens. Daran hat auch die Großindustrie ein Interesse; denn sie ist ja, da nur wenige Großbetriebe Lehrlinge ausbilden, auf die Arbeiter aus dem Handwerkerstande angewiesen. Bedauerlich ist, daß die Handwerker keine richtige Buchführung und keine richtige Preisfallulation kennen; das zeigt sich namentlich auch bei den Submissionen. Wenn die Handwerkerkammern an der Herstellung des Unterbaues theilhaftig werden, dann wird dessen Vorfaltung auch besser ausfallen, als wenn man die Sache nur vom grünen Tisch aus machen würde. Vorläufig handelt es sich nur um eine provisorische Organisation, deshalb kann man die Frage des Wahlrechts noch bei Seite lassen; aber das darf man nicht außer acht lassen, daß die Bezirke für die Handwerkerkammern nicht zu groß genommen werden.

Einigen Befähigungsnachweis wollen wir auch, aber einen anderen als die Konservativen. Wir wollen die verwandten Gewerbe zusammenlegen. Wir wollen, daß jeder, der Lehrlinge annehmen will, selbst gelernt haben muß. Damit ist alles Wesentliche erreicht; denn in der Annahme der Lehrlinge liegt der Schwerpunkt der ganzen Frage. Eine Heranziehung der Arbeiter zu gemeinsamer Berathung wird notwendig sein, weil sich dadurch die Gegensätze abschleifen. Ich hoffe, daß die Regierung mit dem Wohlwollen an die Sache herantreten wird, welches einem so schwer bedrängten Stande gebührt, aber auch mit der nöthigen Schnelligkeit. Haben nicht die Beamten des Reichsamts des Innern sehr viel umfangreichere organische Gesetze in sehr kurzer Zeit geschaffen? Dadurch allein wird allerdings der goldene Boden für das Handwerk nicht geschaffen. Es muß dafür gesorgt werden, daß alle Berufszweige wieder sich bessern, namentlich auch der der Landwirtschaft. Wenn die Landwirthe sich in günstiger Lage befinden, befinden sich die Handwerker in guten Verhältnissen. (Zustimmung rechts.)

Abg. Guler (Df.): Man hat den Innungen vorgehalten, daß sie nur den zehnten Theil der Handwerker umfassen. Es ist ein Wunder, daß bei der Uebernahme der Innungsgesetzgebung doch noch so viel Männer bei den Innungen geblieben sind. Aber es ist durchaus nicht berechtigt, wenn man sagen wollte, die außerhalb der Innungen stehenden Personen seien Gegner der Bestrebungen derselben.

Gegner des Befähigungsnachweises sind nur diejenigen, welche entweder gar nicht mehr dem Handwerk angehören oder die aufgrund der Gewerbebefreiung in dasselbe hineingekommen sind. Die Gewerbebefreiung hat uns aber die Sozialdemokratie gebracht. Jetzt kann jeder sich Meister nennen und selbständig werden; dadurch schwindet das Standesbewußtsein der Handwerker. Jeder beliebige Mensch wird jetzt Bauunternehmer; daher kommen solche Unglücksfälle wie in Frankfurt, wo ein Neubau eingestürzt ist. Die besten gelernten Handwerker werden durch die Konkurrenz nicht gelernter Unternehmer geschädigt. Darunter leiden auch die sittlichen und religiösen Verhältnisse. Wir würden uns damit begnügen, die obligatorischen Innungen als Abfälligkeit abzuschaffen und den Befähigungsnachweis nach Bedürfnis durch Statut einzuführen. Allerdings ist die Wirkung des österreichischen Gesetzes von 1883 keine ganz befriedigende gewesen; aber die Handwerker möchten die Verhältnisse von vor 1883 nicht wiederhaben. Daß der Befähigungsnachweis für verwandte Gewerbe gelten soll, ist selbstverständlich. Denn wenn ein Tischler, der in seinem Handwerk nicht genug verdient, Zimmermannsarbeiten machen will, so kann man das nicht wohl verhindern. Wir werden abwarten, wie die Vorlage der verbündeten Regierungen ausfallen wird. Der Ehrgeiz allein, der Wunsch, den Titel Obermeister zu führen, leitet die Handwerker nicht. Der Handwerkerstand wird nur von patriotischen Gefühlen gedrückt; er fühlt sich als ein Theil des Mittelstandes. Ist die Handwerkerfrage gelöst, dann ist vielleicht der größte Theil der sozialen Frage gelöst. Wir fühlen uns als eine feste Stütze des Thrones, für uns ist das Gottesgnadenthum keine Phrase. Wir wollen keine neuen Rechte, wir wollen nur die alten wiedererobern. Der goldene Boden ist dem Handwerk verloren, aber wer nutzt ihn aus? Nicht die Handwerker, sondern diejenigen, welche vordem in Rußland Lumpen gesammelt haben und dann nach Deutschland kamen, und dem Handwerk nicht bloß das Gold, sondern auch das Silber nahmen, und nur ein wenig Kupfer und Nickel zurückließen. (Zustimmung rechts.) Die Gewerbe-Ordnung kann nicht länger bestehen bleiben. Wir haben noch einen gesunden Kern im Handwerkerstande, aber sehr lange wird dieser Kern nicht mehr vorhalten, dann wird auch er zur großen Armeegesellschaft werden und dann kann ich mit Wehmuth sagen: O weh, mein liebes Handwerk! Heute ist es noch Zeit, aber die höchste Zeit, daß etwas geschieht. Wir sind keine Gegner der Maschinen. Wir sagen nicht: Fort mit der Maschine! sondern wir sagen: Her mit der Maschine! Daß das Handwerk noch leistungsfähig ist, beweist die Ausstattung des Saales. Maschinen können so etwas nicht herstellen. Aber man kann die Handwerker nicht bloß auf das Kunsthandwerk verweisen. Auch das übrige Handwerk verdient Schutz gegen die Großindustrie; dazu ist notwendig eine Revision des Aktiengesetzes. Die Aktiengesellschaften haben kein Mitgefühl mit den Arbeitern, wie der mit ihnen lebende Arbeitgeber. Nur durch greifende Maßregeln können das Handwerk schützen. Hoffentlich

beritt sich die Regierung, ehe es zu spät ist. Gott schütze das ehrbare Handwerk. (Beifall rechts und im Zentrum.)

Abg. Bachmiste (fr. Sg.): Meine Freunde wollen die Handwerkerkammern nicht ohne weiteres ablehnen; dieselben können manches Gute leisten, namentlich wenn sie einen guten Präsidenten und vor allen Dingen einen guten Sekretär haben. Aber viel verspreche ich mir nicht davon, namentlich werden sie schwerlich etwas zur Bekämpfung der Sozialdemokratie leisten können; auch bei den Submissionen werden sie nichts ausrichten können, denn diejenigen, welche bei Submissionen keine Lieferungen erhalten, werden immer scheitern, ebenso wie diejenigen, die von den Gerichten abgewiesen sind. Außer dem Vorredner werden wohl die wenigsten Mitglieder des Hauses dem Gedanken zustimmen, daß die Gewerbefreiheit das Handwerk ruiniert hat. Gesetze machen die Entwicklung nicht; im Gegenteil die Entwicklung macht die Gesetze. In einzelnen Betriebszweigen ist das Handwerk gegenüber der Großindustrie nicht aufrecht zu erhalten; aber es giebt noch sehr viele Betriebszweige, wo das Handwerk mit Erfolg gegen den Großbetrieb ringt. Die obligatorischen Innungen wollen wir nicht und die will auch das Handwerk nicht, selbst soweit es in den Innungen vereinigt ist. Die Meisterprüfungen würden dem Handwerker den Betrieb eines Gewerbes gestatten, aber zugleich den eines anderen Gewerbes verbieten, ihn also in seiner Bewegungsfreiheit beschränken, die Großindustriellen werden aber von der Meisterprüfung nicht betroffen, und wenn sie die Werkmeister der Prüfung unterwerfen, dann wird die Großindustrie sie mittels größerer Wertmeister tödnen. Die Hauptsache, die die Großindustrie, welche der eigentliche Feind des Handwerks ist, wird nicht betroffen. Nicht bloß die schlechten Erfahrungen mit der österreichischen Gesetzgebung, sondern die schlechten Erfahrungen mit der preussischen Gesetzgebung müssen uns davon abhalten, den Wünschen der Zünftler zu folgen. Geben Sie dem Nachwuchs der Handwerker eine bessere Ausbildung, versehen Sie ihn mit dem nötigen Nützigen für den Kampf ums Leben, dann wird er den Kampf bestehen können. Die Gestaltung der Volksschule wird entscheidend sein für die Zukunft des Handwerks. Auf diesem Gebiete hauptsächlich ist der Hebel einzusetzen. Wir verweisen die Handwerker auf die eigene Kraft. Sie (rechts und im Zentrum) zeigen sie auf, für unerreichte Ziele ihre Kraft einzusetzen. Damit nähern Sie dem Volke wenig.

Abg. Reichhaus (Sg.): Wenn alle die Pläne, welche die zur Abhilfe für das Handwerk vorgeschlagen, ausgeführt werden sollten, so würde bald die Zeit kommen, wo das Handwerk sagen könnte: Gott beschütze mich vor meinen Freunden, vor meinen Feinden will ich mich selber beschützen. Man hört viel von dem Schutze der Lehrlinge, aber fast gar nichts von dem Schutze der Handwerkergehilfen. Gerade in der Organisation der Handwerkergehilfen hat meine Partei außerordentliches geleistet; wir haben Fachschulen errichtet, in welchen die Handwerker die Buchführung und alles Mögliche lernen können. In ein Teil der sogenannten Innungsmeister in meiner Vaterstadt Erfurt hat sich seine Kenntnisse erst in unseren Fachvereinen erworben. Das spricht nicht zu Gunsten des Handwerkerlandes, daß er trotz des ihm zustehenden Koalitionsrechtes sich so wenig zusammengeschlossen und organisiert hat; nur etwa 820 000 Handwerker sind in Innungen organisiert, das Handwerk besitzt also für die Organisation kein Verbandsrecht. Durch den Befähigungsnachweis und die Zwangsinnung wird die Misere des Handwerks nicht aus der Welt geschafft. Sie können den Befähigungsnachweis nicht durchführen, wenn Sie nicht die Gewerbefreiheit aufheben; Sie können nicht auf die alte Organisation der Innungen im Mittelalter zurückgreifen, wenn Sie nicht zugleich die wirtschaftlichen Bedingungen jener Innungen neu beleben, und das letztere können Sie nicht; selbst wenn der Arbeiter seine Befähigung nachgewiesen hat, kann er heutzutage nicht mehr den früheren Ertrag seiner Arbeit erwerben, weil er sich von dem Konkurrenzkampf nicht ausschließen kann. (Redner zitiert einen Fall von der letzten Erfurter Gewerbeausstellung, dessen Einzelheiten aber auf der Journalistenkonferenz unverständlich bleiben; jenseit der Redner seine Stimme erhebt, um so lauter wird der Lärm in der Mitte des Hauses, so daß der Präsident den Redner nur mit Mühe Gehör zu schaffen vermag.)

„Schöne“ Arbeit kann auch ohne den Befähigungsnachweis geliefert werden. Die Maschine arbeitet größtenteils schon heute viel präziser und besser als die Hand. Ich erinnere an die Spielwaren-Schneidereien in Sonneberg. Und daß auch geprüfte Innungsmeister, auch in Berlin, schlechte Arbeit liefern, haben wir oft genug gesehen. Nicht die Gewerbefreiheit hat die Lehrlingszucht hervorgerufen, sondern unsere moderne maschinelle Entwicklung. Einem großen Teil unserer Handwerker ist es einfach unmöglich, Gehilfen zu halten, sie müssen sich nach billigeren Arbeitskräften umsehen. Die Erfahrungen mit der österreichischen Gesetzgebung sollten vor solchen Versuchen zurückreden. Der Untergang des Handwerks kann dadurch nicht aufgehalten werden. Die Meister sollen sich Maschinen anschaffen. Was muß ihnen aber der Motor und die Elektrizität, wenn sie die Maschinen nicht kaufen können? Glauben Sie, daß Sie den Handwerker durch solche Mittel vor dem Untergang retten können? Das wird Ihnen ebenso wenig gelingen, wie es anderwärts gelungen ist. Der Innungsverband in Breslau hat für 8 Fachschulen 4490 M., für Verbergsweiden 840 M., für Arbeitsnachweis 304 M., an Votenlohn für die Innungsboten dagegen 6198 M. ausgegeben, für den Innungs-Verbandsrat dagegen wurden 1062 M., an Gehältern 2600 M. ausgegeben. Es wird sehr viel an Repräsentationskosten, aber wenig für andere Zwecke ausgegeben. In Berlin sieht es ebenso aus. 36 Innungen haben für Fachschulen nicht einen Pfennig ausgegeben, auch die Fleischerinnung nicht, die 405 000 M. Vermögen hat. Was haben wir Sozialdemokraten dagegen mit unseren Mitteln erreicht? Sie meinen, die Organisation des Handwerks wäre geeignet, der sozialdemokratischen Hochflut hemmend entgegenzutreten. Sehen Sie sich nur in den Handwerkerkreisen um, wie viele von den Handwerkern heute schon sozialdemokratisch sind und aus welchem Grunde? Weil sie trotz allem Wohlwollen der Regierung und der staatsbehaltenden Parteien nicht vor ihrem Untergang bewahrt bleiben können. Auch der Befähigungsnachweis und die Zwangsinnungen können ihnen nicht helfen, ihr Untergang liegt an der Entwicklung unserer Industrie- und Produktionsformen. Sie legen nur den Handwerkern neue Beschränkungen und Lasten auf und werden damit nicht erreichen, was Sie erreichen wollen; Sie werden nur dazu beitragen, daß die Unzufriedenheit der Handwerkerkreise immer weiter um sich greift, dann brauchen wir Sozialdemokraten gar nicht beizutragen, das besorgen Sie schon ganz allein. Wir aber werden die lebenden Erben sein. Das Handwerk ist heute eben nicht mehr lebensfähig. Wir machen den Handwerkern keine Versprechungen, die doch nie erfüllt werden können. Durch eine verständige Steuererhebung, durch Abnahme aller Lasten können Sie dem Handwerk mehr helfen als durch Zwangsorganisationen. (Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Abg. v. Bieren (Hr.): Es handelt sich hier nicht um Sonderinteressen, sondern um eine Frage von der größten Bedeutung für das deutsche Vaterland. Offenlich wächst die Einsicht der Nationalliberalen so, daß sie schließlich auch die letzte Forderung der Handwerker erfüllen. Die Handwerkerkammern sind nur ein Provisorium, welches zu weiteren Schritten führen muß, die allerdings manche Schwierigkeiten finden werden; aber davor darf man nicht zurückweichen. Wir werden keinen Zoll breit von unserer alten Forderung, den Zwangsinnungen, zurückweichen. (Zustimmung rechts.) Ich hoffe, daß nachdem die Regierung den Forderungen der Handwerker entgegengekommen ist, sie nun noch den letzten Schritt thun und den Befähigungsnachweis einführen wird. Aber das Tempo muß etwas beschleunigt werden, ehe es zu spät wird. Wenn die Sozialdemokraten hervorgehoben haben, daß der republikanische Gedanke in Deutschland in Zunahme begriffen sei, so möchte ich doch betonen: Wenn die Männer des neuen Kurzes der Landwirtschaft und dem Handwerk aus dieser Noth helfen wollen, dann würde ein solches Kapital an Kasstretreue und Vaterlandsliebe dabei herauskommen, daß die größten Stürme der Revolution daran abprallen würden.

Nach 5/4 Uhr wird die Weiterberatung vertagt. Nächste Sitzung Donnerstag 1 Uhr. (Zweite Beratung des Jesuiten-antrages und erste Lesung der Novelle zu den Jünglingsgesetzen.)

## Parlamentarisches.

Sitzung der Budgetkommission. Im Laufe der Sitzung kam durch eine Anregung des Abg. Dr. Schädler der Vorgang mit der Oberfeuerwerkern zur Sprache, indem er den Kriegsminister um Aufklärung ersuchte.

Letzterer erklärte, daß er diese nur in beschränktem Maße geben könne, nicht allein in Rücksicht auf das in Übung stehende Militär-Prozedurverfahren, sondern auch in Rücksicht auf den Umfang der Verhandlungen. Es seien seitens der verurteilten Oberfeuerwerker grobe Ausschreitungen gegen die Vorschriften der militärischen Unterordnung vorgekommen. Man habe zum Beispiel Offiziere im Dienst „heranzugelockt“, ihnen den Gehorsam verweigert u. s. w.; das möchte in einer Schule leicht genommen werden, im Militär müsse man anders urtheilen. Von anarchistischen Bestrebungen und ähnlichem sei nicht die geringste Spur vorhanden gewesen, die Verantwortung für solche unwahre Behauptungen müßten diejenigen tragen, die sie in die Welt gesetzt. Dreizehn der Angeklagten seien degradirt worden, 2 erhielten 5 Jahre Festung, einige erhielten 9 Monate Gefängnis, 131 wurden zu je 6 Wochen und 1 Tag Gefängnis verurtheilt.

Abg. Richter: Die Presse habe nichts Unrechtes gethan; der geheim gehaltene Transport der Oberfeuerwerker während der Nacht durch Berlin nach Magdeburg habe das größte und unangenehmste Aufsehen verursacht. Gerade die „Kriegs-Ztg.“ habe durch ihre sensationellen Mittheilungen wesentlich zur Aufschauung des Falles beigetragen, weiter schuld sei das Zunft, das aber den Gerichtsverhandlungen schwebte. Der Kriegsminister antwortete, der Nachtransport sei befohlen worden, um das Aufsehen zu vermeiden und das sei gelungen. Ein Tagestransport hätte leicht zu Erzeissen, wenn auch durch Mißverständnisse, führen können. Möglich, daß noch weitere Mittheilungen folgten. Abg. Müller ersuchte den Kriegsminister, dem Ausgang der Sache die weitestgehende Öffentlichkeit zu geben, da der Vorgang namentlich im Auslande großes Aufsehen gemacht und zu ungunsten Deutschlands ausgebeutet worden sei.

Weiter kam die Forderung der Meldeleiter zur Erörterung. Man verlangt zunächst 8 Meldeleiter-Detachements in Stärke von je 12 Unteroffizieren, 90 Gemeinen und 108 Pferden. Der Referent v. Bobielitzky ersucht die Militärverwaltung um ausführlichere Begründung. Diese giebt Major Bach. Die Befehlerteilung im Kriege sei bei den jetzigen Einrichtungen unmöglich. Die letzten Kriege hätten schon die große Unzulänglichkeit des Meldebedienstes ergeben. Die veränderte Gefechtsweise, die große Ausdehnung, welche die Truppenformationen auf dem Gefechtsfeld erlangten, und das rauchlose Pulver, ließen einen gut organisierten Meldebedienst als eine Lebensfrage erscheinen. Man brauche dazu ein gut gefultes, speziell vorbereitetes Personal, das auch mit der Karte und dem Feldstecher umzugehen wisse und gute Berichte, eventuell schriftlich zu machen verstände. v. Massow spricht sich auf Grund seiner persönlichen Erfahrungen für die Forderung aus. Richter erklärt sich dagegen; gegen die Einrichtung an sich sei er nicht, man könne Kavalleriebestandteile für diesen Dienst ausbilden. Warum man nicht schon zur Zeit der Militärvorlage diese Reorganisation als notwendig bargelegt habe, da doch schon damals alle die Gründe für dieselbe vorhanden gewesen seien, die man jetzt anführe. Lieber spricht sich in längerer Rede für die Forderung aus. Der Kriegsminister bekräftigt, daß das Verlangen Richters, die Meldeleiter aus den vorhandenen Kavallerieformationen zu entnehmen, möglich sei. Er habe erst wieder aus einer vom Abg. Müller-Sagan ihm zugesandten Karte ersehen, wie weit Deutschland gegen Rußland an Kavallerie zurückstehe, sie könnten keinen Mann und kein Pferd verlieren. Des weiteren geht der Kriegsminister auf eine Schilderung der Gestaltung des Zukunftskrieges ein, um die Nothwendigkeit der Meldeleiter zu begründen. Müller-Sagan spricht sich im Sinne Richters aus. Nebel erklärt, aus den Schilderungen des Kriegsministers über den Zukunftskrieg wieder einmal erfahren zu haben, wie verhältnismäßig unbedeutend die Rolle der Kavallerie in einem künftigen Kriege sein werde. Darüber sei man selbst in militärischen Kreisen sich klar, wenn die Herren das auch nicht zugeben wollten. Schon in den Befreiungskriegen sei die Bedeutung der Kavallerie gegen die im siebenjährigen Krieg zurückgetreten, das sei in späteren Kriegen noch weit mehr der Fall gewesen, und die weittragenden Feuerwaffen und das rauchlose Pulver verminderten die Stellung der Kavallerie im künftigen Kriege noch weit mehr. Er halte die Meldeleiter für notwendig, es sei die wirklich praktische Anwendung und Ausnutzung der Kavallerie, deshalb könne man die Meldeleiter auch aus der Kavallerie ohne jeden Schaden für die letztere entnehmen und ausbilden. Auch er sei der Ansicht, daß die Militärverwaltung schon zur Zeit der Militärvorlage von der Nothwendigkeit dieser Organisation überzeugt gewesen sei, man habe aber darüber geschwiegen. Der Kriegsminister erklärt seine außerordentliche Freude darüber, daß der Vorredner sich für das Institut der Meldeleiter ausgesprochen habe. (Stärkliche Beifall.) Nebel ruft: Diese brauchten wir erst recht in der Militärvorlage. Kriegsminister: Darüber würde er sich mit dem Vorredner nicht verständigen. Die Position wird gegen die Stimmen der Sozialdemokraten und der Freisinnigen genehmigt. Eine Reihe weiterer Positionen wird meist ohne Debatte bewilligt. Eine längere Debatte ruft die Frage hervor, ob die Befreiung der Berechtigung des Einjährigen-Freiwilligenbedienstes nunmehr besäßen, die aber wegen Beginn der Plenarsitzung abgebrochen werden mußte.

Die sozialdemokratische Fraktion beschloß in ihrer letzten Sitzung, von den von ihr gestellten Anträgen den auf Befreiung des Diktaturparagrapheu an erster Stelle für die Verhandlungen an dem Reichstag in Vorschlag zu bringen.

Weiter wurde beschlossen, gelegentlich der zweiten Lesung des Etats für das Reichsamt des Innern nachstehende Resolution einzubringen:

Der Reichstag wolle beschließen: Die verbündeten Regierungen zu ersuchen, dem Reichstage noch in dieser Session den Entwurf eines Gesetzes zugehen zu lassen, wodurch der § 157 des Gesetzes, betr. die Invaliditäts- und Altersversicherung, dahin abgeändert wird, daß jeder Versicherte, welcher das 70. Lebensjahr vollendet hat, aber im Sinne des Gesetzes noch arbeitsfähig ist, einen Reichsanspruch auf Altersrente hat.

Der in der vorstehenden Resolution erwähnte § 157 hat folgenden Wortlaut:

§ 157. Für Versicherte, welche zur Zeit des Inkrafttretens dieses Gesetzes das vierzigste Lebensjahr vollendet haben und den Nachweis liefern, daß sie während der dem Inkrafttreten dieses Gesetzes unmittelbar vorangegangenen drei Kalenderjahren (1888 bis Dezember 1890) insgesammt mindestens einhundert-

undvierzig Wochen hindurch thätig in einem nach diesem Gesetze die Versicherungspflicht begründenden Arbeits- oder Dienstverhältnisse gehalten haben, vermindert sich die Pensionsrente für die Altersrente um die Hälfte der Vorjahrsrente des § 32 um so viele Beitragsjahre und überschüssende Beitragswochen, als ihr Lebensalter am 1. Januar 1891 an Jahren und vollen Wochen das vollendete 40. Lebensjahr überwiegen hat. Dabei werden für jedes vollendete Lebensjahr 47 Beitragswochen in Ansatz gebracht. Ist die Zahl der überschüssenden Wochen höher als 47, so sind neben der Vollzahl der Jahre nur 47 Wochen in Anrechnung zu bringen.

Dem Abgeordnetenhause ist der Entwurf eines preussischen Gerichtslokalen-Gesetzes, ebenso der Bericht über die Ergebnisse des Betriebes der preussischen Staatsbahnen im Betriebsjahre 1893/94 zugegangen. Ferner ist das Verzeichniß der Mitglieder der Abtheilungen erschienen.

## Lokales.

Nachtrag zur Berliner Lokalliste. Der Arbeiterschaft Berlins stehen fortan folgende Lokale zu allen Versammlungen unentgeltlich zur Verfügung:

Lips (Brauerei Friedrichshain), Böhmische Brauhaus, Landsberger Allee, Feenpalast, Burgstraße, Samann, Vellermannstr. 70, Schüller, Secstr. 71.

Die Lokalkommission.  
J. A.: Karl Scholz, Brangelstr. 32.

Achtung, Schöneberg! Es wird nochmals darauf aufmerksam gemacht, daß die Arbeiter Schönebergs eine Auskunftsstelle für alle Gewerbegerichts-Angelegenheiten errichtet haben. Dieselbe befindet sich bei W. Bämler, Hauptstr. 80, Hof part. Jede Auskunft, Klage-Anfertigung u. s. geschieht kostenlos.

Der „Verein zur Besserung der Strafgefangenen“ hat, wie gemeldet wird, die Aufmerksamkeit der preussischen Staatsregierung gefunden. Der Oberpräsident v. Achenbach will wissen, warum er seine Pflichten meist nach Medlenburg schickt und so dem preussischen Staate viele kräftige Arbeiter entzieht. Der Verein begründete sein Verhalten mit den Verhältnissen Medlenburgs, das weder zu nahe noch zu fern von Berlin liege, wo außerdem die Landwirthe die Strafgefangenen willig aufnahm und der landwirtschaftliche Betrieb auch die Unterbringung ungelerner Arbeiter begünstige. Bögen die Verhältnisse in Preußen ebenso, so würde der Verein auch den preussischen Jüngern die Segnungen seiner Thätigkeit zu theil werden lassen. — Die Anfrage des Oberpräsidenten erscheint etwas seltsam. Zur Erklärung kann vielleicht der Umstand dienen, daß, wie in der letzten öffentlichen Jahresversammlung des Vereins mit großer Begeisterung mitgeteilt wurde, seit einiger Zeit auch in Preußen die Vorzüge der gezwungen zur Landarbeit übergehenden Straftatlosen Berlins gewürdigt werden. Besonders sollten die pommerischen und westpreussischen Junker ein Verlangen nach solchen Landarbeitern geäußert haben. Es ist möglich, daß man nunmehr auch in der Mark Brandenburg einzusehen beginnt, auch in wie viel billiger und williger ein eben aus dem Gefängnis oder Zuchthaus entlassener, überall abgewiesener Arbeiter sich hergiebt als sogenannter „freier“ Arbeiter. — Ueber die Thätigkeit des Vereins im Jahre 1894 entnehmen wir Zeitungsberichten, daß sich 3491 erwachsene, 887 jugendliche, zusammen 4378 Straftatlose gemeldet haben und 2630 erwachsene, 877 jugendliche, zusammen 3507 in Arbeit gebracht worden sind; davon nur 472 in Berlin und 3085 außerhalb. Der Landwirtschaft wurden allein 2741 zugeführt, weshalb auch gerade in den schlimmsten Monaten, im Januar und Februar, wieder nur sehr wenige, 174 und 142, untergebracht werden konnten. Ueber den bescheidenen Werth und den sehr ansehnlichen Zweck der Thätigkeit des Vereins ist an dieser Stelle wiederholt gesprochen worden. Wir wollen diesmal nur hervorheben, daß die recht bezeichnende Erscheinung, daß die Jugendlichen viel eher unterzubringen sind als die Erwachsenen, auch für 1894 wieder deutlich hervortritt, wenn auch nicht ganz so schlimm wie in den beiden Vorjahren. 1894 wurden, wie aus obigen Zahlen ersichtlich ist, von den Jugendlichen 99%, von den Erwachsenen nur 75% pSt. untergebracht. Die Jugendlichen sind noch billiger und williger als die Erwachsenen, daher ihre größere Beliebtheit.

Die Ausnahmegesetze gegen die Unternehmer, wie Herr Stumm die paar armseligen Bestimmungen nennt, welche in der deutschen Gewerbe-Ordnung zum Schutz gegen eine gar zu tolle Ausbeutung weiblicher und jugendlicher Arbeitskräfte geschaffen wurden, sind auch den hiesigen, der Innung angehörenden Buchdruckereibesitzern immer noch zu viel. Wo diese Bestimmungen einmal befolgt werden müssen, verlangen die um Herrn Sagenstein geschaarten Innungsmänner, daß die vielen Durchlöcherungen, welche die Gewerbe-Ordnung leider enthält, möglichst in Permanenz erklärt werden. Nicht zu Unrecht wittern die Herren vielleicht, daß die heutige Zeit der Reaktion in allen Dingen auch das hiesige Polizeipräsidium gefügiger machen wird, das bislang mit anerkennenswerther Konsequenz die gemeinschädliche und entsetzliche Unberücksichtigung jugendlicher Arbeiterinnen vermindert hat.

Der in den Herren Georg W. Sagenstein und Maximilian Moriz verkörperte Vorstand des Bundes der Berliner Buchdruckereibesitzer verleiht an die sämmtlichen Unternehmer dieser Branche ein Mundschreiben, aus dem wir folgende Stellen anführen:

„Belamlich kann das königliche Polizeipräsidium auf Grund des § 138a der Gewerbe-Ordnung den Arbeitgebern auf deren Antrag gestatten, wegen außergewöhnlicher Dämpfung der Arbeit die Beschäftigung von Arbeiterinnen über 16 Jahre auf 18 Stunden täglich anzudehnen und muß die Antwort auf einen diesbezüglichen Antrag innerhalb drei Tagen schriftlich ertheilen. Wie uns mitgeteilt wird, ist diese Befugnis von Seiten des Polizeipräsidiums bis jetzt ausnahmslos so gehandhabt worden, daß derartige Anträge r und weg abgelehnt worden sind und der Beschäftigung nicht in der vorgeschriebenen Zeit von 3 Tagen, sondern größtenteils erst nach einem längeren Zeitraum, in welchem meist schon einige von den Tagen verstrichen waren, für welche die längere Arbeitszeit beantragt war, ertheilt worden ist.“

Am die „großen Uebelstände“, welche sich natürlich für das „gesamte Gewerbe“ hieraus ergeben, auf dem Beschwerdewege bei den betreffenden Ministerien zu beseitigen, wird dann um genaue Beantwortung diverser Fragen über etwa gehabte Mißerfolge ersucht.

Ob die Beschwerde bei den betreffenden Ministerien Erfolg haben wird? Laut genug ertönt im reaktionären Lager der Unter der Phrase von der Debung des Mittelstandes verhält die Auf nach Unschildlichmachung des verhassten „Arbeitergesetzes“ und an gutem Willen, dem Unternehmertum auf wohlfeile Weise noch mehr als bisher entgegen zu kommen, fehlt es der heutigen Regierung wahrlich nicht.

Vielleicht stirbt in nächster Zeit wieder die 13stündige Arbeitszeit jugendlicher Arbeiterinnen.

Was Scheert es die Profitwüthende unter den Buchdruckereibesitzern, daß jeder gewissenhafte Fachmann diese unmensliche Ausbeutung als fittlich verwerflich und durchaus unethisch bezeichnen muß?

„Vertraulich!“ Die „Lustigen Blätter“ bringen folgenden Scherz: Seltener vergeht eine Woche, ohne daß der „B o r t e r t“ in der Lage ist, „geheim Anweisungen“ und „vertrauliche Anweisungen“ der höchsten Staatsbehörden zu veröffentlichen. Den Ministern und Oberpräsidenten erwächst zweifellos aus

zuerst Geheimkorrespondenz mit zahlreichen subalternen Organen sehr viel zutrauliches Schreiben. Wäre es nicht weit einfacher, wenn ihre Unterbeamten, Landräthe u. auf den „Vorwärts“ abonnierten, in dem sie ja alles zu ihrer vertraulichen Instruktion“ Erforderliche finden? Dieser Vorschlag, das vielwissende Sozialistenblatt zum Range eines „geheimen Reichs-Anzeigers“ zu erheben, geht von einem Beamten aus, der seinen Anträge nachstehendes Epigramm beifügt: Jede Waise in der Loren — Der Herrdrücker schlummert nie, — Denn die Wände haben Ohren, — Alles, alles hören sie, — Und die Leute sind durchdrungen, — Durch die Röhren wird gekuckt, — In den Sternen steht's geschrieben — Und im „Vorwärts“ steht's gedruckt!

Die Mitglieder der gewerblichen Berufsvereine haben nach § 71 des Unfallversicherungs-Gesetzes binnen sechs Wochen nach Ablauf des Rechnungsjahres zum Zwecke der Verteilung der Gesamtsumme eine Nachweisung an die Vorstände ihrer Genossenschaften einzureichen, aus der die Zahl der von ihnen im verfloßenen Jahre beschäftigt gewesenem versicherungspflichtigen Personen, sowie die von denselben verdienten Löhne und Gehälter genau zu ersehen sind. Für Mitglieder, welche mit der Einfindung einer solchen Nachweisung im Rückstände bleiben, erfolgt die Feststellung der Löhne durch die zuständigen Organe ihrer Genossenschaft. Außerdem können derartige säumige Mitglieder mit einer Ordnungsstrafe bis zu 300 M. belegt werden. Es sei deshalb hierdurch abemals an die Einreichung der betriebsweisen Lohnnachweisungen erinnert und auf die Folgen der etwaigen Versäumnis hingewiesen.

In dem Vorgehen der Gewerbe-Deputation gegen den Verein der freiwilligen Krankenpflege hat der ärztliche Standesverein der Kaiserstadt in seiner Sitzung vom 14. Januar einstimmig folgenden Beschlus gefaßt: Der Geschäftsausschuß der ärztlichen Standesvereine möge den Vorstand der Ärztekammer ersuchen, schleunigst eine Sitzung der Ärztekammer anzuberaumen zur Stellungnahme zu dem bekannten Erlaß der Gewerbe-Deputation, der den Abschluß von Verträgen zwischen Krankenkassen und Ärzten verbietet und das Koalitionsrecht der Ärzte illusorisch macht.

Das Kriminal-Museum, das laut Verfügung eingerichtet werden sollte, ist nunmehr eröffnet worden. Es besteht aus 8 Abteilungen. Die erste enthält an Werkzeugen solche, die bei Verbrechen wider das Leben benutzt sind; die zweite solche, die bei Diebstählen benutzt sind; die dritte Werkzeuge, die bei Verbrechen wider das Eigentum benutzt sind; die vierte solche, die bei Verbrechen wider das Leben benutzt sind; die fünfte solche, die bei Verbrechen wider das Eigentum benutzt sind; die sechste solche, die bei Verbrechen wider das Leben benutzt sind; die siebente solche, die bei Verbrechen wider das Eigentum benutzt sind; die achte solche, die bei Verbrechen wider das Leben benutzt sind; die neunte solche, die bei Verbrechen wider das Eigentum benutzt sind; die zehnte solche, die bei Verbrechen wider das Leben benutzt sind.

Nahrungsmittel-Kontrolle im Dezember. Im Monat Dezember 1894 sind, nach der Berliner Korrespondenz, in Berlin 308 Proben von Nahrungs- und Genussmitteln chemisch untersucht und 40 davon beanstandet worden. Bemerkenswert ist, daß sich seit längerer Zeit zum ersten Mal sämtliche Butterproben als unversehrt erwiesen; ebenso bräuchte auch keine der untersuchten Schmalzproben beanstandet zu werden. Sehr hoch war dagegen die Zahl der künstlich gefärbten Wurstproben; nach neueren Entscheidungen der Gerichte ist eine Färbung stets als Täuschung anzusehen. Eine Probe Himbeerlimonade enthielt weder eine Spur natürlichen Himbeerfarbstoffes, noch Extraktivstoffe von Himbeeren.

Die Hausrentner brauchen nach einer vom Oberpräsidenten kürzlich getroffenen Entscheidung von den Hausbesitzern nicht zur Alters- und Invaliditäts-Versicherung angemeldet zu werden. Es ist unbekannt, wie dieser Entschlus begründet ist. Den Hausrentnern wird es wohl kaum schaden, wenn sie den geringen Beitrag für ihre meist aufs ärgste ausgebeuteten Leute leisten.

In einem „Deutschen Volks-Theater“ soll nach dem „Breslauer Courrier“ der Jüdischer Schumann umgewandelt werden. Ein diesem Blatt bekannter Schriftsteller mit dem urdeutschen Namen v. Janusiewicz wird als Leiter genannt.

Die Fleischermulden auf der Stadtbahn. Das Eisenbahn-Betriebsamt der Stadt-Ringbahn hat die Stationsbeamten der letzteren angewiesen, für die Folge streng darauf zu halten, daß die in den Wägen mitgeführten Fleischermulden sich stets in durchaus sauberem Zustande befinden und deren Inhalt ordnungsmäßig vollkommen bedeckt ist, auch die einzelnen Fleischtheile nicht über die Mulde hinausragen. Als Ursache dieser Verletzung wird angegeben, es habe im Publikum wiederholt Kritik erregt, daß die in Wägen gebrachten Mulden mit Blut beschmutzt und das Fleisch in denselben zum Teil unbedeckt gewesen sei, wodurch auch eine Verunreinigung der Kleider anderer Passagiere stattgefunden habe. Personen mit Fleischermulden, welche jenen neuen Bestimmungen nicht entsprechen, sind zur Fahrt in den Stadt-Ringbahnwagen nicht mehr zugelassen.

Der Petroleum-Lagerhof in Himmelen. Eine gewaltige Brandkatastrophe, bei der zwei Arbeiter ihr Leben einbüßten, hat sich am Mittwoch Vormittag ereignet. Gegen 8 1/2 Uhr früh erfolgte aus dem Lagerhof eine Petroleum-Explosion, die entstanden sein soll, als zwei Arbeiter eine Zisterne mit offenem Licht betreten; die dem Petroleum entstehenden Dämpfe schienen plötzlich in Brand geraten zu sein, denn die Zisterne, die wie alle übrigen in die Erde hineingebaut ist, stand sofort in Flammen. Die Feuerwehre rückte mit den Wägen 13, 15 und 16, sowie mit dem Dampf-Spritzwagen 14 an. Der Herd des Feuers ist zwar auf die eine Zisterne beschränkt geblieben, doch hatte der Brand in dem großen Raum einen verheerenden Umfang angenommen, daß die Feuerwehre ihn bis 2 Uhr nachmittags nicht bewältigen konnte. Die beiden Arbeiter, auf deren Unvorsichtigkeit die Feuersbrunst zurückgeführt wird, sind verunglückt. In welcher Weise dies geschehen ist, kann nicht angegeben werden, da beide noch nicht gefunden sind, obgleich die Feuerwehre mit Hilfe des Rauchhelms nach ihnen eifrig suchte. Es sind dies die unverheirateten Maurer Karl Gogelmann, Bernauerstr. 66, und Wulff, Reinickendorferstr. 180. Vermutlich haben sie die Zisterne, die seit einem Vierteljahr leer steht — entgegen der Vorschrift, den Deckel zu schließen — mit offenem Licht betreten. Beide liegen auch unter den Trümmern der eingestürzten Decke und konnten bis abends 6 Uhr nicht hervorgeholt werden. Dem um die Zisterne befindlichen

Erdboden hat die Gewalt der Explosion auf eine Fläche von etwa 60 Quadratmeter aufgerissen. Das Feuer war etwa um 3 Uhr gelöscht; doch ist die Feuerwehre am Platze geblieben, um der Gefahr einer neuen Entzündung vorzubeugen und die sehr umfangreichen Aufräumungsarbeiten vorzunehmen. Bei Eintritt der Dunkelheit mußten die Arbeiter, die namentlich die Verunglückten galten, unterbrochen werden, weil die Unfallstelle nicht mit offenem Licht betreten werden darf; deswegen hat Branddirektor Bierberg die sofortige Legung elektrischer Leitungen durch die Elektrizitätswerke in die Wege geleitet, und man hoffte noch spät abends die Arbeiten bei Bläulich wieder aufnehmen zu können.

In Schöneberg wüthete in der Nacht zum Mittwoch ein mächtiger Dachstuhlbrand im Hause des Kaufmanns und Lotteries-Einnehmers Claus (Hauptstraße). Die Berliner Feuerwehre trug wesentlich zur Beseitigung des Brandes bei.

Allgemeines Bedauern erregte vor kurzem bei den Bürgern der Oranienburger Vorstadt das spurlose Verschwinden eines langjährigen Bewohners und Hausbesitzers in jener Gegend, des Rentiers Adler, der sich vor etwa 14 Tagen aus seiner Wohnung in der Hauptstraße entfernt hatte, um spazieren zu gehen und seitdem nicht wieder zurückgekehrt war. Das Verschwinden des Mannes wurde von den Anwohnern der A. der Postzeit mitgeteilt, doch gelang es der eifrig recherchierenden Behörde nicht, näheres über den Verbleib des A. zu ermitteln. Jetzt, seit einigen Tagen, ist das Räthsel gelöst; bei der trauernden Gattin des Verschwundenen ersahen ein Herr, der sich als — der neue Hausbesitzer vorstellte und der Frau A. mitteilte, daß er das Gebäude von Herrn A. gekauft habe. Wie sich nun weiter herausstellte, ist A. nach einem ehelichen Zwist zu einem Restituanten auf das ihm gebührende Haus gegangen, hat dasselbe verkauft und ist noch außerhalb gereist, ohne seine Frau zu benachrichtigen. Wo derselbe sich jedoch aufhält, hat noch nicht festgestellt werden können.

Ueber die Großthat eines Polizeibeamten weiß das „Berliner Tageblatt“ folgendes zu berichten: Anfangs Dezember vorigen Jahres wurde der in der Friedenstraße wohnhafte Apotheker J., als er das Nacht heimkehrte, vor seiner Hausthür von einem Schuttmann in Zivil ohne jede Veranlassung überfallen und von dem ihm an Körperkräften Ueberlegen in rohester Weise gemißhandelt. Der Beamte, der einen diebstahlreichen Abend in so eigenartiger Weise ausnützte, wiederholte seinen Angriff auf dem Wörther Platz, als Herr J. von dem 81. Polizeirevier, auf welchem er Anzeige von dem Vorfall erstattet hatte, zurückkehrte. Das unbegreifliche Verhalten des betreffenden Beamten hat insolge erstatteter Anzeige zunächst darin seine Sühne gefunden, daß derselbe im Disziplinarverfahren kurzer Hand entlassen worden ist. Außerdem wird das nächste Melontre demnächst seine strafrechtliche Sühne finden. Da es sich um einen jüngeren zunächst probeweise angestellten Polizeianwärter handelte, dürfte der Vorfall in Beziehung zu einer fälschlich durch die Presse verbreiteten Mitteilung des Polizeipräsidenten zu bringen sein, nach welcher die probeweise als Polizeibeamte eingestellten jüngeren Unteroffiziere sich nicht durchweg in der gehofften Weise bewährt hätten.

Ein Konkurrenz-Unternehmen gegen die Berliner Pachtfabrik-Gesellschaft soll der „National-Zeitung“ zufolge von dreißig Berliner Expeditionen zum 1. April ins Leben gerufen werden.

Uebersallen wurde in der Nacht zum Mittwoch vor der Wache des 91. Polizeireviers in der Pflaumenstraße der Schuttmann Ellenthal, Nr. 3148, der Gerichtsstr. 19 wohnt. Gegen 1 Uhr sah er, daß ein anderer Schuttmann vom 91. Revier einen Mann nach der Wache bringen wollte. Der vorläufig festgenommene leistete dem Beamten Widerstand und Ellenthal war verpflichtet, aus dem Bereiche des 57. Polizeireviers dem Nachbarn Hilfe zu leisten. Beiden Beamten gelang es, dem Mann nach der Wache zu bringen. Als Ellenthal sich auf dem Rückwege befand, hielten vier Männer über ihn her, warfen ihn nieder und bearbeiteten ihn mit stumpfen Instrumenten. Ellenthal ist ziemlich erheblich verletzt worden, jedoch er nach der Charite gebracht werden mußte. Auf seine Hüftseite kam ein dritter Schuttmann hinzu, der seinen Säbel zog und zwei der Leute verhaftete.

Von den immer noch nicht aufgefundenen Verbrechern Ferdinand Erpel und Richard Böser glaubt man, daß sie mit Hilfe böhmischer Schiffer österreichisches Gebiet erreicht haben.

Vermißt wird seit dem 12. d. M., morgens, der 18 Jahre alte Baugewerkschüler Alfred Brumm, der in der Hochmeisterstraße 8 bei den Eltern wohnte. Er hat die elterliche Wohnung verlassen, ohne daß an ihm etwas Besonderes aufgefallen wäre, und ist dorthin nicht wieder zurückgekehrt. Man vermutet einen Unglücksfall.

Eine Schlittenfahrt und ihre Folgen. Wegen vier wohlhabende Handwerksmeister in Brix schwebt gegenwärtig ein Strafverfahren, und zwar: 1. wegen groben Unfalls, 2. rührenden Lärms, 3. Körperverletzung mittels gefährlichen Werkzeuges in zahlreichen Fällen, 4. Uebertretung, 5. Beamtenehrendung, 6. Widerstandes gegen die Staatsgewalt und 7. wegen Sachbeschädigung. Diese Vergehen sollen die Angeklagten bei einer neulichen Schlittenpartie verübt haben.

Ein kostbares Instrument, nämlich eine Geige im Werthe von 3000 Mark, ist am 12. d. M., nachmittags zwischen 2 und 6 Uhr, aus dem Orchester des Zentral-Theaters gestohlen worden. Das Instrument ist auffallend groß und flach; in dem Innern befand sich ein Papier mit dem gedruckten Namen Rogierus.

Ein Jagdunfall hat für den in Schöneberg wohnhaften Rechtsanwalt Wagner traurige Folgen gehabt. Derselbe nahm an einer Jagd, zu der er eingeladen war, teil. Als ein Treiben beendet war und ein neues beginnen sollte, zu dem neue Stände von den Jägern eingenommen werden sollten, kam W. (dem „Tel. Anzeig.“ zufolge) auf dem mit Schnee bedeckten Wege zu Falle. Das Jagdgewehr entlud sich und der Schuss verletzte ihm drei Finger der linken Hand derart, daß nach Ansicht des behandelnden Arztes, eine Amputation der Finger notwendig sein wird.

Beim Plündern des Weihnachtsbannes in die Ehefrau des Marquarders A. aus der Bleidstraße zu Schöneberg am Sonntag Abend schwer verletzt worden. Als der Baum zum letzten Male in Gegenwart der Kinder angezündet werden sollte, fiel ein Licht auf den Fußboden, entzündete sofort die abgestellten Nadeln und im Augenblick stand der ganze Lannbaum in Flammen. Frau B. ergriff ihn, um durch seine Entfernung jede Gefahr von Personen und Sachen abzuwenden. Beim Hinausschleppen wurden ihr durch den Zug die Flammen zugeweht, so daß sie schwere Brandwunden am Kopf, Hals, Brust, Armen und Händen davontrug. Ein Arzt mußte sofort gerufen werden. Lebensgefahr ist indes nicht vorhanden.

In dem Selbstmord eines Barbiers, von dem wir vor einigen Tagen berichteten, wird mitgeteilt, daß es sich um seinen Gehilfen, sondern um einen Prinzipal gehandelt hat. Auch ist der Selbstmord nicht vor einer „Sechserberge“ verübt worden, sondern vor einem anderen Hause in der Bartelstraße.

Die Anstöße der Kinder, Schreibfedern abzulecken, hat eine in der Köpenickerstraße wohnende Familie in tiefe Trauer versetzt. Das achtjährige Schönlund des Jünglingsbesitzer F. leckte nach Fertigstellung seiner Schularbeiten eine mit Tinte befeuchtete Schreibfeder ab. Bereits am nächsten Tage war das Zahnlfleisch bedeutend geschwollen, so daß, da auch am Sonntag der Zustand

des stark fiebernden Knaben sich erheblich verschlimmerte, die Eltern einen Arzt hinzuriefen, welcher sofort Blutvergiftung konstatierte und die Ueberführung des Kindes nach einem hiesigen Krankenhaus anordnete. Wiewohl sofort eine Operation vorgenommen wurde, ist der kleine F. doch am Dienstag Nachmittag der Blutvergiftung erlegen.

Polizeibericht. Am 15. d. M. wurde ein Almosenempfänger in seiner Wohnung, in der Schönhauser Allee, erhängt vorgefunden. — In der Kurfürststraße fiel vormittags ein Verbrecher hin und brach ein Bein. — In der Reanderstr. 9 gerieth beim Aussteigen aus einem Pferdebahnwagen ein siebenjähriges Mädchen unter die Räder einer Froschle, wurde überfahren und erlitt einen Bruch des Oberschenkels. — An der Oberbaum-Brücke wurde abends ein ungefähr 45 Jahre alter Mann in der Spree liegend bemerkt und herausgezogen. Auf welche Weise der Mann ins Wasser gerathen war, konnte nicht festgestellt werden, da derselbe bestimmungslos war. — Im Laufe des Tages fanden fünf Brände statt.

### Witterungsüberblick vom 17. Januar 1895.

Stationen.	Barometerstand in mm. reduziert auf Meereshöhe.	Windrichtung.	Windstärke (Scala 1-12).	Wetter.	Temperatur (nach Celsius) 10 U. N.
Eisenmünde.	748	SSO	2	Nebel	-0
Hamburg.	745	SO	1	wolkig	1
Berlin.	747	SSO	2	wolkig	1
Biesbaden.	744	Still	—	Regen	2
München.	745	SSO	2	wolkig	0
Wien.	751	SSO	4	bedeckt	6
Haparanda.	760	N	4	bedeckt	-15
Petersburg.	—	—	—	—	—
Cost.	782	NNO	5	Regen	4
Aberdin.	740	SO	4	wolkig	4
Paris.	741	S	2	Regen	3

Wetter-Prognose für Donnerstag, 16. Januar 1895. Mildes, vorherrschend wolkiges Wetter mit leichten Regenfällen und schwachen südlichen Winden. Berliner Wetterbureau.

## Gerichts-Beitrag.

Systematische Folterqualen empfindlicher Art hat ein Weisenkind erdulden müssen, welches der verheirateten Mauerer Wilhelmine Wendlandt aus Schöneberg zur Pflege anvertraut war, die heute unter der Beschuldigung der Körperverletzung mittels gefährlicher Werkzeuge und einer das Leben gefährdenden Behandlung vor dem Schöffengericht am Amtsgericht II stand. Die kinderlose Angeklagte bewarb sich im Jahre 1892 bei der Weisenhaus-Verwaltung um einen Pflanzling und erhielt auf ihr Gesuch den sechsjährigen Knaben Robert Friedrich in Pflege. Für das ausnahmsweise kleine und schwächliche Kind begann damit eine entsetzliche Leidenszeit. Früh um 4 Uhr mußte es aufstehen; war es nicht schnell genug herunter von seinem dürftigen Lager, dann gab es Prügel mit einem Lederrim mit Schnalle oder einem dünnen Stode auf den nackten Leib, aber vor 10 Uhr abends durfte das Kind auch nicht zu Bett. Im Laufe des Tages wurde der Knabe in kurzen Intervallen barbarisch geprügelt, wobei es dem Weibe auf die Art des Werkzeuges gar nicht ankam. Selbst die eisenschlagenden Abfälle der Stiefel des Mannes wurden dem Knabe auf den Kopf geschlagen. Einmal ließ die Angeklagte das Kind mit der Fußspitze in den empfindlichsten Theil des Unterleibes, woran es längere Zeit krankte. Die Krönung ihrer Erziehungs-Methode gab die Art und Weise der Ernährung. Bald gab die Angeklagte dem Knabe gar nichts zu essen, bald überfütterte sie es, und wenn der ausgehungerte Magen die plötzliche Ueberfüllung nicht vertragen konnte und sich auf anormalem Wege entleerte, dann zwang das entmenschte Weib das Kind, das eben Erbrochene wieder aufzuspeisen. Stets lief der Knabe mit bluttränigem Kopfe umher, bis endlich die Nachbarn ihre Empörung nicht mehr heimmeln konnten und Anzeige beim Weisenrathe erstatteten. Das Kind wurde nun sofort abgeholt und die Anklage war die nächste Folge. Der von der Anklagebehörde festgestellte Thatbestand wurde durch die Beweisaufnahme mehr als bestätigt, der kleine Knabe aber, der auch vernommen wurde, wollte mit der Sprache nicht heraus. Angewollt schweigen seine Blide vom Vorliegenden zur Angeklagten und wieder zum Vorliegenden. Die Angeklagte mußte daher auf Gerichtsbeschlus momentan den Sitzungsraum verlassen und nun schilderte der kleine seine Leiden in einer unbewußt herbeiwegenden Weise. Ihrer bisherigen Unbescholtenheit hatte es die Weibe zu danken, daß sie mit der überaus milden Strafe von vier Monaten Gefängnis davon kam.

Auf der Polizeiwache. Wegen Widerstandes gegen die Staatsgewalt und wegen wissenschaftlicher Anschuldigung stand der Schlichtergeselle Max Buggert vor der zweiten Strafkammer des Landgerichts I. An einem Julitage des vorigen Jahres war ein Freund von ihm zum 52. Polizeirevier bestellt worden, um in einer Anlagensache vernommen zu werden. Buggert begleitete ihn, nachdem beide fleißig dem Vire zugesprochen hatten, bis zum Nachklokal und erwartete auf der gegenüberliegenden Seite der Straße seine Rückkunft. Als der Freund des Angeklagten wieder herausgekommen war und ihm von seiner Vernehmung erzählte, brach Buggert in ein todes Gelächter aus, schlug sich auf die Knie und häpste auf der Straße herum. Die Schupleute bemerkten dies vom Fenster des Bureau aus, der Wachtmeister Bruner erblickte darin eine Verhöhnung und schickte einen Schuttmann, der den Buggert zur Wache holen sollte. Buggert gehorchte ohne weiteres, an der Hausthür fell er sich aber plötzlich gemeyert haben, weiterzugehen. Er habe mit Gewalt in das Bureau gebracht werden müssen, hier habe er sich niedergeworfen und mit Händen und Füßen um sich geschlagen. Der Angeklagte behauptete dagegen, daß mehrere Schupleute bereits hinter der Thür gestanden hätten, als er ahnungslos den Flur betrat. Sofort habe er hinterwärts einen Stoß ins Genick bekommen, daß er hingestürzt wäre. Dasselbe habe sich wiederholt, als er das Bureau betrat. Während er auf dem Fußboden lag, habe er von den Schupleuten faulische und schäbliche Kränkchen erhalten. In einer Anzeige an die Staatsanwaltschaft hat der Angeklagte die Bestrafung der Schupleute beantragt und sich dadurch die Anklage wegen wissenschaftlicher Anschuldigung zugezogen. Im Termin hielt der Angeklagte alle seine Angaben aufrecht, während die Schupleute jede Mißhandlung bestritten und der Ansicht Ausdruck gaben, daß der angeklagte Angeklagte sich die Verletzungen, die ärztlicherseits festgestellt waren, durch sein tobstüchtiges Benehmen selbst zugezogen habe. Der Gerichtshof mußte sich nach Lage der Sache den Aussagen der Beamten anschließen, hielt aber nur den Widerstand gegen die Staatsgewalt für erwiesen, wofür auf eine Geldstrafe von 30 M. erkannt wurde. Die Beamten seien in ihrem Recht gewesen, den Angeklagten zur Wache zu führen, wenngleich der Gerichtshof sich der Meinung nicht verschließen könne, daß dies im vorliegenden Fall besser unterblieben wäre. Von der wissenschaftlichen Anschuldigung sei der Angeklagte freigesprochen worden, weil er in seinem angeklagten Zustande der Meinung gewesen sein könne, daß sich die Sache seiner Schilderung gemäß zugezogen habe.

**Sherry oder Nordhäuser.** Der Gastwirth Sch. und dessen Ehefrau aus Friedrichsberg betriebsfortselbst eine Schankwirthschaft mit halber Konzession, d. h. mit der Erlaubnis, Wein, Bier und Kaffee anzuschänken zu dürfen. Da sie nun aber neben diesen Getränken auch Schnaps an die Gäste abgegeben haben sollten, wurden sie zur Anzeige gebracht und vom Schöffengericht des Amtsgerichts II., der Ehefrau zu 40 M. und die Ehefrau zu 60 M. Geldstrafe verurtheilt. Gegen dieses Urtheil legten beide Angeklagten Berufung ein. In der Verhandlung vor der 3. Strafkammer des Landgerichts II. machten sie geltend, daß sie niemals Schnaps, sondern nur „Sherry“ und Bier verschänkt hätten. Von den Zeugen belundeten die einen, daß sie auf ihr Verlangen nach Schnaps von Sch. die Antwort erhalten hätten, Schnaps führe er nicht, wohl aber „Sherry“. Sie hätten dann ein Getränk bekommen, das sie der Farbe und dem Geschmack nach für „Nordhäuser“ gehalten hätten, und das auch in gewöhnlichen Schnapsgläsern verabreicht worden sei. — Andere Zeugen sagten aus, daß ihnen, wenn sie Schnaps bestellten, dieser auch gegeben worden wäre. Der Verteidiger Rechtsanwalt Dr. Schöps machte geltend, daß die Angeklagten thatsächlich Sherry geführt hätten, und daß, wenn sie in einzelnen Fällen auch Schnaps verschänkt hätten, dieser aus den Borräthen ihres Handels mit Spirituosen herrühre und sie denselben nur hätten auszuräumen wollen. Neue Anschaffungen seien in dieser Beziehung nicht gemacht worden. Jedenfalls sei die erkannte Strafe eine zu hohe. Der Gerichtshof erachtete nach dem Ergebnis der Beweisaufnahme das Gewerbevergehen für vorliegend, hob aber das vorinstanzliche Urtheil bezüglich des Strafmaßes auf und erkannte gegen beide Angeklagte auf je 40 M. Geldstrafe.

**Kultiverpen, 15. Januar.** Prozes Joniaz. In der heutigen Nachmittags-Verhandlung versicherte der Gerichtsarzt Kanovsky, daß Alfred Ablas nicht infolge einer Herzaffektion gestorben sei. Der von der Verteidigung vorgeschlagene Arzt Stienen behauptete nicht minder kategorisch, Alfred Ablas sei allerdings an einem Herzleiden gestorben. Dr. D'Allemagne schloß sich dieser Aussage an und fügte hinzu, daß Sonie Ablas nicht an Vergiftung, sondern an einem typhoiden Fieber und Wandenlethone gleichfalls nicht vergiftet, sondern infolge eines Schlagfalles gestorben sei. Stienen versicherte auf Ehre und Gewissen, Alfred Ablas sei nicht an einer Morphiumvergiftung, sondern an Asphyxie infolge einer Herzaffektion gestorben.

## Gewerkchaftliches.

**Achtung, Steinarbeiter!** Ueber die Marmorwaarenfabrik von Schönfeldt in Hamburg ist die Sperre für Marmorhauer und Steinmetzen verhängt. 2 Mann wurden gemaskiert und 5 Mann erklärten sich solidarisch und legten die Arbeit mit nieder. J. A.: Die Agitationskommission. — Arbeiterfreundliche Blätter werden um Abdruck gebeten.

**Wegen Maßregelung eines Arbeiters** ist über die Schneiderwerkstätte von Eberle die Sperre verhängt worden.

**Messersarbeiter-Streif.** Sollte der in Aussicht stehende Streik in Solingen zum Ausbruch kommen, so wird sich der Verband der Taschen- und Federmesser-Arbeiter, wie in einer Versammlung beschlossen wurde, mit den Ausständigen solidarisch erklären.

**Verurtheilung.** Die Fälle, in denen man Arbeiter, die andere daran lassen wollen, der Organisation beizutreten oder sonst

wie zu gemeinsamem Vorgehen gegen das Unternehmertum beeinflussen, zur Bestrafung zu bringen sucht, mehren sich. So stand dieser Tage vor dem Dresdner Schöffengericht ein Brauer, der in der boykottirten Walschloßchen-Brauerei arbeitete und dort zu einem anderen Brauer, der nicht der Organisation beitreten wollte, gesagt haben soll, wenn „wir“ einmal die Macht hätten, dann würde er entlassen werden. Festgestellt wurde nun durch vier Zeugen, daß ein Gerücht über derartige Kennerung in der Brauerei umgegangen sei, gegen wen sie gethan worden, ob sie wirklich gethan worden, wurde nicht festgestellt. Trotzdem wurde der Freoler zu drei Wochen Gefängnis verurtheilt.

**Zugzug ist streng fernzuhalten von Tischlern** nach der Postfacherei von J. Köpfer, V. Wienstr. 37, und von Gießern nach der Fabrik von Körling, II. Bezirk, Dresdenstraße 70, Wien.

**Ueber die Metallwaarenfabrik von Dohnal in Preßburg** wurde die Sperre verhängt. Metallarbeiter werden in ihrem eigenen Interesse eindringlich gewarnt, in dieser Werkstätte Arbeit zu nehmen.

**Die Handschuhmacher der Firma Krüger u. Co. in Brunn** haben die Arbeit eingestellt. Die Firma sucht anderweitig neue Arbeitskräfte anzuwerben. Vor Zugzug wird gewarnt!

**Ein Gießerstreik, an dem 22 meist verheiratete Arbeiter** theilgenommen sind, ist in der Koch'schen Gießerei in Zürich wegen Maßregelung von mehreren Kollegen ausgebrochen. Zurückgeblieben in der Fabrik sind 4 Streikbrecher. Es wird ersucht, den Zugzug fernzuhalten.

## Versammlungen.

**In der Arbeiter-Bildungsschule (Nord)** sprach am 13. Januar der Chemiker Herr Heinrich Baumann über das Thema: „Vollkornnahrung“. Die interessanten Vorlesungen des Redners fanden in der Versammlung eine aufmerksame Zuhörerschaft. Nach einer kurzen Diskussion wurde die Versammlung geschlossen und folgte hierauf ein gemütliches Beisammensein.

**Der Verein der Plätterinnen und Berufsgenossen** tagte am 8. Januar. Zur Verlesung gelangte zunächst die Abrechnung vom letzten Quartal, die einen Bestand von 441,11 M. anzeigt. Der Unterstützungsfonds giebt einen Bestand von 260,72 M. an. Das Gesamtvermögen des Vereins beträgt 2294,25 M. Die Wahl des Vorstandes ergab folgende Zusammensetzung: Möring und Frau Wolf, Vorsitzende; Fräulein Kaffner und Hel. Wendt, Schriftführerinnen; Frau Schulz und Frau Krause, Kassierinnen. Den kreisenden Musikinstrumenten-Arbeitern wurden 50 M. bewilligt.

**Die Freie Vereinigung der Uniform- und Zivilschneider** hielt am 12. Januar eine Versammlung ab. Wegen des schwachen Besuches mußte von der Vorstandswahl Abstand genommen werden. Beschlossen wird sodann, vom 1. Februar bis 1. Mai einen Zuschneidelkurs abzuhalten.

**Bücheldorf bei Spanbau.** Hier fand am Sonnabend, den 12. d. M. eine öffentliche Volksversammlung mit Männern und Frauen statt, in der Genosse J. Bernau-Berlin über die gegenwärtige politische Lage und die Umsturzvorlage sprach. Die Versammlung erhob in einer Resolution einstimmig Protest gegen das geplante Ankehlgesetz. Im weiteren beauftragte die Versammlung das Bureau, Beschwerde beim Landrath zu er-

heben wegen der Verfügung des Amtsvorsehers, daß die Versammlung nur bis 10 Uhr tagen dürfe, obgleich die übliche Polizeistunde am Orte bis 11 Uhr festgesetzt ist.

**Im „Kurhaus“ zu Friedenau** fand am 14. Januar eine stark besuchte Volksversammlung statt, in der P. Jahn in zwei stündiger Rede die „Umsturzvorlage“ und unsere heutigen Rechtsverhältnisse einer vernichtenden Kritik unterzog. Der allseitige Beifall bewies das vollkommenste Einverständnis mit seinen Ausführungen. Gegner meldeten sich nicht zum Wort; einstimmig erfolgte die Annahme der aus den Berliner Versammlungen her bekannten Protest-Resolution. Nach Wahl der Genossen Andrijski und Dannenberg zu Lokalkommissionsmitgliedern erhielt Genosse Kasper, Steglitz das Wort, um noch einige Punkte des Vortragsthemas zu ergänzen. Noch während seiner Rede mußte die Verhandlung abgebrochen und die Versammlung geschlossen werden, so verlangte es der Herr Gendarm — mit der Begründung: die Polizeistunde (11 Uhr) sei eingetreten.

**Arbeiter-Rede in Berlin.** Heute, abends 8 Uhr, Versammlung bei Wille, Unterstadtstr. 25.

**Verband deutscher Garbier, Färbereier und Färbereimacher.** Preisvereine Berlin. Heute, Donnerstag, abends 10 Uhr, Neue Friedrichstraße Nr. 44 bei Köllig: Vortrag des Kollegen Starostin über: Unsere Bewegung zur Beseitigung der Arbeitszeit.

**Wahlverein des 4. Reichstags-Wahlkreises, 92. Bezirk.** Sohl-Abend heute, Donnerstag, abends 8 Uhr, bei Schauer.

**Berliner Naturheil-Verein.** 2. Donnerstag, den 17. Januar 1895, abends 8 Uhr, im Restaurant „Kaiser Wilhelm-Garten“, Luisenstr. 49, Vortrag des Herrn Dr. med. Böhm über: Gesunden und Kranken Nutzen. — **Gesangverein Fängerin.** Wieder an der Havel, Rugeberg.

## Vermishtes.

**Schneeberwehungen in Italien.** Aus den italienischen Provinzen wird gemeldet, daß wegen des anhaltenden Schneefalles die Eisenbahnverbindungen vollständig unterbrochen sind. Die Linie der St. Gotthardbahn ist stellenweise unpassierbar. Vielesch sind Lawinen niedergegangen, besonders bei Limone (Piemont), wo eine Gruppe von Arbeitern verschüttet und sieben derselben getödtet wurden.

**Schiffunglück.** Wie eine Depesche aus Ayr meldet, wird der Dampfer „Garnock“, welcher Glasgow am 20. Dezember v. J. mit einer Ladung Kohlen für Galway verließ, von den Eisthürmen für verloren betrachtet. Die aus 11 Mann bestehende Besatzung ist vermuthlich umgekommen.

**Pulver-Explosion.** Am 15. d. Mts., abends, brach in Butte (Montana) auf dem Lagerraum der Montana-Zentral-Eisenbahn, wo mehrere Wagen mit Schießpulver standen, Feuer aus. Während die Löscharbeiten im Zuge waren, erfolgte eine Explosion, durch welche eine Anzahl Feuerwehrlente getödtet wurden. Bald darauf fand eine zweite, noch heftigere Explosion statt. Die in der Nähe stehenden Zuschauer wurden förmlich niedergewälzt und die Trümmer eine halbe (englische) Meile weit fortgeschleudert, wodurch Leute im Mittelpunkt der Stadt verletzt wurden. Als die Feuerwehrlente und Zuschauer sich zu flüchten suchten, erfolgte eine dritte Explosion infolge der Entzündung des Sprengpulvers im anstehenden Lagerhaufe. Die Detonation gleich einem Erdbeben. Sämtliche Feuerwehrlente, mit Ausnahme von zweien, und mehrere andere Personen wurden getödtet, eine Anzahl anderer verletzt, auch viele Leute von der Hospital-Mannschaft, welche bei der ersten Explosion Hilfe leisteten, getödtet und verletzt. An 60 verflümmelte Leichen wurden hinterher aufgefunden. Soweit festgestellt worden, sind 75 Personen sofort todt geblieben, an hundert verletzt worden. Der Sachschaden übersteigt eine Million Dollars.

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

## Theater.

Donnerstag, den 17. Januar.  
**Opernhaus.** Hänsel und Gretel. Die Jahreszeiten.  
**Schauspielhaus.** Das goldene Bließ.  
**Deutsches Theater.** Nora.  
**Berliner Theater.** Der Kompagnon.  
**Festung-Theater.** Ohisimonda.  
**Neues Theater.** Die geschiedene Frau. Wiener in Paris.  
**Königs-Theater.** Fernand's Ehekontrakt.  
**Friedrich-Wilhelmstadt. Theater.** Orpheus.  
**Schiller-Theater.** Jagar's Sohn.  
**Theater Unter den Linden.** Der Probeluß.  
**Sellrakianer-Theater.** Onkel Bräsig.  
**Central-Theater.** O! diese Berliner!  
**Adolph Ernst-Theater.** Ein fideles Corps.  
**Alexanderplatz-Theater.** Das Privatlogis. Die Directrice.  
**National-Theater.** So sind sie Alle!  
**Reichshallen-Theater.** Spezialitäten-Vorstellung.  
**American-Theater.** Spezialitäten-Vorstellung.  
**Apollo-Theater.** Spezialitäten-Vorstellung.  
**Kaufmann's Variété.** Spezialitäten-Vorstellung.

## Schiller-Theater.

(Wallner-Theater.)  
Wallner-Theaterstrasse.  
Donnerstag, den 17. Januar, abends 8 Uhr: Jagar's Sohn.  
Freitag, den 18. Januar, abends 8 Uhr: Jagar's Sohn.  
Sonnabend, den 19. Januar, abends 8 Uhr: Jagar's Sohn.  
Sonntag, den 20. Januar, nachm. 3 Uhr: Des Meeres und der Liebe Wellen. Abends 8 Uhr: Krieg im Frieden.  
Dichter-Abende im Bürgerkaafe des Rathhauses, abends 7 1/2 Uhr: Heinrich Heine-Abend.  
Montag, 21. Januar, abends 8 Uhr, Jagar's Sohn.

Unter den Linden 21.  
**Ben.** Jeden Sonntag Nachmittags Familienvorstlg. zu halb. Preisen.  
**Ali-**  
**Zauber und Bey's**  
Wunder.  
Täglich Anfang 1/8 Uhr.

## Central-Theater

Alte Jakobstraße Nr. 30.  
Emil Thomas u. G.  
Anna Bäckers. Josefina Dora.  
Zum 136. Male:

## O, diese Berliner!

Große Posse mit Gesang und Tanz in 6 Bildern von Julius Freund. Musik von Julius Einödshofer. Anfang 1/8 Uhr.

## O, diese Berliner!

## National-Theater.

Große Frankfurtertrake 132.  
**So sind sie Alle!**

Posse mit Gesang in 3 Akten (5 Bildern) von W. Mannstadt u. A. Weller. Musik von W. Mannstadt.

Regie: Max Samst.  
Rassendöffnung 6 1/2 Uhr. Anf. 7 1/2 Uhr.  
Morgen: Diefelbe Vorstellung.  
Sonnabend, 19. Januar: Volksvorstellung zu bedeutend ermäßigten Preisen: Maria Stuart.

## Kaufmann's Variété.

Das Sensationelle der Saison!  
**Daucke!!!**

## Daucke!!!

der Kolossal-Mensch als **Pauline** vom Ballet

ist wohl die uhdrolligste Nummer, welche je in einem Spezialitäten-Theater engagirt war. Ferner:

**Das Riesen-Programm** mit **16 Glanznummern** ohne Pause.

## Castan's Panoptikum.

**Noch nie dagewesen!**  
Die Riesen des dunkeln Erdtheils:

## Die Dinka,

40 Männer, Frauen u. Kinder. Das schockige Mädchen Mariotta.  
**Weihnachts-Ausstellung**

## Adolph Ernst-Theater

Auftreten der Grottesktänzerin Miss Rose Batchelor vom Prince of Wales-Theater in London. Zum 20. Male:

## Ein fideles Corps.

Große Gesangsposse mit Tanz. Nach dem englischen „A Gaiety Girl“ von Jonas Sidney, frei bearbeitet von Eduard Jacobson und Jean Stern. Anfang 7 1/2 Uhr.

Morgen: Diefelbe Vorstellung.

Infolge des großen Andrangs bleibt die Paffe von Vormittags 10 Uhr ununterbrochen geöffnet.

## Circus Renz

Carlstrasse.  
Donnerstag, den 17. Januar, abends 7 1/2 Uhr:

## Gala-Sport-Vorstellung.

Auf vielseitiges Verlangen:  
**Auf, auf, zur fröhlichen Jagd!**

Original-Sport-Schauspiel in drei Abtheilungen v. Direktor Fr. Renz. Aufzügen: Blondel, o. j. Bengel. Originaladressur v. Direktor Fr. Renz. El Bolero, ger. v. 6 Damen u. 6 Herren in spanischen Original-Prachtkostümen, mit 12 Schupferden, angeführt vom Direktor Fr. Renz. Aufzügen: d. Herren Vasilezka u. Banola am Sackchen Red. Zum 1. Male: Aufzügen d. musikalisch-excentrischen Clowns Gebr. Permann.

Auftret. d. Herrn Gustav Hüttemann (als Wah) mit seinem Schupferde Cincinnati. Mlle. Amalie Renz, Reitanfängerin. Mr. Wassillams, Jockey. D. beliebt. August Mr. Lavater Les, ic.

Morgen, Freitag, abends 7 1/2 Uhr: Grosse Vorstellung. Auf, auf, zur fröhlichen Jagd!

Sonntag, den 20. Januar: 2 Vorstellungen. Nachm. 4 Uhr u. abends 7 1/2 Uhr.

Fr. Renz, Kommissionsrath.

## Circus G. Schumann.

Friedrich Karl-Ufer.  
**Texas Jack's American Prairie Life-Show.**

Täglich, abends 7 1/2 Uhr:  
**Grosse Vorstellung.**

**Wildfüßel,** Kammern, Satten, Maße, Lampen, Kühlapparate, Buttermaschinen, Butterkneten, Drehrollen.

Jordan, Kl. Markuststr. 28.

## „Sanssouci“

Kottbuserstraße 4a.  
Jeden  
Donnerstag u. Sonntag:

## Stettiner Sängers

(Meysel, Pietro, Britton, Eberius, Steidl, Röhl und Schrader.)

Anfang Donnerstags 8 Uhr.  
Entrée 50 Pfg.

Vorverkauf 40 Pfg. (siehe Plakate).  
Zum 100. Male:

## „Die Wacht-Parade“.

Sensationsnummer: Dr. Britton.

## Passage-Panopticum.

Neu! Neu!  
I. Prof. Frdr. Schwinge's **Wandernde Lichtbilder.**

II. **Das Lied von der Glocke** in 15 lebenden Bildern mit transparentem Hintergrund.

Musik von Romberg.  
Der Meister: **Rob. Biberti** vom Kgl. Opernhaus in Berlin.

**Achtung!**  
Zahnerjas, auch Theilzahl, wöchentl. 1 Mark. Gudel, Kaufinger Platz 2, Gassestr. 12.

## Achtung! Charlottenburg. Achtung!

Freitag, den 18. Januar, abends 8 Uhr:

## Große öffentliche Schifferversammlung

im Lokale Bismarckshöhe, Wilmersdorferstr. 39:  
Tages-Ordnung:

1. Vortrag des Reichstags-Abgeordneten **Alwin Gerisch** über: **Das neue Schiffergesetz.** 2. Diskussion. 3. Verschiedenes.  
Die Parteigenossen werden gebeten, unter den Schiffen für recht zahlreichen Besuch dieser Versammlung zu agitieren.  
128/4  
Der Einberufer.

## Teen-Palast

Burgstr. 22, neben der Börse.  
Täglich  
Gr. Spezialität-Vorstellung

Auftreten von 20 Künstlern allerersten Ranges.  
Entrée 30 Pfg. (Anfang Wochen-tag 7 1/2 Uhr.)

Sonntags: Concert 6 Uhr. Vorstellung 7 Uhr.

Der ca. 5000 Personen fassende Saal steht den pp. Vereinen und Gewerkschaften zu Festlichkeiten zur Verfügung. Auch können an allen Tagen bis 3 Uhr nachmittags Versammlungen abgehalten werden.

Die Direction.

## Urania

Anstalt für volkstümliche Naturkunde.

Am Landes-Ausstellungspark (Lehrter Bahnhof).  
Geöffnet von 5-10 Uhr.  
Täglich Vorstellung im wissenschaftlichen Theater.

Näheres die Anschlagzettel.

Karl Gebauer, genannt der schwarze Karl, lebe hoch, daß das ganze böhmische Viertel wackelt. 2181b  
Die ganzen Kinder.

Zeitungsgeschäft mit Kundschaf frankheitshalber sofort zu verkaufen. Brunnenstr. 147.

## Uhren- u. Goldwaaren,

gut u. billig, da ich Ladenniethe erspare, jede Uhr zu reparieren u. reinigen, Feder unter Garantie 1,25 M. Hirschfeld, Uhrmacher, Rosenhallerstr. 57 u. 2 Tr.

## Parlamentsberichte.

Serenhaus.

2. Sitzung vom 16. Januar 1895, 2 Uhr.  
Am Regierungstische: Fürst Hohenlohe.  
Präsident Fürst Stolberg beruft zum Quästor des Hauses bezw. zu dessen Stellvertreter die Herren Senats-Präsident Eggeling und Oberbürgermeister Boie. Potsdam.

Das Andenken der seit der vorigen Session verstorbenen Mitglieder Graf zu Dohna-Schlobitten, v. Brandenburg und v. Schlichting wird das Haus in der üblichen Weise.

Ausgeschieden aus dem Hause sind die Herren Nieß, Rassel, Dr. Schweineberg, Mühlhausen, v. Kemnitz, Frankfurt a. O. und Theune-Stettin.

Neu eingetretener in das Haus ist Herzog Friedrich Ferdinand von Schleswig-Holstein-Blindenburg.

Das Wort erhält:

Ministerpräsident Fürst Hohenlohe: Meine Herren! Nachdem seine Majestät die Gnade gehabt haben, mich zum Präsidenten des Staatsministeriums zu ernennen, stelle ich mich Ihnen vor und komme, die geschäftlichen Beziehungen anzuknüpfen, die uns von nun an verbinden werden. Ich rechne dabei auf den beehrten Rath dieser hohen Versammlung, und ich werde dieses Rathes besonders bedürfen bei den wirtschaftlichen Fragen, die uns beschäftigen werden, namentlich bei den Maßnahmen, die die Regierung zu ergreifen gedenkt, um dem Nothstand der Landwirtschaft abzuwehren. (Beifall.) Lassen Sie mich hoffen, meine Herren, daß es unserer gemeinsamen Bemühungen gelingen werde, einigermassen Abhilfe zu schaffen. (Beifall.)

Der Gesetzentwurf über die Aenderung des Aufgebotsverfahrens bei Todeserklärungen wird an die Justizkommission, der Gesetzentwurf betreffend Entschädigung für Verluste durch Schweinekrankheiten an die Agrarkommission, der Bericht über die Betriebsergebnisse der Eisenbahnverwaltung der Eisenbahnkommission und die Denkschrift der Gärten- und Sammlungsverwaltung der Kommission für Handel und Gewerbe überwiesen.

Schluß gegen 3 Uhr. Nächste Sitzung unbestimmt.

## Abgeordnetenhaus.

2. Sitzung vom 16. Januar 1895, 11 Uhr.  
Am Ministertische: Fürst Hohenlohe, v. Bötticher, Miquel, Thielen.

Eingegangen sind außer einigen Uebersichten und Nachweisungen der Entwurf eines preussischen Gerichtslokal-Gesetzes und der Gesetzentwurf, betr. die Ergänzung des § 98 der Hinterlegungsordnung.

Der Präsident macht Mittheilung über den Personalbestand des Hauses, über die ausgeschiedenen und neu eingetretenen Mitglieder und fordert das Haus auf, das Andenken der seit Schluß der vorigen Session verstorbenen Mitglieder: v. Bismarck, Drame, Steinmann, von Heede, Rozanski, in der üblichen Weise zu ehren. Die Mitglieder erheben sich von ihren Plätzen.

Darauf tritt das Haus in die Tagesordnung ein. Bezüglich der Wahl der Präsidenten macht Abg. Stengel den Vorschlag, um das Wahlgeschäft schnell zu erledigen und da es der Wunsch des Hauses sei, die Leitung der Geschäfte in dieselben Hände zu legen wie früher (Zustimmung), zunächst den Abg. v. Köller als Präsidenten wiederzuwählen. Das Haus stimmt dem zu.

Präsident v. Köller: Ich danke Ihnen für das Vertrauen, das Sie mir auch ferner noch bewahren wollen, und nehme die Wahl an. (Beifall.) Daß mit den Jahren die Kräfte zunehmen, werden Sie nicht erwarten, allein ich hoffe, daß es mir möglich sein wird, auch in dieser Session dem Hause zu Diensten zu sein, wenn Sie mir bewahren die wohlwollende Unterstützung, deren ich mich schon seit 15 Jahren von allen Seiten des Hauses zu erfreuen habe. (Beifall.)

Auf Vorschlag des Abg. Stengel werden darauf die Abgg. v. Heereman und Graf-Ebersfeld zu Vizepräsidenten gewählt und nehmen die Wahl an. Zu Schriftführern werden die Abgg. Bohe, Hartmann-Lübbers, Jerusalem, Jünwalde, Olgem, Popelius, Weyerbusch und Wozniak, zu Quästoren die Abgg. Sattler und Bohy berufen.

Damit ist das Haus konstituiert; der Präsident wird die vorgeschriebene Anzeige erstatten.

Darauf erhält das Wort der

Ministerpräsident Fürst Hohenlohe: Seit der letzten Vereinigung in diesen Räumen sind wesentliche Veränderungen in der Zusammenfassung des Staatsministeriums vor sich gegangen. Es ist das Ministerium des Innern, das Justizministerium und das Ministerium für Landwirtschaft neu beschaffen worden, und seine Majestät haben geruht, mir das Präsidium des Staatsministeriums zu übertragen. Ich komme deshalb heute mich Ihnen vorstellen und die Beziehungen anzuknüpfen, die von nun an uns verbinden werden. Ich rechne auf Ihr freundliches Entgegenkommen und ich habe um so mehr Grund darauf zu rechnen, als ich seit einer langen Reihe von Jahren aus dienstlichen Gründen aus der preussischen Heimath abwesend war und also nicht den materiellen Verhältnissen — denn ich bin preussischer Grundbesitzer — sondern den Verhältnissen der Verwaltung und Gesetzgebung fremd geworden bin. Wenn ich trotzdem das Amt, das mir seine Majestät übertragen hat, übernehme, so thue ich es in dem Bewußtsein, daß es Ehrenpflicht sei, dem Hause seiner Majestät Folge zu leisten. (Beifall.) Außerdem schöpfe ich Muth aus dem Bewußtsein, daß ich mich eins fühle mit Ihnen in der Treue zum Könige und in der Liebe zum Vaterlande. (Beifall.)

Finanzminister Miquel legt dem Hause die allgemeine Rechnung des Jahres 1892-93 und den Etat für 1895-96 und das dazu gehörige Anleihegesetz vor und knüpft daran folgende Bemerkungen: Der gegenwärtige Etat hat erhebliche Umgestaltungen erfahren, wie sie seit Jahren nicht vorgekommen sind. Dieselben resultiren aus der Steuerreform in Staat und Gemeinde und aus der Umgestaltung der Eisenbahnverwaltung. Es gelangen nicht weniger als 108 Millionen staatlicher Einnahmen vom 1. April 1895 nicht mehr zur Erhebung, nämlich die Grund- und Gebäudesteuer, die Gewerbesteuer, die Betriebssteuer und die Bergwerksabgaben. Die Kosten der Veranlagung bleiben dem Staate, aber die Erhebungskosten sind gespart worden. Die Veränderungen der staatlichen Verwaltung sind im Westen viel härter als im Osten, weil im Westen staatliche Organe die Erhebung der Gemeindeabgaben hatten. Durch besondere Gesetzesvorlagen sollen die Beamten ebenso wohlwollend behandelt werden, wie die disponiblen Eisenbahn-Beamten. Als wir das schwierige Werk der Steuerreform glücklich durchführten, wurde von mignünftiger Seite der Verdacht ausgesprochen, daß die Reform nur berechnet sei auf mehr Einnahmen für den Staat. Jetzt sind wir in der Lage, durch Zahlen zu beweisen, wie gänzlich unbegründet diese Vorwürfe gewesen sind. Die mehr als 100 Millionen-Einnahme, auf welche der Staat verzichtete, sollte gedeckt werden durch die Gelder aus der lex Guene, durch die Ergänzungsteuer und durch den Mehrbetrag der Einkommensteuer. Was bekommt der Staat dafür? 84 Millionen Mark mehr an

Einkommensteuer, 34 Millionen aus der lex Guene, 35 Millionen Ergänzungsteuer und die Erhebungskosten, also etwa 107 Millionen, d. h. eine Million weniger, als er ausgegeben hat. Den Gemeinden kommt zu gute der volle Ertrag der revidirten Gebäudesteuer mit über 6 Millionen Mark mehr; die Einkommensteuer aber wird in Zukunft nicht so steigen wie bisher. Es handelt sich also lediglich um eine Reform, nicht um eine Vermehrung der Staatseinnahmen. 108 Millionen werden ausgegeben, an neuen Steuern bekommt der Staat aber nur 85 Millionen Ergänzungsteuer. Die Wirkungen der Reform, die Entlastung wird sich erst zeigen bei der Reform der Kommunalsteuern, die sich noch nicht übersehen läßt. So viel ist aber schon zu übersehen, daß die Abschwächung des Kommunalabgabengesetzes in bezug auf die Verteilung der Lasten auf Personal- und Realsteuern die Einwirkung der Regierung auf die gerechte Verteilung sehr erschwert hat. Die Erleichterung der Personallasten ist im ersten Anlaufe in vielen Gemeinden nicht gelungen; es wird Jahre lang weiter darauf hingearbeitet werden müssen. Die Klagen über die Doppelbesteuerung sind beseitigt, die Verteilung des Bruttoertrages ist aufgehoben, die Verteilung der Lasten des Staates erfolgt nach der Leistungsfähigkeit. Die unterste Stufe ist ganz entlastet, die mittlere wesentlich erleichtert, und die Veranlagung ist gleichmäßiger geworden. Die Veranlagung der Ergänzungsteuer ist eine der schwersten Werke, welche eine Staatsverwaltung jemals übernommen hat. (Sehr richtig!) Aber es läßt sich hoffen, daß das Werk völlig gelingen wird. Das verdanken wir der ausgezeichneten Vorarbeit der Katasterbeamten.

Bei der Einkommensteuer bis zu 8000 M. Einkommen ist eine Verminderung der Einkommensteuer gegen früher um mehr als 5 Millionen Mark eingetreten. In den Stufen von 800-6000 M. Einkommen beträgt die Steuer auf den Zehnten jetzt 22, früher 24 M.; die höheren Einkommen sind dafür erheblich mehr herangezogen worden; in den Steuerstufen bis 6000 M. befinden sich aber 95 pCt. aller Steuerpflichtigen. Zum Gesamttrage der Steuer tragen die Einkommen unter 3000 M. früher 33 jetzt 29 pCt. bei, die Einkommen von 3000-6000 Mark früher 23 jetzt 18 pCt. und die Einkommen über 6000 M. früher 41, jetzt 54 pCt.

Die Gewerbesteuer hat auch eine Entlastung der Steuerpflichtigen, namentlich in den unteren Klassen, mit sich gebracht.

Wir stehen jetzt bereits im fünften Jahre des Defizits, welches im laufenden Jahre 20, im vorgelegten Etat 24 Millionen beträgt, im ganzen 190 Millionen in den letzten 5 Jahren. Ein solcher Zustand kann auf die Dauer nicht bestehen; wenn wir nicht in der leichtfertigen Weise die Lasten der Gegenwart auf eine unbestimmte Zukunft verweisen wollen, so muß in irgend einer Weise hier Wandel geschaffen werden. Diese Veränderung ist wesentlich der Verschlebung der Finanzlage des Reiches zuzuschreiben. Wenn das Reich erhebliche Einnahmen aus den Zöllen preisgegeben hat, wenn die Steigerung der Ausgaben durch die Militärvorlage erfolgte, dann müßte man erwarten, daß im Reichstage diese Verluste durch eigene Einnahmen des Reiches ersetzt werden. Es ist aber nichts weiter als die Vorsteuer erreicht, die man auf 20 bis 24 Millionen schätzen kann; der ganze übrige Ertrag ist ungedeckt. Die Reichsregierung hat mehr Ueberweisungen vom Reiche an die Einzelstaaten zu erhalten, wenn auch zu beschränken, vorgeschlagen. Diese vom preussischen Landtage gebilligte Forderung ist vom Reichstage nicht genehmigt worden. Mit schwerem Herzen hat die Regierung auf die Mehrüberweisung verzichtet und sich darauf beschränkt, zu verlangen, daß das Reich seine Ausgaben selbst deckt. Eine mächtige Erhöhung und Reform der Tabaksteuer, die eine Luxussteuer ist, soll die Mittel dazu gewähren. Wir wollen hoffen, daß diese Reform gelingt. Preußen allein hat seit 1892/93 44 Millionen mehr an das Reich zu zahlen als es von ihm empfing. (Hört! rechts.) Durch diese Sachlage sind die Finanzen der kleineren Staaten in die größte Gefahr gekommen.

Sollte eine Verständigung nicht erzielt werden, dann verlaufe ich auf den Patriotismus der preussischen Landesvertretung, daß sie nicht auf die Dauer solche Zustände dulden wollen, daß sie bereit ist, die Opfer zu bringen, um Einnahmen und Ausgaben wieder auszugleichen. Der Fehlbetrag des laufenden Etats wird 18 bis 20 Millionen Mark betragen; dieser verhältnismäßig günstige Abschluß beruht aber auf vorübergehenden Verhältnissen. Denn die Kosten haben z. B. infolge der Windbrüche über acht Millionen Mehreinnahmen. Eine Mehreinnahme wird auch bei den Bergwerken, bei den indirekten Steuern und bei der Eisenbahnverwaltung (1 1/2 Millionen Mark) sich zeigen; eine Minderausgabe entsteht bei der Staatsschuldenerwaltung. Alle Mehreinnahmen und Minderausgaben, sowie die Mehrausgaben gegeneinander aufgerechnet, werden den schon angegebenen Fehlbetrag ergeben.

Die veränderte Gestaltung des neuen Etats hängt zum Theil zusammen mit der anderweitigen Gehalt der Steuer- und der Eisenbahnverwaltung. Beim Domänenetat ist eine Aenderung eingetreten durch die Verpachtung der Mineralbrunnen, wodurch eine Steigerung der Einnahmen erzielt wird. Mehrausgaben im Domänenetat sind für bessere Arbeiterwohnungen ausgeworfen, die auch bei der Landwirtschaft allgemein notwendig wären. Zur Verbesserung der Gehälter der Forstbeamten sind den Wünschen des Hauses entsprechend Mehrausgaben angefragt. Wo der Forst- und Domänenetat an Kleinbahnen interessiert ist, soll er durch Beiträge die Unternehmungen fördern; zur Förderung des Kleinbahnenwesens soll auch unter einmaligen Ausgaben etwas geschehen; denn es kommen Fälle vor, wo die Hilfe des Staates kaum zu entbehren ist, wo die Mittel der Bevölkerung zu schwach sind, um allein das Unternehmen zu stande zu bringen. Im Eisenbahn-Etat finden Sie zum ersten Mal acht Millionen Mark zur Vermehrung der Betriebsmittel, eine Ausgabe, die früher immer durch Anleihen gedeckt wurde. Nachdem die Umbauten von Bahnhöfen, die Erneuerungen des Oberbaues u. s. w. schon im Etat aufgenommen sind, ist jetzt der letzte Schritt bezüglich der Betriebsmittel geschehen. Trotzdem sind wir nicht im Stande gewesen, eine Revision des Garantiefgesetzes vorzunehmen. Wir werden damit warten, bis wir übersehen können, wie unsere Finanzlage sich in den nächsten Jahren gestalten wird. Durch die Neugestaltung der Eisenbahnverwaltung wird eine Ersparnis von 6 1/2 Millionen erwachsen, während jetzt noch die Hälfte davon durch Dispositionsgehälter in Anspruch genommen wird. Die Verwaltung wird wirtschaftlicher, prompter und für den einzelnen Beamten verantwortungsvoller.

Der Finanzminister geht die Einzelheiten durch und weist darauf hin, daß den Kreisen im letzten Jahre der Ueberweisung aus der lex Guene noch 40 Millionen zuzufügen werden. Da außerdem den Kreisen die neuen Steuerquellen zuzufügen, so kann ich Ihnen nur rathen, diese Zuwendungen pfläglich zu behandeln und nicht etwa Ausgaben zu machen, die man sonst nicht gemacht hätte. (Sehr richtig!) Beim Finanzministerium entsteht eine Minder-

einnahme dadurch, daß die Verkehrsabgaben von demselben auf die Bauverwaltung übergeben sollen, welche letztere die Ausgabe zu leisten hat für Zivilpensionen, Wittwen- und Waisengelder sind Mehrausgaben entstanden und auch für die Remunerierung der Regierungsassessoren, die nun wenigstens nach dreijähriger Dienstzeit mächtige Diäten erhalten können. Erhöht ist auch der Reisekostenfonds, der seit einer Reihe von Jahren jährlich um 1 Million M. überschritten worden ist; eine Reform der Bestimmungen über die Reisekosten und Diäten wäre wünschenswert; aber da wir die Beamtengehälter nicht haben erhöhen können, so halte ich es nicht für richtig, den Beamten die einmal gewohnten Bezüge zu schmälern.

Für das gewerbliche Unterrichtswesen sind 300 000 M. ausgeworfen, (Bravo!) Sie sagen Bravo. Aber wir haben 108 Millionen Mark den Gemeinden überwiesen, davon fallen 34 Millionen Mark auf die Städte, welche diese gewerblichen Schulen zu unterhalten haben. Aber trotz dieser neuen Steuerquelle wird das Drängen der Gemeinden, ihre Lasten zu vermindern und alles auf den großen Staatsfiskus zu werfen, immer größer. Wenn der Staat eine Mehrausgabe macht, so müssen die Gemeinden hinter der Opferwilligkeit des Staates nicht zurückbleiben, da doch die Schulen hauptsächlich den Gemeinden zu gute kommen.

In der links stehenden Presse, welche viele neue Forderungen an den Staat stellt, aber ohne die Mittel dafür dem Staate zur Verfügung zu stellen, ist gegen den Finanzminister der Vorwurf erhoben worden, daß derselbe für die Vermehrung der Richterstellen nicht das Geringste thue. Ich habe anerkannt, daß die Zahl der Richterstellen nicht überall ausreicht; ich habe versprochen, nach und nach Abhilfe zu schaffen; aber bei der knappen Zeit muß sich die Justiz ebenso wie andere Ressorts einschränken. In den letzten drei Jahren sind 89, 87 und 72 neue Richterstellen geschaffen worden; im nächsten Jahre sollen 49 neue Stellen errichtet werden. Die zunächst Interessirten halten ja natürlich immer nur ihre Forderungen für unbedingt notwendig und es ist schwierig für den Minister dabei ausgleichend zu handeln. Die Justiz kann wohl zufrieden sein, mit dem, was unter so schwierigen Verhältnissen geschaffen ist.

1 1/2 Millionen sind im Ministerium des Innern notwendig für die Vermehrung der Gendarmerie und für die Polizeiverwaltungen in den großen Städten; eine weitere Mehrausgabe betrifft die Geheimpolizei. Seitdem der Reisefonds verschwunden ist, haben wir nur die etatsmäßigen Mittel zur Verfügung.

Die nächste Vermehrung der Mittel hat das Landwirtschaftsministerium erhalten, im Ordinarium über 300 000 M., im Extraordinarium 347 000 M. zur Förderung der Viehzucht, der Bestrebungen gemeinnütziger Vereine u. Gerade in der jetzigen schwierigen Zeit ist es Pflicht des Staates, der schwer getroffenen deutschen Landwirtschaft zu helfen. Das landwirtschaftliche Ministerium hat aber auch seine eigenen Einnahmen vermehrt; namentlich durch Gebühren für die Viehuntersuchung an der Grenze. Eine solche Gebühr ist notwendig den auswärtigen Importeuren gegenüber, weil sie auch von den eigenen Unterthanen genommen wird. (Sehr richtig! rechts.) Die landwirtschaftlichen Vorbildungsschulen sind vom Handelsministerium auf das Landwirtschaftsministerium übertragen worden. In Westpreußen soll ein neues Landgestüt eingerichtet und das Gestüt in Neustadt an der Dosse wieder hergestellt werden. (Beifall rechts.)

Für die Schulverwaltung treten als Einnahmen hinzu die Zinsen der Ueberschüsse aus der Einkommensteuer. Es wird sich darum handeln, ob wir die Ueberschüsse verwenden zur Abschreibung auf Staatsschulden oder um der Eisenbahnverwaltung einen Betriebsfonds zu gewähren; bisher ist der Betriebsfonds aus Vorschüssen der Staatskasse befristet worden, welche über Anleihen verfügte, die noch nicht gebraucht wurden. Wenn das Schuldennachen aufhört, dann hat die Staatskasse keine Mittel mehr zur Verfügung. Die Kapitalien kommen dann dem ganzen Lande zu gute, aber nicht der Finanzverwaltung. Die Verschlechterung der Reichsfinanzen ist herbeigeführt worden in einer Zeit, wo wir selbst in schlechter Lage uns befanden, wo wir schwankende Einnahmen in dauernde Ausgaben verwandelt hatten. Dieser Zustand wurde verschlimmert durch die gewerbliche Depression, und dennoch sind wir zu einem Defizit von nur vier- unddreißig Millionen gekommen; das beweist die große Loyalität der preussischen Finanzen, das beweist aber auch die Verdienste, welche unsere Vorfahren sich erworben haben durch Sparsamkeit. Das ist eine Mahnung für uns, die guten Zustände möglichst zu erhalten. Ueber einen staatlichen Steuerdruck kann in Preußen nicht mehr gellagt werden. Ich kenne keinen Staat, wo die eigenen Einnahmen aus dem Besitz des Staates so groß sind, wie in Preußen, und wo die Summe des Steueraufkommens niedriger wäre als in Preußen. Wir brauchen also, selbst wenn unsere Hoffnung auf das Reich getäuscht werden sollte, keineswegs zu verzweifeln, wir werden uns in Preußen selbst helfen können, wenn nichts anderes übrig bleibt.

Das Haus hat mich in der Leitung der Finanzverwaltung treu unterstützt, es hat das übermäßige Drängen auf Steigerung der Ausgaben nicht unterstützt. Wenn ich hoffen darf, daß das Haus diese Stellung auch weiter behält, so gehe auch ich guten Muthes den schwierigen Aufgaben der Zukunft entgegen. Das kann natürlich nur geschehen in dem Gefühl, daß das Wohl der Gesamtheit zugleich das Wohl des einzelnen ist. Wenn die Regierung, lokale und Klassenvertheile auf Kosten der Gesamtheit zu erreichen, mit Erfolg bekämpft wird, dann zweifle ich nicht, daß wir demnächst wieder das Gleichgewicht zwischen Einnahmen und Ausgaben herstellen werden. (Beifall.)

Damit ist die Tagesordnung erledigt. Ein Vorschlag des Abg. Richter, die Sitzung des Hauses schon um 10 Uhr zu beginnen, stößt auf den Widerspruch des Hauses.

Schluß nach 1 Uhr.

Nächste Sitzung: Montag, 11 Uhr. (Erste Sitzung des Etats.)

## Briefkasten der Redaktion.

Wir bitten bei jeder Anfrage eine Adresse (Post-Wachstaben oder eine Stadt) anzugeben, unter der die Antwort ertheilt werden soll.

H. W. 85. Dazu ist der Gastwirt nicht verpflichtet.

H. 100. Unseres Erachtens ist ein Widerspruch gegen den Zahlungsbefehl aussichtslos.

H. S. 16. Kommen Sie in unsere Sprechstunde oder legen Sie den Sachverhalt genauer dar.

H. W. Ihre Tochter muß am 14. Februar kündigen.

H. R. 25. Ein solcher Vertrag wäre völlig ungültig und zugleich würden Sie damit sich strafrechtlich verantwortungsvoll machen.

H. R. 20. Kommen Sie in unsere Sprechstunde.

E. G. Warten Sie ab, bis etwas gegen Sie geschieht und wenden Sie sich dann wieder an unsere Redaktion.

# Gr. Volksversammlung

zum Besten der Arbeiter-Bildungsschule  
am Donnerstag, den 17. Januar, abends 8 1/2 Uhr, im  
Lokale des Herrn Gröndel, Brunnenstraße 188.

**Tages-Ordnung:**  
1. Vortrag über: „Die Frau in der Gegenwart“. Referentin  
**Frau v. Gazycki.** 2. Diskussion.  
Eintritt hat jedermann!  
Alle Frauen ohne Unterschied der Partei und des Berufes werden be-  
sonders dazu eingeladen.  
56/8 **Der Einberufer.**

## Sozialdemokratischer Wahlverein für den 5. Berl. Reichstags-Wahlkreis.

Donnerstag, den 17. d. M., abends 8 1/2 Uhr,  
im Lokale des Herrn Buske, Grenadierstraße Nr. 33:  
**General-Versammlung.**

**Tages-Ordnung:**  
1. Bericht des Vorstandes und des Kassiers. 2. Verschiedenes.  
Die Mitglieder werden ersucht, zahlreich und pünktlich zu erscheinen.  
280/10 **Der Vorstand.**

## Allgemeiner Verein der Lösser u. Berufsgenossen Deutschlands (Filiale Berlin).

Donnerstag, den 17. Januar, abends 5 1/2 Uhr, im Saale des  
Herrn Wernau, Rosenthalerstraße No. 57:  
**Mitglieder-Versammlung.**

**Tages-Ordnung:**  
1. Wie sind die Kollegen dem Beschluß der letzten Versammlung nach-  
gekommen? 2. Der Bericht einer guten Statistik, und Ausgabe der vom  
Zentralvorstand eingeführten Statistikbücher. 3. Vereinsangelegenheiten.  
Die Versammlung wird präzis eröffnet.  
246/13 **Der Vorstand.**

## Achtung! Maurer. Achtung!

Sonntag, 20. Januar, vormittags 10 Uhr,  
in Buske's Lokal (früher Seefeld), Grenadierstr. 33:  
**Oeffentliche Mitglieder-Versammlung**

des Vereins zur Wahrung der Interessen der Maurer Berlins und  
Umgegend.  
**Tages-Ordnung:**  
1. Vortrag des Genossen **Sassenbach** über: „Das Freimaurer-  
thum“. 2. Diskussion. 3. Vereinsangelegenheit.  
186/13 **Der Vorstand.**

## Krankenkasse der Hutmachergesellen zu Berlin

(Eingeschriebene Hilfskasse No. 67).  
Am Sonntag, den 20. Januar 1895, vormittags 10 Uhr, im  
Lokale des Herrn C. Feind, Weinstraße 11:  
**General-Versammlung.**

**Tages-Ordnung:**  
1. Kassenbericht. 2. Berathung über eingegangene Anträge zur  
Statutenveränderung. 3. Wahl des Vorstandes. 4. Wahl des Ausschusses  
und der Krankenkassier. 5. Verschiedenes. — Der wichtigen Tages-  
ordnung wegen ist zahlreiches Erscheinen der Mitglieder erwünscht.  
150/2 **Der Vorstand.**

## Tese- und Diskutierklub „Süd-Ost“

Sonntag, den 20. d. M., von nachmittags 5 Uhr ab, bei  
Ulrich, Waldemarstraße 75:  
**Gemüthliches Beisammensein mit Tanz.**

Sonntag, den 3. März: Besuch der „Urania“  
Billets sind Donnerstags bei **Tolkdorf** zu haben.  
169/3 **Das Comité.**

## Halb und Halb Mampe mit Pomeranzen



Der bekommt keinen Affen

Am 14. d. M. nachmittags 2 Uhr,  
entschlief im 50. Lebensjahr mein lieber  
Mann, unser guter Vater, Schwieger-  
und Großvater, Bruder und Onkel,  
der Schankwirth  
**Friedrich Hahn,**  
Jahnstr. 3.

Die tiefbetrübte Wittwe  
**Sophie Hahn, geb. Stippelkohl.**  
**Gustav Hahn.**  
**Franziska Hahn, geb. Fischer.**  
Beerdigung: Sonntag, 20., nach-  
mittags 2 Uhr, vom Krankenhaus am  
Urban, nach dem alten Luisenstadt-  
Kirchhof, Bergmannstraße. [2201b]

Allen Bekannten und Verwandten die  
traurige Nachricht, daß mein lieber  
Mann, unser Vater, Bruder und  
Schwager, der Restaurateur **Carl  
Wabnitz, Ritterstr. 70,** nach kurzem,  
schwerem Leiden am Herzschlage sanft  
entschlief. Die Beerdigung findet  
Donnerstag, Nachmittags 3 Uhr, vom  
Neuen Jakobikirchhof statt. 2106b  
**Die Hinterbliebenen.**

Ich warne hiermit jeden, meiner  
Frau auf meinen Namen irgend  
etwas zu borgen, da ich für nichts  
aufkomme. Etwas von meinem  
Geschäftskonto entnommene Baaren  
dürfen nicht an sie gezahlt werden.  
**Gustav Albrecht,**  
Schöneberg, Sebanstr. 14.

Die Beleidigung, die ich Frä. Gertrud  
Krautweber zugefügt habe, nehme ich  
hiermit zurück und erkläre, dieselbe nur  
als anständiges Mädchen zu kennen.  
2186b **Louise Aufsch.**

Die Beleidigung gegen Herrn Ober-  
lein, Zeltowstr. 10, nehme ich zurück,  
erkläre ihn für ehrenhaft. Frau Vohse.

**Buchdrucker Noabitz!**  
Nächste Zusammenkunft Sonnabend,  
den 19. d. M., bei **Pfarr, Putz-  
straße 9.** Alle Kollegen sind sebl. ein-  
geladen. 2185b

## Orts-Krankenkasse der Strumpfwirker.

Den Mitgliedern zur Nachricht, daß  
der Vorstand in der am 15. d. M. statt-  
gefundenen Vorstandssitzung beschloßen  
hat, den mit dem Verein der frei-  
gewählten Kassenärzte abgeschlossenen  
Kontrakt für 1895 aufrecht zu erhalten,  
da dem Vorstand der von der Gewerbe-  
Deputation abgeschlossene Vertrag mit  
den Ärzten des Vereins Berliner  
Kassenärzte nicht zugegangen ist. Die  
Mitglieder werden ersucht, um die-  
jenigen Ärzte in Anspruch zu nehmen,  
welche das bekannte runde Schild (Freie  
Arztwahl) angebracht haben.  
2197b **Der Vorstand.**

**Maler.**  
Oeffentliche Versammlung am  
Dienstag, den 22. d. M., abends 8 Uhr,  
in den Arminhallen. Alles Nähere  
siehe Sonntag an dieser Stelle.  
183/14 **Der Vertrauensmann.**

## Möbel- Kaufgelegenheit

bietet sich Brautleuten u. im Möbel-  
speicher, 1364e  
**Rosenthaler - Strasse 13, 1.**  
Dahelbst stehen täglich zum Verkauf:  
neue gebiegene Möbel zu außerordent-  
lich billigen Preisen, gebrauchte und  
verliehen gewesene Möbel zu wahr-  
haften Spottpreisen. Theilzahlung ge-  
stattet. Kleiderschränke 15, Küchen-  
spinde, Kommoden 12, Sophas 15,  
Bettstellen mit Matratzen 18 Mark,  
Nußbaum-Kleiderschränke, Vertikow 30,  
Stühle 3, Muschelspinden 40, Tru-  
meang 65, Pannelsophas 75, Plüsch-  
garnituren 60 Mark. Herren-Schrei-  
bische, Schreibsekretäre, Buffets, Kou-  
liffentische, Spiegel, alles staunend billig.  
Gekaufte Möbel können auf meinem  
Lagerspeicher bis April kostenfrei  
lagern und werden durch eigene Ge-  
spanne transportirt und aufgestellt.

**Leitende  
Maskengarderobe**  
der Luisenstadt.  
Cranienstr. 49, 1.  
2. Geschäft:  
Weidenweg 22.  
Kostüme von 1 M. an.  
Vereine Preisermäßig.

Künstl. Zähne 2 M. Vollst. schmerz. Zahnziehen 1 M. Plomben 1,50 M. Reparatur.  
sofort. Theilzahlung. Zahnarzt **Wolf, Leipzigerstr. 22.** Spr. 8-7 Uhr. [2145b]

Höchst eleg. Kostüme. **Maskengarderobe** **A. Tilgener,**  
Vereine Preisermäßig. Prinzessinnenstrasse 15.

## Gelegenheitskauf

für Brautleute: Im Möbelspeicher  
Neue Königsstr. 59, vorn L, sollen über  
100 Wirtschaftseinrichtungen, kurze  
Zeit verliehen gewesene u. neue Möbel  
spottbillig verkauft werden. Ganze  
Einrichtungen 100, 150, 200-1000 M.  
Theilzahlung gestattet. Beamten ohne  
Anzahlung. Kleiderspinden 15, Küchen-  
spinden, Kommoden 12, Sophas 15 M.,  
Bettstellen mit Sprungfeder-Matratzen  
18, Nußbaum-Kleiderspinden 30, Stühle  
3 Mark, hochfeine Muschelspinden  
40, Plüschgarnituren 60 Mark, Herren-  
schreibische, Damenschreibische 30,  
Cylinderbureau, Schreibsekretäre 15  
Mark, Garderobenpinden, Pannelsophas  
75, Buffets, Trumeaus 65 M.,  
Betten, Kouliffentische, alles spott-  
billig. Auch einzelne Gegenstände  
werden zu Engrospreisen verkauft.  
Empfehle allen Herrschaften, mein  
größtes Möbellager Berlins zu be-  
sichtigen u. sich von den staunend billigen  
Preisen zu überzeugen. Gekaufte Möbel  
können bis April kostenfrei stehen  
bleiben und werden durch eigene Ge-  
spanne transportirt und aufgestellt.

## In Roh- Tabaken and Utensilien für Cigarren-Fabrikanten

**!! billigster  
Einkauf!!**  
**W. Hermann Müller**  
Berlin  
Alexanderstr. 22.  
Streng reelle Bedienung.  
Creditgewährung  
nach Uebereinkunft!!  
Ein Jeder mache den Versuch.

## Presskohlen,

anerkannt beste Heizkraft, wenig Asche  
gebend.  
**Preise pro Januar:**  
Marke Centrum I, 18 Ctm. lang 6,50 M.  
Senftenberger III, 18 Ctm. lang 7,-  
Beste Senftenberger Marie II,  
stärkeres Format, 16 Ctm. lang 5,75  
pro Tausend frei Keller mit Fuhrlohn  
und Baden.  
Probekohlen gratis frei Haus.  
**Frischeisen & Co.,**  
Muskaenerstr. 4,  
nahe Görtzner Bahnhof  
2. Geschäft: **Bergstr. 35a.**  
Unter den Linden 29.

**Nur 1,50 M.** Gesuche und Briefe  
jurist. Rath i. Rechtsbureau Prinzen-  
straße 91, Moritzplatz. 2193b

**Maskengarderobe** f. Herren  
und  
Damen.  
Für Vereine gänzl. Bedingungen.  
**C. Ernst, 80., Köpaloerstr. 126, 1.**

**Bosamentier-Geschäft**  
wegen Todesfalls sofort spottbillig zu  
verl. **Schönemann, Lindowstr. 20a.**

**Möbel,** gebraucht, laßt Möbel-  
Handlung Rosenthaler-  
Straße 13.

**Homöopath.** Arzt Dr. Hölch, Linien-  
straße 149, 8-10, 5 bis  
7, Sonntags 8-10 Uhr. 1875L\*

**Garten-, Vollen- und Kompo-**  
Engros-Handlung sofort für 1200 M.  
zu verkaufen. **Liebs, Berlin, Prinzen-  
Allee 62-68.** 2182b

**Musik-Instrumente**  
werden gut und billig reparirt bei  
**Pomm (seit 1845),** 2190b  
Mariendorferstr. 19. Görtznerstr. 34.

**Armin-Hallen**  
Kommandantenstraße Nr. 20  
Säle und Vereinszimmer  
von 20-600 Personen.  
Sonnabend, 2. Februar: **oberer  
Saal frei.**

## Buchhandlung des „Vorwärts“.

**Umschurz**  
und  
**Sozialdemokratie**  
erscheint am Freitag, 18. Januar.  
Preis 15 Pfz.  
Berlin SW.  
Beuth-Strasse 2.

**Louis Keller's  
Festsäle**  
Sehenswürdigkeit Berlins  
Koppenstr. 29. 2195b  
Niesen-Festsäle bis zu 5000 Pers.  
In einigen Tagen der Woche  
sind die Säle noch zu Privat-  
Festlichkeiten zu vergeben.  
**Louis Keller.**

Vereinszimmer zu vergeb. Ekasser-  
straße 58. 2187b

Ein Vereinszimmer mit Piano  
jeden Tag frei. 14902\*  
**G. Ziegler, Kreuzigerstr. 8.**

Vereinszimmer mit Piano  
21895\* **Faber, Grimmstr. 42.**

**Festsäle Craniensstr. 180.**  
Sonnabende und Sonntage zu Ver-  
sammlungen und Tanz frei. 20196.

Empfehle allen Freunden und Be-  
kanten mein **Weiß-, Fairisch Bier**  
und **gr. Speisegeschäft.** Reichhalt.  
Frühstück von 30 Pf., Mittag mit Bier  
50 Pf. sowie Abendisch à la carte  
von 30 Pf. an. 2 Vereinszimmer mit  
Klavier für 20-50 Personen.  
**Rein Ringier.**  
**H. Stramm, Restaurant, Ritterstr. 123.**

Vereinszimmer, 120 Personen  
Saal, fassend, frei. Alte Jakobstr. 83

**Prinzenstr. 13, 1** Treppe, eine  
Ladire. Werkstat. fol. zu vermieten.

**Heidestr. 31**  
am Nordhafen u. Lehrter Bahnhof sind  
kleine freundl. Wohnungen  
von 45-65-72-92 Thaler zu ver-  
mieten. [2168

2 Etagen m. Wohn-, sowie kleine u.  
Mittelwohn. Postoderstr. 14. [2033b\*

Möbl. zweifenstr. Vorderz. an H. ob.  
D. sof. zu verm. **Kredwitz, Waldemar-  
straße 39.** 2188b

## Arbeitsmarkt.

**Achtung, Tischler!**  
Zugung u. d. **Büchermöbel-Fabrik von  
Oskar Springer,**  
Generalstraße 8, Weiskensee,  
ist unbedingt fern zu halten. 143/13\*  
Die Kontrollkommission.

## Musikinstrumenten - Arbeiter- Streik!

Die Kollegen der Piano-Fabrik von  
**Görs & Kallmann**  
haben infolge Maßregelungen und  
Lohnforderungen die Arbeit nieder-  
gelegt. **Zugung ist strengstens fern-  
zuhalten.**  
Gleichzeitig ist für die Branche Zu-  
sammenseher der Piano-Fabrik **Kunze  
& Sohn, Blumenstr. 70,** infolge Maß-  
regelung laut öffentlicher Versammlung  
vom 18. Januar cr. die Sperre ver-  
hängt worden.  
198/13 **Die Lohnkommission.**

**Dorngriff-Radpfer** bei Dampf-  
betrieb erhalten dauernde Arbeit in  
2198b\* **Richter's Stofabrik,**  
Malmö, Schweden.

Versilberer a. gl. Leisten. **Öpfer,**  
Markusstr. 44, 2 Tr.

**Tägliche  
Chromolithographen**  
werden verlangt.  
Central - Arbeitsnachweis  
d. Lithograph. O. Neue Friedrichstr. 86 I

## Gelegenheits-Kauf

am Mittwoch, Donnerstag und Freitag den 16., 17. u. 18. Januar

# Wäsche

für Damen, Herren und Kinder  
zu außerordentlich billigen Ausnahme-Preisen.  
Diese Extra-Preise gelten nur für diese Tage.  
**A. Wronkow,** Draniensstraße 162,  
zwischen Moriz- und Draniensplatz.  
Filiale: **Shaltherstraße 62.**